DER
HEIT DER KPÖ

AUFZEICHNUNGEN UND ERINNERUNGEN
ZUR
GESCHICHTE DER PARTEI

AUS DER VERGANGENHEIT DER KPÖ

AUS DER VERGANGENHEIT DER KPÖ

AUFZEICHNUNGEN UND ERINNERUNGEN
ZUR
GESCHICHTE DER PARTEI

WIEN · MAI 1961

HERAUSGEGEBEN UND VERLEGT
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION BEIM ZK DER KPÖ

GESAMTHERSTELLUNG: GLOBUS, WIEN XX

GENOSSEN JOHANN KOPLENIG

ZUM

70. GEBURTSTAG

VORWORT

Die Skizzen aus der Vergangenheit unserer Partei, die in diesem Buch zusammengefaßt sind, können kein Bild über die ganze Geschichte der Partei geben. Darüber waren sich die Herausgeber von Anfang an klar, und es war ja auch nur daran gedacht, den 70. Geburtstag des Genossen Koplenig als Anlaß zu nehmen, um eine Anzahl Genossen aufzufordern, ihre Erinnerungen über bestimmte Perioden in der Entwicklung der Partei zu schreiben. Der Anlaß war richtig gewählt, weil wohl jedes langjährige Mitglied der Partei im Zusammenhang mit dem 70. Geburtstag des Genossen Koplenig sich an die langen Jahre des gemeinsamen Kampfes erinnerte. Das oft gebrauchte Wort, „sein ganzes Leben ist mit der Geschichte der Partei verbunden", hat hier Geltung. Wir meinen dabei nicht so sehr die formale, äußere Seite — Genosse Koplenig steht seit 1924, also 37 Jahre, an der Spitze der Partei —, sondern den tatsächlichen Inhalt seines Lebens, der vollständig mit dem der Partei verschmolzen ist. Es war in all diesen Jahren buchstäblich so, daß Genosse Koplenig neben dem Kampf, der Arbeit, dem Leben der Partei, keine anderen Interessen kannte.

Unsere Partei mußte — ob sie wollte oder nicht — ein schweres Erbe übernehmen: Mehr als zwei Jahrzehnte lang war

in Österreich der Kampf gegen den Reformismus nur sehr schwach geführt worden, weil er als scheinlinker Austromarxismus getarnt war, und dementsprechend waren die ersten Jahre der Existenz der Partei erfüllt von inneren Auseinandersetzungen und begleitet von Fehlern nach der einen oder der anderen Seite. Als Genosse Koplenig 1924 an die Spitze der Partei trat, war sie nicht nur zahlenmäßig außerordentlich schwach, sondern auch erst am Anfang eines inneren Klärungsprozesses, der sie erst zu einer marxistisch-leninistischen Partei machen sollte. Aber kommunistische Parteien können bekanntlich nicht zuerst die innere Klärung zu Ende führen, um dann den Kampf zu beginnen, sondern beides muß gleichzeitig vor sich gehen. Wie schwer das gerade für eine kleine Partei ist, kann man an der Geschichte unserer Partei ablesen.

Bei großen Aufgaben werden uns meistens erst bei der Durchführung oder nachher die ganzen Schwierigkeiten klar, die überwunden werden müssen. In diesem Fall galt das nicht, weil die Größe dieser Schwierigkeiten und Hemmnisse ganz offen zutage lag: Eine viele hunderttausende Mitglieder zählende SP mit einer starken und erfahrenen Funktionärschichte und drei- bis viertausend Mitglieder in der Kommunistischen Partei Österreichs mit unerfahrenen und ungeschulten Funktionären, bis hinauf zur Spitze der Partei, zum Zentralkomitee. Wenn irgendwo und irgendwann die unerschütterliche Überzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache und der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus notwendig war, so sicherlich hier. Genosse Koplenig hatte diese Überzeugung damals und die ganzen Jahre seither. Sie ist eine der Wurzeln seiner führenden Rolle in unserer Partei.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß diese tiefe Überzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache, von der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus auf das engste verbunden war mit der Sowjetunion. Dort wurde die theoretische Erkenntnis in der Praxis überprüft und bewiesen. In der ganzen Tätigkeit des

Genossen Koplenig erkennt man immer wieder das Bemühen, aus der reichen Erfahrung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu lernen und gleichzeitig durch den eigenen Kampf die geschichtliche Leistung der Sowjetunion — des ersten Landes, das den Weg zum Sozialismus einschlug — zu unterstützen.

Wir Kommunisten haben klare Vorstellungen von der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Wir wissen, daß der Gang der Entwicklung durch die Personen an der Spitze der Bewegung gefördert oder gehemmt werden kann. Es gibt in der Geschichte Persönlichkeiten, bei denen entweder das Positive oder das Negative so stark ist, daß dem gegenüber alles andere in den Hintergrund tritt. Die Tatsache, daß diese Personen eine große Rolle in der Entwicklung der Menschheit spielen, ist offenkundig. Manchmal übersieht man, daß neben und mit ihnen noch manche andere Persönlichkeiten in bestimmten Abschnitten eine bedeutende Rolle spielen, weil sie einerseits die großen Ideen eines alle überragenden Menschen richtig verstehen und verwirklichen und andererseits selbst ihren Teil in das gemeinsame Werk legen. In diesem Sinne sprechen wir Kommunisten von den besten Schülern Lenins. Es ist eine verdiente Ehre, wenn die Partei einmütig den Genossen Koplenig anläßlich seines 70. Geburtstages, als einen dieser besten Schüler Lenins bezeichnet.

Gerade unsere Partei, die wie keine andere in Vergangenheit und Gegenwart auf dem gemeinsamen Kampf ihrer Mitglieder und Anhänger, auf der kollektiven Arbeit aufgebaut ist, tut gut daran, wenn sie von Zeit zu Zeit die Tätigkeit und die Verdienste des Einzelnen würdigt. Die Geschichte unserer Partei ist untrennbar mit der führenden Rolle des Genossen Koplenig in unserer Partei verknüpft, daher ist der Anlaß für diese Schrift richtig gewählt: Der 70. Geburtstag des Genossen Koplenig.

Friedl Fürnberg

1. Mai 1961 — Unter der Parole „Kommunisten wieder ins Parlament", im Zeichen der großen Siege des Sozialismus in der ganzen Welt, zogen Wiens Kommunisten an der Tribüne vor dem Parlament vorbei

DIE KOMMUNISTEN IN DER PROVISORISCHEN REGIERUNG

Knapp eine Woche, nachdem Wien durch die Rote Armee befreit und von den Hitler-Horden gesäubert war (13. April 1945), als an vielen Stellen der Stadt noch die Brandstätten rauchten, die Straßen von Trümmern blockiert waren und in der nahen Umgebung der Stadt noch die Kanonen donnerten, traten in einer Hietzinger Villa (Wenzgasse 2) Vertreter der antifaschistischen Parteien zu einer Beratung zusammen. Für die KPÖ nahmen an dieser Beratung die Genossen Koplenig, Ernst Fischer und Honner teil. Es sollte ein Meinungsaustausch über das weitere Schicksal unseres Landes und über die Möglichkeiten der Bildung einer provisorischen österreichischen Staatsregierung durchgeführt werden. Den Vorsitz in diesen Beratungen führte — ermächtigt vom sowjetischen Armeekommandierenden Marschall Tolbuchin — der spätere Bundespräsident Dr. Karl Renner.

Das weitere Schicksal des vom Hitler-Joch befreiten Österreich wurde eigentlich schon zwei Jahre vorher (1943) auf der Moskauer Konferenz der gegen Hitler-Deutschland verbündeten Großmächte (USA, Großbritannien und die Sowjetunion) vorbestimmt. Die Regierungen der drei erwähnten Großmächte

waren übereingekommen, daß Österreich, das erste Land, das der Hitler-Aggression zum Opfer gefallen war, befreit werden muß.

In den Beratungen der drei antifaschistischen Parteien in der Wenzgasse, die am 22. und 23. April stattfanden, konnte bald eine Einigung über die staatsrechtliche Stellung Österreichs gefunden werden. Gestützt auf die Moskauer Deklaration der drei Alliierten Großmächte, wurde eine *„Unabhängigkeitserklärung"* beschlossen, die folgenden Wortlaut hatte:

Artikel I: Die Demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Artikel II: Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volk aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig.

Artikel III: Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.

Unterzeichnet wurde diese Proklamation namens der SPÖ — der Nachfolgerin der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei und den illegalen Gruppen der Revolutionären Sozialisten — von Dr. Karl *Renner* und Dr. Adolf *Schärf*, namens der ÖVP — der Nachfolgerin der ehemaligen Christlichsozialen Partei — von Leopold *Kunschak* und für die Kommunistische Partei Österreichs von Johann *Koplenig*.

Viel schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über die Bildung einer provisorischen Staatsregierung. Die Vertreter der anderen Parteien, besonders die der ÖVP, wollten den Kommunisten so wenig wie möglich Einfluß in der provisorischen Regierung einräumen. Vor allem wehrten sie sich dagegen,

daß ihnen außer dem Posten eines Vizekanzlers noch das Innenministerium und das Unterrichtsministerium überlassen werde, wie es die Kommunisten forderten. Schließlich mußten sie aber unter dem Druck der Tatsache, daß die Kommunisten den größten Beitrag im Kampf gegen die Hitler-Faschisten und für die Wiedergeburt eines demokratischen und unabhängigen Österreich geleistet hatten — die Forderung der Kommunisten bezüglich der Zusammensetzung der provisorischen Staatsregierung anerkennen und annehmen.

Am 27. April fand die erste Sitzung der provisorischen Regierung statt, in der die Proklamation über die Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich verlesen und bestätigt, und vom Staatskanzler Dr. Renner eine Regierungserklärung abgegeben wurde. Damit hatte die provisorische Regierung offiziell ihre Tätigkeit aufgenommen. Diese Tätigkeit erstreckte sich allerdings geraume Zeit nur auf die von der Sowjetarmee besetzten Teile Österreichs. Im Westen Österreichs, der von den Amerikanern, Engländern und Franzosen besetzt war — die die provisorische Regierung *nicht* anerkannten —, wurden Militärregierungen eingerichtet. Während im Osten Österreichs die provisorische Regierung Gesetze beschließen konnte und die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht fand, herrschten im Westen die fremden Militärs, die bei ihren Entscheidungen von ihren militärischen Belangen und politischen Absichten, und nicht von den Erfordernissen der Bevölkerung unseres Landes ausgingen.

Im Westen Österreichs wurden die politischen Parteien von den Militärregierungen *nicht* anerkannt; diese Anerkennung erfolgte erst durch eine Proklamation des Alliierten Rates am 11. September 1945. Bis dahin bestand auch höchste Ungewißheit, ob die Einheit Österreichs erhalten bleiben wird. Erst in der Proklamation vom 11. September erklärte sich der Alliierte Rat mit Berufung auf die Moskauer Deklaration vom Jahre 1943 für ein freies und unabhängiges Österreich.

Lange Zeit gab es im Westen Österreichs keine Pressefreiheit; die Herausgabe von Presseerzeugnissen unterlag der Genehmigung durch die entsprechenden Organe der Militärregierungen; erst auf Beschluß des Alliierten Rates vom 1. Oktober 1945 wurde die Pressefreiheit wiederhergestellt. Am selben Tag durfte auch erst der Postverkehr in ganz Österreich aufgenommen werden; gleichzeitig wurde ein beschränkter Reiseverkehr auf den Strecken Wien—Salzburg und Wien—Graz und Wien—Villach aufgenommen. Bis dahin war selbst den Österreichern im Inlandsverkehr das Reisen unmöglich oder sehr erschwert. Erst mit der Einführung der viersprachigen Identitätskarte am 8. Oktober 1945 für alle Österreicher wurde die Situation etwas leichter.

Mit der Anerkennung der provisorischen Regierung unter Leitung Dr. Renners durch alle *vier* Besatzungsmächte am 20. Oktober 1945 — für die sich die Sowjetunion besonders eingesetzt hatte —, begann sich die Lage langsam zu normalisieren, wobei natürlich sowohl für die provisorische Regierung wie für die gesamte Bevölkerung noch eine Unmenge von Schwierigkeiten zu bewältigen blieben.

Die provisorische Staatsregierung hatte zum Zeitpunkt ihrer Schaffung die Hauptaufgaben, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern, die Wiederaufnahme der Produktion auf der Grundlage der Wiederherstellung und Ingangsetzung der Betriebe einzuleiten, den Verkehr wiederherzustellen und dringende gesetzliche Maßnahmen zur Ordnung des gesellschaftlichen Lebens durchzuführen.

Die Ernährungslage der Bevölkerung war katastrophal; die Hitler-Horden hatten bei ihrem Abzug aus Wien alle Lebensmittelvorräte entweder vernichtet oder der allgemeinen Plünderung überlassen; die damals ausgegebenen täglichen Lebensmittelmengen entsprachen einem Gehalt von 800 Kalorien pro Person, wobei nicht einmal alle diese Hungerration erhielten; erst am 23. September 1945 konnte die tägliche Lebensmittel-

ration von 800 Kalorien für den Normalverbraucher (das war ungefähr ein Drittel der notwendigen Menge) auf 1500 Kalorien erhöht werden. In dieser Zeit haben die Kommunisten mit dem Aufgebot der ganzen Kraft ihrer Partei und unter Ausnützung aller Möglichkeiten gegen den Hunger gekämpft. Die Tätigkeit der kommunistischen Bürgermeister und Gemeinderäte war ausgefüllt mit der Herbeischaffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung.

Eine der größten Sorgen für die provisorische Regierung war die Erhaltung der Einheit unseres Landes unter den Bedingungen einer vierfachen Besetzung. Die Kommunisten setzten sich mit aller Energie für die Erhaltung der Einheit des Landes ein, kämpften für die Anwendung der Beschlüsse der provisorischen Regierung im ganzen Bundesgebiet. Dabei wurde die provisorische Regierung von der Regierung und den Militärbehörden der Sowjetunion allseitig unterstützt.

Bei der Ingangsetzung der Betriebe und des Verkehrs als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Warenproduktion und der Befriedigung der allerdringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung, haben die Arbeiter und Angestellten — unter ihnen und oft an der Spitze die Kommunisten — einen grenzenlosen Heroismus gezeigt. Hungernd, oft nur einen Bissen Brot oder auch nur einige Erdäpfel in der Tasche, haben sie aus den Bombentrümmern die Maschinen ausgegraben, instandgesetzt und montiert, die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Heizmaterial, soweit es nur irgendwie möglich war, sichergestellt, das allgemeine Chaos des eben beendeten fast sechsjährigen Krieges halbwegs beseitigt. Dem Zusammenwirken der werktätigen Bevölkerung mit der provisorischen Regierung war es zu danken, daß das Schlimmste in verhältnismäßig kurzer Zeit abgewendet werden konnte.

Größte Anstrengungen erforderte die Überwindung des von den Hitler-Faschisten hinterlassenen politischen und wirtschaftlichen Chaos, die Einrichtung und Schaffung von Organen

der wiedererstandenen Republik, die Sicherung der Ordnung und Schaffung eines antifaschistischen Staatsapparats, vor allem einer verläßlichen, demokratischen Exekutive. Am 8. Mai 1945, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation der Hitler-Armee, wurde in Österreich entgegen den schwerwiegenden Bedenken der Kommunisten das Nationalsozialistengesetz beschlossen. Dadurch wurden alle Personen, die zwischen dem Juli 1933 und dem 27. April 1945 der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörten, verpflichtet, sich bei den Behörden registrieren zu lassen. Die Kommunisten führten dagegen an, daß durch ein solches Gesetz die Massen der kleinen Nazi-Mitläufer mit den großen Führern, Gestapo-Henkern und Kriegsverbrechern in einen Topf geworfen werden und so die Verfolgung der Nazi-Kriegsverbrecher und Massenmörder erschwert werde. Sie konnten sich gegen die Meinung der anderen nicht durchsetzen. Erst am 26. Juni 1945 wurde das Kriegsverbrechergesetz, und am 24. September 1945 die Errichtung von Volksgerichten und das Verfahren dieser Gerichte beschlossen. Trotz dieser gesetzlichen Maßnahmen blieben aber die meisten nazistischen Kriegsverbrecher und Massenmörder ziemlich unbehelligt, obwohl die Kommunisten darauf drängten, daß die Blutsverbrecher vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden sollen.

Eine Reihe von wichtigen Gesetzen wurde von der provisorischen Regierung erlassen, ein Staatsapparat wieder aufgebaut, die frühere Gebietseinteilung des Landes wiederhergestellt, so daß das Leben in Gang gesetzt werden konnte.

Franz Honner

ERSTE BEGEGNUNG IN PRAG

Es war im Herbst 1935. Einige Genossen, unter ihnen auch ich, die in der Kommission zum Wiederaufbau der illegalen freien Gewerkschaften arbeiteten, fuhren nach Prag, um dort ungestört zwei Tage über verschiedene wichtige Fragen unserer bisherigen und weiteren Arbeit beraten zu können. Das „ungestört" war in der damaligen Tschechoslowakei nur relativ, verglichen mit den Bedingungen im autoritär-faschistischen Schuschnigg-Österreich zu verstehen. Das merkten wir auch sofort bei unserer Ankunft in Prag. Wir mußten bestimmte Regeln der Konspiration hinsichtlich unserer Unterbringung und des Lokals der Tagung einhalten. Manche von uns, auch ich, waren darüber einigermaßen überrascht. Wir hatten trotz unserer eigenen Erfahrungen über das Wesen der bürgerlichen Demokratie doch Illusionen, was die demokratischen Rechte und Einrichtungen in der damaligen Tschechoslowakei betraf.

Nach Überwindung von Schwierigkeiten, die unsere Unterbringung mit sich brachte, begann die Tagung. Als Lokal hiefür hatten unsere tschechischen Freunde ein Gasthaus zur Verfügung gestellt, das — wenn ich mich noch richtig erinnere — das Vereinslokal eines tschechischen Sportvereins war. Der tschechi-

sche Arbeitersport stand in der Zeit vor 1938 vielfach unter revolutionärer Führung. Das Lokal des Sportvereines befand sich in den „Weinbergen", einem Prager Stadtteil. Wir waren dort, wie wir nachträglich feststellten, nicht nur gegen österreichische Spitzel, die sich massenhaft in Prag herumtrieben, sondern auch gegen allfällige Belästigungen allzu eifriger tschechischer Polizeiorgane sicher.

Damals, im Herbst 1935, standen in der illegalen Arbeiterbewegung Österreichs einige wichtige Probleme zur Diskussion.

Schon wenige Tage nach der Auflösung der freien Gewerkschaften als Folge der Februarniederlage 1934 errichteten eine Reihe ehemaliger freigewerkschaftlicher Betriebsräte, die sich zu einer illegalen Beratung über die Fortführung der freien Gewerkschaften zusammengefunden hatten, die „Kommission zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaften in Österreich". Zu denen, die als erste die Initiative zur illegalen Fortführung der freien Gewerkschaften ergriffen, gehörte auch der uns allen unvergeßliche Genosse Willy *Kunst*, der uns und der gesamten österreichischen Arbeiterbewegung allzufrüh durch den Tod entrissen wurde.

Einige Zeit später, wurde von anderen Freigewerkschaftern, vor allem von ehemaligen Gewerkschaftssekretären, der sogenannte „Siebenerausschuß" geschaffen. Es gab daher zwei Zentren der illegalen freien Gewerkschaftsbewegung in Österreich. Sehr bald zeigten sich die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben nicht nur in der täglichen praktischen Arbeit, sondern vor allem auch in der Einschätzung der Lage in Österreich, in den Problemen der Haltung zur „Einheitsgewerkschaft", dem von der austrofaschistischen Regierung durch Gesetz geschaffenen Gewerkschaftsbund, wie auch in den Fragen der Aufgaben und der Taktik der illegalen freien Gewerkschaften. Oft wurden in diesen Fragen sehr unterschiedliche Auffassungen von den beiden illegalen Zentren vertreten. Uns, den Kommunisten und Anhängern der Wiederaufbaukommission, kam es darauf an,

die Kämpfe der Arbeiterklasse unseres Landes auf allen Gebieten zu entfalten.

Die Arbeiterschaft hatte, viel rascher als vielleicht erwartet, viele Folgen der Februarniederlage überwunden und war zu aktivem Handeln bereit. Das zeigte unter anderem die große Bewegung für die Freilassung der Gefangenen des Februarkampfes 1934, das zeigten aber auch die sich immer mehr gegen den Willen der Einheitsgewerkschaftsführer anbahnenden Lohnkämpfe und das bewies auch der Kampf der Arbeiter um das Recht der freien Wahl von betrieblichen Vertrauensmännern gegen die von der Regierungsgewerkschaft eingesetzten Mitglieder der sogenannten Werksgemeinschaften, die an die Stelle der Betriebsräte getreten waren. Andererseits mußte aber der Tatsache Rechnung getragen werden, daß viele Arbeiter und Angestellte Mitglieder der Einheitsgewerkschaft geworden waren.

In den ersten Monaten nach dem Februar 1934 hatten alle Richtungen der illegalen Arbeiterbewegung die Losung des Boykotts gegen die Einheitsgewerkschaft ausgegeben. Es galt, dem austrofaschistischen Regime jede Möglichkeit zu nehmen, sich auf die Zustimmung von Massen berufen zu können. Ein zahlreicherer Beitritt zur Einheitsgewerkschaft sofort nach dem Februar 1934 hätte dem Austrofaschismus eine solche Möglichkeit gegeben. Unter Druck und Zwang mußten aber später zehntausende Arbeiter und Angestellte der Einheitsgewerkschaft beitreten; andere vollzogen ihren Beitritt vielleicht aus der Erkenntnis, daß selbst die schlechteste Gewerkschaft einen klassenmäßigen Zusammenschluß darstellen kann und daß daher die Einheitsgewerkschaft unter den gegebenen Bedingungen des Austrofaschismus die einzige Möglichkeit dieses Zusammenschlusses und damit des legalen klassenmäßigen Auftretens biete.

Es war selbstverständlich, daß in den illegalen freigewerkschaftlichen Gruppen auf Klärung aller dieser und anderer wichtiger Fragen und Probleme gedrängt wurde. Vor allem aber drängten Funktionäre und Mitglieder auch darauf, daß eine

rasche Vereinigung der beiden Zentren an der Spitze, in den einzelnen Berufs- und Industriegewerkschaften und in den Betrieben und Ortsgruppen erfolge. Der Wille zur Einheit der illegalen freien Gewerkschaftsbewegung in Österreich wurde immer stärker. Daraus ergaben sich eine Reihe wichtiger organisatorischer Probleme.

Die Prager Beratung der in der Wiederaufbaukommission tätigen Kommunisten im Herbst 1935 hatte demnach ein umfangreiches und wichtiges Programm zu erledigen. Die zwei zur Verfügung stehenden Tage waren damit voll ausgefüllt.

Für die illegale Parteiführung nahm Genosse *Koplenig* an diesen Beratungen teil. Ich bin damals zum erstenmal mit ihm zusammengetroffen. Einige andere führende Funktionäre der Kommunistischen Partei Österreichs kannte ich aus persönlichen Kontakten schon vor 1933. Nur aus der „Roten Fahne", dem damaligen Zentralorgan der Partei, kannte ich Koplenigs Namen. Ich war daher auch gewissermaßen neugierig, als es hieß, „Kop" werde an den Beratungen teilnehmen, welchen Eindruck er auf mich machen würde. Man möge doch nicht vergessen — was heute, 25 Jahre später, allzu leicht geschieht —, daß damals viele von denen, die nach dem Februar 1934, über die Sozialdemokratische Partei enttäuscht und erbittert, zur Kommunistischen Partei unseres Landes übertraten, vielfach noch mit Skepsis, aber auch mit falschen Vorstellungen über die unmittelbaren Aufgaben und die unmittelbare politische Zielsetzung erfüllt waren. Dazu haben nicht zuletzt auch die verwirrenden und hyperradikalen Parolen der „Revolutionären Sozialisten" beigetragen. Diesen Radikalismus lehnte ich ab. Er schien mir weder den Tatsachen noch der notwendigen Aufgabenstellung angepaßt. Ich empfand ihn vielfach als eine Neuauflage des Austromarxismus, der es vor 1934 verstanden hatte, mit der radikalen Phrase die tatsächlich revolutionären Arbeiter in der Sozialdemokratie festzuhalten, gleichzeitig aber die Po-

litik der ständigen Kapitulation vor den Angriffen der Reaktion zu betreiben.

Für mich war daher dieses erste Zusammentreffen mit dem Vorsitzenden unserer Partei geradezu entscheidend dafür, zu bestimmen, ob mein Entschluß, mich der Kommunistischen Partei anzuschließen, richtig war oder nicht.

Ich will es gleich vorwegnehmen: Nach den Ausführungen und Darlegungen „Kops" war ich davon überzeugt, daß ich persönlich mit meinem Beitritt zur Partei die richtige Entscheidung getroffen hatte.

Nicht nur, daß mich die von ihm vorgebrachten Argumente überzeugten, sondern ebenso überzeugte mich sein geduldiges Anhören der Ausführungen jedes einzelnen von uns, sein Folgen unserer Darstellung der Verhältnisse in Österreich, der Arbeit und der Bedingungen, unter denen die illegale Gewerkschafts- und gesamte Arbeiterbewegung tätig war. Vor allem aber war für meine Haltung mitbestimmend, daß Kop auch während *seiner* Darlegungen uns nicht ein fix und fertiges Konzept aufzuzwingen versuchte und nicht den Versuch machte, uns irgendwelche — wie heißt es so schön im Jargon aller unserer Gegner — „ferngelenkte" Aufträge erteilte, sondern uns von der Richtigkeit des von ihm im Namen der Partei eingenommenen Standpunktes zu den einzelnen Fragen zu überzeugen versuchte, wobei er noch *während* seiner Darlegungen allen von uns vorgebrachten Argumenten und unserer Darstellung der Lage im Lande Rechnung trug.

Seine Ausführungen waren vielleicht nicht von der blendenden Rethorik, wie ich sie früher von Otto Bauer und einigen anderen sprachgewaltigen Führern der Sozialdemokratie vor 1934 gewohnt war. Aber es war gerade *die* Tatsache, daß nicht die brillante Rede, sondern das Argument, nicht das schon *vorbereitete*, sondern das in der Beratung *erarbeitete* Konzept auf mich den stärksten Eindruck machte. Ich hatte das Gefühl, daß Kop noch *während* seiner Ausführungen an dem

arbeitete, was er zu sagen für notwendig hielt. Vor allem aber hatte ich den Eindruck und das Gefühl seines tiefen Verantwortungsbewußtseins für die Partei und für die Sache der gesamten österreichischen Arbeiterklasse. Keine Phrasen und radikalen Parolen, kein Reden nach dem Mund, und auch kein Zugeständnis an falsche Auffassungen und Vorstellungen, sondern ein nüchternes Einschätzen der gegebenen Lage und der daraus entspringenden Aufgaben waren für die Ausführungen Kops maßgebend. Und hinter jedem seiner Worte spürte ich, daß sie dennoch getragen sind von der Perspektive des Kampfes um den Endsieg der Arbeiterklasse, des Kampfes um den Sieg des Sozialismus. Ich weiß heute nicht mehr, ob Kop überhaupt von dieser Endperspektive gesprochen hat, ich weiß nur, daß das, *was* er sagte, und *wie* er es darlegte, für mich überzeugend war: So muß es geschehen, weil es dem Endziel dient.

Ich hatte in der Zeit zwischen 1934 und 1938 noch zweimal Gelegenheit, mit Genossen Koplenig auf Beratungen beisammenzusein und ihn sprechen zu hören. Einmal war es bei einer „erweiterten" Sitzung des Politischen Büros unserer Partei im Juni 1936 und das andere Mal im November desselben Jahres anläßlich einer Vorbesprechung der unserer Partei angehörenden Delegierten zum Einigungskongreß der illegalen freien Gewerkschaften Österreichs, der in Prag stattfand. Auch in diesen beiden Beratungen wurde mein Eindruck bestätigt, den ich im Herbst 1935 bei meinem erstmaligen Zusammentreffen mit Genossen Koplenig gewonnen hatte. Eine lange persönliche Aussprache mit ihm in einem Prager Kaffeehaus bestärkte diesen Eindruck.

Warum schreibe ich dies anläßlich des 70. Geburtstages unseres Genossen Koplenig? Nicht deshalb, um einfach eine persönliche Erinnerung anzubringen, sondern weil ich glaube, daß der von mir damals gewonnene Eindruck, der so entschei-

dend für mein weiteres Verbleiben in der Partei und meine Arbeit wurde, nicht nur die Eigenschaften Kops kennzeichnet, sondern weil diese Eigenschaften für jeden kommunistischen Funktionär und für jeden Kommunisten maßgebend sein müßten. Jeder Kommunist muß bei seinem Auftreten davon ausgehen, daß seine Zuhörer die Überzeugung gewinnen, in der Kommunistischen Partei sind Idee und Handeln in Übereinstimmung, und die Sache der Partei ist die Sache jedes einzelnen Kommunisten. Genosse Koplenig hat mir bei unserem ersten Zusammentreffen diese Überzeugung gegeben.

Otto Horn

Heimgekehrt aus Sowjetrußland, wo Johann Koplenig mit anderen österreichischen Kriegsgefangenen in Nishni-Nowgorod (heute Gorki) aktiv an der Sozialistischen Oktoberrevolution teilnahm, fand er bald Arbeit in der Schuhwerkstätte der Bundesbahnbediensteten in Knittelfeld, wo wir ihn als Vertrauensmann unter seinen Berufskollegen sehen (1921)

DISKUSSIONEN ÜBER DIE NATIONALE FRAGE

Denkt man an die ersten Diskussionen über die nationale Frage zurück, an den Frühling und den Sommer 1937, so fällt einem das Wort des jungen Marx ein: Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen. Es hatte offenbar nicht genügt, daß Marxisten Österreichs Geschichte und Zeitabschnitte der österreichischen Geschichte studiert und analysiert hatten; erst die unmittelbare Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit durch den Hitler-Faschismus und die Auseinandersetzung mit der Schuschnigg-These vom „zweiten deutschen Staat" lenkte die Aufmerksamkeit auf die nationale Eigenständigkeit der österreichischen Entwicklung und ergab die Notwendigkeit, selbstverständliche Auffassungen einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen.

Dem illegalen Kader der Partei fielen die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung im Frühjahr 1937 auf den Kopf. In der März-Nummer von „Weg und Ziel" begann die Artikelserie von Alfred Klahr „Zur nationalen Frage in Österreich"; im April veröffentlichte Ernst Fischer unter dem Pseudonym Peter Wieden zum 70. Geburtstag des Donauwellenwalzers einen

Artikel „An der schönen blauen Donau", der uns geradezu die Rede verschlug. Und die Juni-Nummer von „Weg und Ziel" veröffentlichte eine Rede Koplenigs auf der Reichskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes, in der der Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs als ein „Kampf um die politische und nationale Freiheit" bezeichnet wurde. Wir standen unmittelbar vor der Reichskonferenz der Partei, die dann im August stattfand, und die Diskussion über die nationale Frage war ein Teil der innerparteilichen Diskussion zur Vorbereitung der Reichskonferenz, wahrscheinlich der aufregendste Teil.

Um es gleich zu sagen, die Diskussion traf uns völlig unvorbereitet. Die Theorie von der eigennationalen Entwicklung in Österreich, die Erkenntnis, daß die Österreicher keine Deutschen sind, sondern eine eigene Nation bilden, widersprach nicht nur allen konventionellen, traditionellen und offiziellen Auffassungen, die Funktionäre der Partei hatten sich auch bisher kaum mit der nationalen Frage und mit den Besonderheiten der österreichischen Entwicklung beschäftigt. Die erste ideologische Reflexbewegung war, daß man krampfhaft nach Stalins „Nationaler Frage" zu suchen und zu fragen begann, um sich überhaupt darüber zu verständigen, was der Marxismus als Nation bezeichnet. Und die ersten Diskussionen trugen — wie übrigens auch die ersten Artikel Klahrs, der sich ja die Aufgabe stellen mußte, der verbreiteten Otto-Bauerschen-Definition vom Wesen der Nation entgegenzuwirken — ein bißchen den akademischen Charakter, ob die vier Merkmale der Stalinschen Definition auf Österreich zutreffen, was eigentlich unter Gemeinsamkeit des „Territoriums" und der „Wirtschaft" zu verstehen sei usw. Rückschauend hat man den Eindruck, daß der wichtigste Punkt der Stalinschen Definition, die „historisch entstandene stabile Gemeinschaft" (und damit die Kompliziertheit der österreichischen Eigenentwicklung) ein wenig übersehen wurde.

Es gab in jenen Monaten kaum einen Treff (illegales Rendezvous), bei dem nicht über kurz oder lang über die nationale

Frage diskutiert wurde. Es waren leidenschaftliche Diskussionen, wie immer, wenn eine neue Erkenntnis erstarrte Vorstellungen sprengt. Eine Abstimmung in den *ersten* Tagen hätte gewiß ergeben, daß die meisten Funktionäre die neue These ablehnten — nicht zufällig wurde Alfred Klahr, der unter dem Pseudonym Rudolf seine Artikel in „Weg und Ziel" veröffentlichte, als „Rudolf der Stifter" bezeichnet. Mir sind zwei ausgezeichnete Genossen in Erinnerung, die sich besonders leidenschaftlich gegen die „Entdeckungen" Klahrs wendeten. Der eine war der Genosse Rudolf Fischer aus Favoriten, der unter dem Decknamen Siegel Mitglied der Wiko (Wiener Kommission = Stadtleitung) war. Er explodierte bei jedem Treff und machte es manchmal schwer, seine Erregung mit den Geboten der Konspiration in Einklang zu bringen. Anders, aber nicht weniger tief, war die Reaktion des Universitätsprofessors Schiff, eines hervorragenden Volkswirtschafters, der unserer Partei angehörte. Er war richtig betrübt, hielt das Ganze für eine unerklärliche Entgleisung und schrieb auch einen entsprechenden Brief an Koplenig.

Aber die Wirklichkeit drängte zum Gedanken. Je mehr die Gefahr für die Selbständigkeit Österreichs wuchs, desto empfänglicher wurde die Partei für die umwälzende Erkenntnis. Rudolf Fischer ist im Jänner 1943 von den Hitler-Faschisten hingerichtet worden, mit der bei Hochverratsprozessen üblichen Begründung, daß er eine Loslösung Österreichs vom Deutschen Reich erstrebt habe. Die nationale Frage war für ihn längst keine Streitfrage mehr. Und auch Professor Schiff hatte sich bald zur Erkenntnis durchgerungen, daß er sich von der Definition Otto Bauers und auch von der Einstellung Otto Bauers trennen muß. Als er seine Broschüre über die soziale Struktur der österreichischen Bevölkerung schrieb, die wir in einem legalen Verlag, just am Vorabend der Annexion, veröffentlichten, war die nationale Frage auch für ihn keine Streitfrage mehr.

Und was vor 24 Jahren Gegenstand qualvoller und erbitterter Diskussionen im engen Rahmen der Kommunistischen Partei war, ist heute Gemeingut großer Teile des österreichischen Volkes. In der Geschichte der kommunistischen Parteien finden wir oft Knotenpunkte, ideologische Wendepunkte, in denen eine Avantgarde mit Mühe eine Erkenntnis erstreitet und erleidet, die wenige Jahre später die Massen ergreift.

Franz Marek

AUF DEM WEG ZUR KPÖ

Unser Weg zur Kommunistischen Partei begann im Februar 1934: Wenn es in den Jahren nach 1945 in der SPÖ Opposition gegen die Politik der alten Parteipraktiker gab, die wieder an die Spitze der SPÖ gelangt waren, so vor allem, weil in breiten Schichten der Arbeiterschaft das Erlebnis des Feber 1934 noch lebendig war. Die Februarkämpfe haben erschüttert und aufgerüttelt. Sie haben überzeugend gezeigt, daß der Weg zum Sozialismus nicht erfolgreich beschritten werden kann, wenn sich die Arbeiterklasse nur auf dem Stimmzettel stützt, während die staatlichen und wirtschaftlichen Machtmittel in der Hand der kapitalistischen Reaktion bleiben. Die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter gewannen in den Tagen der Februarkämpfe einen richtigen Einblick in das Wesen der bürgerlichen Demokratie. Sie erkannten, daß die Kommunisten, mit denen sie in den vergangenen Jahren viele Diskussionen geführt hatten, nicht so unrecht hatten: Ohne Diktatur des Proletariats, ohne Entmachtung des kleinen Häufleins kapitalistischer Ausbeuter wird es nicht gehen.

Die Autorität der Kommunistischen Partei war gewaltig angewachsen. Wer immer auch nach dem faschistischen Sieg entschlossen blieb, der Arbeiterbewegung die Treue zu halten, war

überzeugt, daß in den weiteren Auseinandersetzungen in allen künftigen Kämpfen für die Sache der Arbeiter Sozialisten und Kommunisten gemeinsam marschieren werden. Der Glaube an die Einheit des Proletariats wurde den illegalen Aktivisten zum Prüfstein der revolutionären Linie, zum Kennzeichen des ‚wahren Linken', zum Maßstab des ehrlichen Revolutionärs und zur einzigen Garantie des Sieges.

Tatsächlich wurden verschiedene Formen des einheitlichen Kampfes in den Jahren des illegalen Kampfes versucht. Sie bewährten sich überall.

Im Zweiten Weltkrieg richteten sich die Blicke aller Antifaschisten voll Hoffnung auf den mächtigen Widerstand, den die Sowjetunion der deutschen Kriegsmaschine entgegenzustellen vermochte. Was spielten damals die theoretischen Meinungsverschiedenheiten, die uns Revolutionäre Sozialisten noch von den Kommunisten trennten, für eine Rolle im Vergleich zu den gewaltigen Leistungen, die der erste Arbeiter- und Bauernstaat im Zweiten Weltkrieg vollbringen mußte! In diesen Jahren trat all das, was wir glaubten der Sowjetunion als Fehler anrechnen zu müssen, als kleinliche Rechthaberei hinter der großen Aufgabe zurück, die riesigen Anstrengungen der Sowjetunion mit unseren bescheidenen Kräften zu unterstützen.

Die Bedeutung der Sowjetunion als politischer Machtfaktor wurde uns bewußt. Das Verständnis wurde uns durch Otto Bauers „Zwischen zwei Weltkriegen" erleichtert: „In einer Zeit" — so schrieb er dort —, „in der die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder schwerste Niederlagen erlitten hat und von schwersten Gefahren bedroht ist, muß der revolutionäre Marxismus den Glauben der Massen an die sozialistische Idee, ihr Vertrauen zu ihrer Kraft, ihre Hoffnung auf ihre Befreiung stärken, indem er ihnen zeigt: Dort auf dem weiten Gebiete von der Ostsee und vom Schwarzen Meer bis zum großen Ozean, wird eine sozialistische Gesellschaft zur Wirklichkeit! Dort

wächst eine gewaltige sozialistische Macht, im Bunde mit der Ihr, die Arbeiter der Welt, den Kapitalismus zerschlagen, die sozialistische Gesellschaft verwirklichen, die nationalen Grenzen überwinden werdet in der kommenden internationalen Föderation sozialistischer Gemeinwesen!"

Die Sozialistische Partei, die 1945 gegründet wurde und in ihrem Untertitel die Bezeichnung „Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten" trug, stellte sich mit ihrer Politik in Widerspruch zu allen Kampferfahrungen der vergangenen Jahre, enttäuschte alle Hoffnungen jener, die von der Sozialistischen Partei eine sozialistische Politik erwarteten. Statt aus der Kompromittierung des Kapitalismus durch zwei faschistische Regime Schlußfolgerungen zu ziehen und die Schwächung der kapitalistischen Institutionen durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg auszunützen, um der Arbeiterklasse die dominierende Rolle im neuen Österreich zu sichern, orientierten sich die rechten SP-Führer auf die Wiederherstellung der kapitalistischen Machtpositionen. Statt sozialistische Prinzipien beim Wiederaufbau der Wirtschaft gegen den Widerstand der Bourgeoisie gemeinsam mit den Kommunisten durchzusetzen und die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf dieses entscheidende Problem zu lenken, nützte die rechte SP-Führung jede Schwierigkeit der sowjetischen Besatzungsmacht zur Agitation gegen die Sowjetunion aus. Um die sozialistischen Arbeiter ideologisch zu desorientieren und ihre Klassensolidarität mit der Sowjetunion zu untergraben, wurde die Theorie von der dritten Kraft propagiert, nach welcher die Gegenüberstellung Amerika (als Repräsentant des Kapitalismus) und Sowjetunion (als Repräsentant des Sozialismus) lediglich eine „kommunistische Propagandadiktion" darstelle. Rückblickend auf die Politik der SPÖ jener Zeit, heißt es in der theoretischen Monatsschrift der SPÖ „Die Zukunft", Februar 1961: „Als sich nun der Konflikt zwischen Amerika und Rußland verschärfte, als beide Mächte Ver-

bündete suchten und fanden, traten die Sozialisten mit ihren Regierungen auf die Seite Amerikas, des mächtigsten kapitalistischen Landes."

Die im Jahre 1945 vorübergehend durchgesetzte Aktionseinheit mit der KPÖ wurde sehr bald von den rechten SP-Führern gesprengt und durch die Politik der Klassenzusammenarbeit abgelöst, deren Ausdruck der Koalitionspakt mit der ÖVP ist. In Österreich seien die Klasseninteressen „nahezu auf einen Nenner" gebracht, begründete die damalige SPÖ-Führung die neue Politik. Dagegen richtete sich zwar auch innerhalb der SPÖ eine breite oppositionelle Stimmung, aber nur wenige Mitglieder durchschauten die ganze Tragweite dieser Theorie. Für die Linkssozialisten, die mit größter Sympathie die Kämpfe der Kommunisten, das Auftreten der kommunistischen Abgeordneten in den öffentlichen Körperschaften verfolgten, wurde die Situation immer unerträglicher. Aber jeder Versuch, in der SPÖ eine Wendung im Sinne der Arbeiterklasse und des Sozialismus herbeizuführen, wurde mit den gehässigsten Methoden unterdrückt. Die rechten SP-Führer nützten hierbei skrupellos die Positionen aus, über die sie in der Partei, in der Regierung, im Wiener Rathaus und in der Presse verfügten.

Ein Ausdruck des Widerstandes gegen die Politik der rechten SP-Führung war die Resolution der 44 — so genannt nach den 44 Delegierten, die sie unterschrieben hatten —, die dem Parteitag der SPÖ 1947 vorgelegt wurde. Bei allen Konzessionen, die diese Resolution gegenüber der offiziellen SP-Politik machte, widerspiegelt sie doch deutlich den Wunsch nach einer sozialistischen Orientierung in der SPÖ. „Nur sozialistische Planung" — so heißt es hier — „nur eine ernsthafte Durchführung der Verstaatlichung und ihre Erweiterung zu einer wirklichen Gemeinwirtschaft unter demokratischer Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Verwaltung der sozialisierten Betriebe kann zu einer Besserung der Wirtschaftslage führen ...

Die SPÖ gerät nicht nur infolge der Widrigkeit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, sondern auch durch eine unklare und kompromißlerische Haltung in den entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Fragen in Gefahr, den Glanz sowohl der alten Sozialdemokratischen Partei wie der illegalen Partei aus der Zeit von 1934 bis 1945 zu verlieren."

Die Linkssozialisten, die in den folgenden Jahren aus der SPÖ austraten oder aus ihr ausgeschlossen wurden und der „Vereinigung Fortschrittlicher Sozialisten" bzw. der Sozialistischen Arbeiter-Partei (Linkssozialisten) beitraten, schüttelten einen Albdruck von ihren Schultern, als sie nunmehr unbehindert von der ihr Wissen und Gewissen belastenden Parteidisziplin auftreten und handeln konnten. Nach dem Erscheinen von „Ich darf nicht schweigen" (Oktober 1948) und dem ersten Erscheinen des „Neuen Vorwärts" (Dezember 1948), fand im März 1949 eine Konferenz statt, auf der die Gründung der „Vereinigung Fortschrittlicher Sozialisten" beschlossen wurde. Die Organisation verbreitete sich rasch über das ganze Bundesgebiet. Im Sommer des gleichen Jahres fand ein weiterer Kongreß der Vereinigung statt, auf dem bereits die Beteiligung an den Nationalratswahlen vom 9. Oktober politisch vorbereitet wurde. Bedeutungsvoll war die Entscheidung, die vom Rat der Linkssozialisten am 31. Juli 1949 über die gemeinsame Kandidatur der Linkssozialisten und Kommunisten getroffen wurde.

Im Rahmen des Linksblocks, der auf diese Weise ins Leben gerufen wurde, haben in der Folgezeit Linkssozialisten und Kommunisten zahllose Kämpfe gemeinsam geführt, für die gleichen politischen Ziele Schwierigkeiten und Verfolgungen in Kauf genommen. Linkssozialisten und Kommunisten sind sich in diesen Kämpfen nähergekommen, während sich immer neue Anlässe zu einer entschiedenen Abgrenzung gegenüber der Politik der rechten SP-Führung ergaben, so im Kampf für die Neutralität Österreichs, für den Staatsvertrag und die Wieder-

herstellung der vollen Unabhängigkeit unseres Landes. Die rechte SP-Führung orientierte sich auf die Nato-Politik. Sie sprach davon, daß „der Kalte Krieg mit Hilfe der Sozialisten gewonnen sein wird. Wir sichern die Freiheit und wir sichern den Frieden, wenn wir das Zurückweichen Rußlands beschleunigen". („Arbeiter-Zeitung", 27. April 1952.) Die Linkssozialisten hingegen, die sich 1950 zur „Sozialistischen Arbeiter-Partei (Linkssozialisten)" konstituiert hatten, bekannten in ihrer „Programmatischen Erklärung", beschlossen auf dem Parteitag im November 1951: „Weil die Linkssozialisten Sozialisten sind und den Frieden wollen, sind sie Freunde der Sowjetunion." Und an anderer Stelle: „Nur wenn sich die österreichische Regierung aus den Konflikten der Weltmächte heraushält, wenn sie eine Politik striktester Neutralität befolgt und freundschaftliche Beziehungen mit allen Seiten aufbaut, werden der Abschluß des Staatsvertrages und der Abzug der Besatzungsmächte ermöglicht."

Kommunisten und Linkssozialisten kämpften gemeinsam im Rahmen der Gewerkschaftlichen Einheit für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, sie sammelten gemeinsam Unterschriften gegen die Atomwaffenexperimente und nahmen an Aktionen zur Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion teil. Die Einheitsfront-Politik ist ein Manöver der Kommunisten, behauptete jahrzehntelang die SP-Propaganda. Unsere Erfahrungen bewiesen das Gegenteil: In den gemeinsamen Kämpfen entstand — bei allen Meinungsverschiedenheiten, die es gelegentlich gab — eine politische Kameradschaft und ein Zusammengehörigkeitsgefühl, durch das wir zu unserem späteren Schritt zur Kommunistischen Partei wesentlich ermutigt wurden. Zu einem Bedürfnis aber wurde die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei, als auf dem XX. Parteitag der KPdSU der Weg zu neuen großen Erfolgen der sozialistischen Länder und neue überzeugende Perspektiven für den

Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus gezeigt wurden; als auf diesem Parteitag mit einer erfreulichen Freimütigkeit Fehler vergangener Jahre und dogmatische Erstarrungen in der kommunistischen Politik kritisiert und entscheidende Schritte zu ihrer Überwindung getan wurden.

Auch andere sozialistische Parteien erkannten die neuen Möglichkeiten. Die italienischen Linkssozialisten, mit denen die SAP in engstem Kontakt stand, stellte hinsichtlich der Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU fest: „Die neue weltpolitische Situation öffnet gleichzeitig den Weg zu einer Annäherung der verschiedenen Bewegungen und Parteien, die, auf welche Weise immer, den Sozialismus anstreben." (Juli 1956.) Für uns in Österreich hatten die Beziehungen zur Kommunistischen Partei politisch und ideologisch längst Formen angenommen, die es erlaubten, nun auch organisatorische Schlußfolgerungen daraus zu ziehen: Am 15. Juli 1956 fand ein außerordentlicher Parteitag der SAP statt, auf dem die Vereinigung mit der KPÖ beschlossen wurde. Der Beschluß des Parteitages verweist auf die großen Perspektiven, die sich aus den Beschlüssen und Erkenntnissen des XX. Parteitages der KPdSU ergeben und auf die Bemühungen der KPÖ zur Konkretisierung der neuen Politik. „Zur Bewältigung der großen Aufgaben, die sich mit der Neuorientierung der kommunistischen Politik ergeben, wollen wir die wirkungsvollste Unterstützung leisten, zu der wir imstande sind. Der außerordentliche Parteitag der SAP beschließt: Die Sozialistische Arbeiter-Partei (Linkssozialisten) vereinigt sich mit der Kommunistischen Partei Österreichs."

Noch auf dem Parteitag wurde uns von unserer neuen Partei ein warmer herzlicher Empfang bereitet. Genosse Johann Koplenig begrüßte den von uns gefaßten Beschluß namens des Zentralkomitees: „Es war nicht umsonst, daß die Genossen der SAP in der Zeit des Kalten Krieges aufgestanden sind und gemeinsam mit den Kommunisten Widerstand geleistet haben, daß

sie gemeinsam mit uns den Kampf für die Arbeitereinheit geführt haben, daß sie es vor allem auch gewesen sind, die in der Atmosphäre der Hetze das Banner der Neutralität in Österreich erhoben haben. Die Genossen der SAP bringen auch ihre Kampferfahrungen mit und es ist selbstverständlich, daß sie nun bei uns als gleichwertige Kampfgenossen aufgenommen werden. Nicht als neue Mitglieder, sondern als Genossen, die ja schon seit vielen Jahren gemeinsam mit uns gearbeitet haben."

Und so fühlen wir uns auch seitdem: Als langjährige Mitglieder der traditionsreichen und kampferprobten Kommunistischen Partei Österreichs.

Erwin Scharf

DR. EGON SCHÖNHOF

Zu den hervorragendsten Persönlichkeiten, die von den Ideen der Oktoberrevolution ergriffen wurden, gehörte der Wiener Rechtsanwalt Dr. Egon Schönhof. Da Schönhof schon seit seiner Kindheit, also seit den neunziger Jahren, mit der Familie meines Vaters befreundet war und stets im Hause meiner Eltern ein- und ausging, übrigens auch als „Onkel Egon" mein Taufpate war, sei mir gestattet, hier einige Worte des Gedenkens an diesen einzigartigen Menschen zu Papier zu bringen.

Schönhof kam aus bürgerlich-intellektueller Familie. Schon sein Vater war ein „Hof- und Gerichtsadvokat" im dritten Wiener Gemeindebezirk. Egon Schönhof behielt mit dem Konservativismus, den er in seinem Privatleben zeigte, die Tafel mit dieser Aufschrift während der Jahrzehnte bei, während deren er selbst den gleichen Beruf im gleichen Haus in der Hainburgerstraße ausübte. Ihm war in der k. u. k. Monarchie gewissermaßen an der Wiege gesungen worden, daß er das ruhige und ereignisarme Leben eines Mitgliedes des Wiener Mittelstandes führen würde. Es kam aber anders, weil Schönhof nach 1917 mit der ihm eigenen Wahrheitsliebe und Konsequenz sein geistiges und berufliches Leben nach den Idealen gestaltete, die er im Rußland der Revolution kennengelernt hatte.

Nach Kriegsbeginn rückte Schönhof als Reserveoffizier ein und gewahrte mit Erschütterung das Blut und das Elend des von den Imperialisten mutwillig begonnenen Krieges. In russischer Kriegsgefangenschaft lernte er die sibirischen Lager bis zur chinesischen Grenze kennen, er erlebte die Revolution und den Bürgerkrieg und kehrte 1921 als überzeugter Kommunist in seine Vaterstadt zurück. Seine alten Freunde trauten ihren Ohren nicht, als sie erfuhren, daß Schönhof, der als liberaler Intellektueller in den Krieg gezogen war, sich nun dem Bolschewismus angeschlossen hatte. Da sie Schönhof gern hatten, verbreiteten sie die Version, er sei durch die in Sibirien erlittenen Schicksale verrückt geworden; er würde früher oder später gewiß wieder vernünftig werden.

In Wahrheit hatte Schönhof in den Lehren Lenins und seiner Freunde die Lösung der Fragen gefunden, die ihn als freiheitlich und sozial denkenden Menschen schon seit seiner Jugend beschäftigt hatten. Der Marxismus ließ Schönhof nicht nur den Verlauf der bisherigen menschlichen Geschichte verstehen, sondern er verhalf ihm auch zu der befreienden Überzeugung, daß die Teilung der Menschheit in Besitzende und Besitzlose, die Beherrschung von Völkern durch andere Völker und schließlich auch die Wiederkehr von Kriegen nicht unweigerliches Schicksal sind, daß vielmehr all dieses Unglück durch die Arbeiterbewegung überwunden werden kann.

Schönhof war nicht nur Mitglied der Kommunistischen Partei, sondern er diente der Bewegung mit voller Kraft. In zahllosen Prozessen verteidigte er angeklagte Arbeiter gegen die österreichische Justiz, in der damals bekanntlich Heimwehrler und Deutschnationale — die sich nach 1930 allmählich in Nazis verwandelten — tonangebend waren und die fast immer für die Faschisten gegen die Arbeiter Partei nahm. Man denke an den Schattendorfer Prozeß! Vor Gericht kamen Schönhof seine umfassende Gesetzeskenntnis sowie seine Klarheit des Verstandes und der Formulierung in höchstem Maße zustatten. Nicht selten

gestanden Richter und Staatsanwälte, selbst wenn sie gegen ihn voreingenommen waren, daß sie ganz im Banne der Argumentation des hochgewachsenen schlanken Mannes mit dem scharf profilierten Antlitz standen. Einer der von Schönhof verteidigten Angeklagten war — nach dem 15. Juli 1927 — Genosse Johann Koplenig. Schönhof schrieb auch eine Broschüre: „Wie verhält sich der Proletarier vor Gericht?", und er reiste gelegentlich ins Ausland, z. B. nach Rumänien, um sich auch dort der faschistischen Justiz entgegenzustellen.

Als Dollfuß im Februar 1934 die bürgerliche Demokratie aufhob und seine heimwehrfaschistische Diktatur errichtete, wurde Schönhof alsbald verhaftet und — ohne daß ihm eine strafbare Handlung vorgeworfen wurde — ins neugeschaffene Anhaltelager Wöllersdorf gebracht, wo er etwa zwei Jahre zubringen mußte. Nach seiner Freilassung mußte er sich regelmäßig bei der Polizei melden. Vor seinem Hause stand ein Polizist, der — wie Schönhof scherzend bemerkte — gleichzeitig auf ihn und den ebenfalls in der Hainburgerstraße wohnhaften Bundespräsidenten Miklas aufpaßte.

Im Jahre 1938 wurde Schönhof bereits in der Nacht des Einmarsches der Deutschen verhaftet. Ich rief ihn am nächsten Morgen um 7 Uhr an, um ihn — dessen persönlichen Konservativismus ich kannte — zu beschwören, das Haus zu verlassen und sich womöglich in Sicherheit zu bringen. Es war zu spät. Nun begann Schönhofs Leidensweg durch die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Auschwitz. Genossen schildern, wie Schönhof, der nun schon ein Sechziger war, den Mut nicht verlor, ja die Mitgefangenen sogar in den schwersten Tagen durch seine Worte aufrichtete. Seine Mitgefangenen taten ihr Bestes, Schönhof vor den ärgsten Quälereien der Nazis zu schützen. Zeitweise gelang es, ihm das Steineschleppen zu ersparen und ihn zum Strümpfestopfen abzukommandieren. Doch war das Ende schließlich nicht aufzuhalten. Im Oktober 1942

machte einer der SS-Schergen diesem Leben durch eine Benzininjektion ein Ende.

Im persönlichen Umgang war Schönhof ein liebenswürdiger, gütiger und besonders humorvoller Mensch. Er liebte die Kunst, die Natur und die einfachen Freuden des Lebens. Als junger Mann war er ein ausgezeichneter Alpinist und Skiläufer und es gab wenige Gebiete der Alpen, die er nicht bis in die Einzelheiten kannte. Auch außeralpine Gebirge (Skandinavien) besuchte er. Noch in späteren Jahren unternahm er ausgedehnte Bergwanderungen und es war eine große Freude, an einer solchen Wanderung teilnehmen zu dürfen.

Schönhofs Zukunftsplan trug den Stempel seiner Bescheidenheit. Er träumte davon, sich zur Ruhe setzen zu können, um in ländlicher Umgebung philosophischen Studien zu leben. Er plante die Niederschrift eines philosophischen Werkes, in dem er seine materialistische Weltanschauung darlegen wollte. Wer Schönhof als kristallklaren Vortragenden kannte, wird das Bedauern teilen, daß es zu dieser Niederschrift nicht gekommen ist.

Nicht nur war Schönhof ein Versammlungsredner, der durch seine sachliche Klarheit fesselte, sondern er war auch ein geistesgegenwärtiger Debattenredner ersten Ranges. Unvergeßlich sind seine scharfen Auseinandersetzungen mit Max Adler, der den Marxismus, wie es damals noch üblich war, für die Sozialdemokratie in Anspruch nahm. Schönhof stand mit dem sympathischen Adler persönlich auf gutem Fuß. Aber die Unwahrhaftigkeit und der Opportunismus der Sozialdemokratie, die z. B. die schwarzgelbe Kriegführung unterstützt hatte, später aber behauptete, für das Unglück des Krieges keine Verantwortung zu tragen, waren ihm verhaßt. Er wurde nicht müde, nachzuweisen, wie die Sozialdemokratie in jeder historischen Hauptfrage den Kapitalismus deckte und unterstützte. In anderen Veranstaltungen setzte sich Schönhof in überzeugenden Ausführungen mit den Tolstoianern und absoluten Pazifisten auseinander.

Was immer der Gegenstand der Diskussion war — stets war der Kernpunkt die Wahrheitsliebe Schönhofs. Nie gab er sich mit noch so schönen Worten zufrieden, sondern er forderte unbedingte Klarheit über die wahren Verhältnisse. Ungeduldig war er mit Menschen, deren Worte und Taten einander nicht entsprachen. Abneigung gegen Kriecherei, Polizeimethoden und Bürokratie, gegen Überheblichkeit und nationalen Hochmut, gegen Autoritätsglauben und Selbstzufriedenheit erfüllte ihn.

Die Zweite Republik hat auch diesem Kämpfer gegen den Faschismus und Märtyrer der Demokratie keine Dankbarkeit bezeigt.

Es obliegt Schönhofs Freunden und Genossen, seinen Namen einer Zukunft zu überliefern, in der der Kampf um den Sozialismus und der Widerstand gegen den Faschismus anders gewertet werden wird.

Engelbert Broda

Unter freiem Himmel, in allen Winkeln Österreichs, (diese Aufnahme wurde 1946 gemacht) haben tausende Menschen Johann Koplenig gehört — aus seinem Mund das Wort unserer Partei vernommen

ÖSTERREICHISCHE KRIEGSGEFANGENE IN DER SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

Ungefähr hundert Kriegsgefangene waren in der Weberei Jasjuninskich in Kochma, einem Marktflecken im Gouvernement Wladimir, bei verschiedenen Arbeiten, wie beim Torfstich, im Holzschlag, beim Fuhrwerk, Lagerarbeiten usw. beschäftigt. Ein Rubel 20 Kopeken war unser Taglohn. Für Verpflegung zahlten wir ungefähr 12 Rubel im Monat.

Bis zur Februarrevolution ging unsere Arbeit so ziemlich ohne Schikanen vor sich. Im Anfang wurden wir von zwei Kosaken bewacht, später nur durch Arbeiter der Fabrik. Zur Zeit der Regierung Kerenski kamen etwa 30 sogenannte Kornilow-Leute in den Ort. Die Direktion ordnete an, uns nur mehr zwanzig Kopeken Taglohn samt Verpflegung zu bezahlen. Wir erhielten 200 Gramm Brot täglich. Das brachte die bereits vorhandene Erregung zur Explosion.

Auf Beschluß der bereits im Februar gegründeten Organisation der Kriegsgefangenen wurde die passive Resistenz durchgeführt. Besonders wirksam wurde sie dadurch, daß viel zuwenig Holz für Heizzwecke geliefert wurde. Obwohl jeden Holzfahrer ein Soldat begleitete, waren die schmalen Zufahrtsstraßen nahezu den ganzen Tag durch umgestürzte Holztransportwagen

blockiert und die Direktion mußte schließlich unsere Forderung nach Abzug der brutalen Kornilow-Leute und nach Wiederherstellung des früheren Zustandes annehmen. Unsere Kampfmethoden begannen auf die Arbeiter einzelner Abteilungen der Fabrik überzugreifen. Die Soldaten mußten abgezogen werden und wir arbeiteten wie früher.

Nun kamen aufregende Tage: Eine Versammlung folgte der anderen; Bolschewiki, Menschewiki, Sozialrevolutionäre lösten einander als Redner ab.

Als die Nachricht vom Ausbruch der Oktoberrevolution und dem Sturz der Kerenski-Regierung eintraf, legten die Arbeiter der Fabrik die Arbeit nieder und zogen auf die Straße; wir schlossen uns ihnen an.

Es folgte die Gründung der Gruppe der ausländischen Arbeiter und Bauern, wie die Kriegsgefangenen jetzt genannt wurden, deren Obmann Sitz und Stimme im Ortssowjet hatte. In verschiedenen Kriegsgefangenenlager entstanden Komitees und Organisationen, betreut von dem in Moskau gebildeten Zentralkomitee der Kriegsgefangenen, dessen Mitglied u. a. Genosse Gottlieb *Fiala* war.

Die erste Konferenz der Kriegsgefangenen fand im Februar 1918 in Moskau, im Beisein der Genossin *Kollontai*, als Delegierte des ZK der RKP (B), statt.

Ihre wichtigsten Beschlüsse waren:

1. Werbung in den Lagern für den Eintritt in die Rote Garde.
2. Schaffung von Komitees und Organisationen.
3. Herausgabe der Zeitung „Die Weltrevolution" und von Propagandamaterial, sowie deren Versand in die Lager und an die Fronten.

Die deutschen und die österreichischen Kriegsgefangenen wurden in der deutschsprachigen Gruppe zusammengefaßt. Nach dieser Konferenz ging die Organisierung von Gruppen und Komitees rasch vor sich.

Zur Roten Garde meldeten sich eine große Anzahl von

Kriegsgefangenen, die in eigene Brigaden zusammengefaßt, den Rotarmisten gleichgestellt waren. Aber schon früher nahmen Österreicher an verschiedenen Kampfhandlungen teil. So z. B. am Sturm zur Befreiung der Hauptpost und des Telegraphenamtes in Moskau, bei dem auch ein Österreicher den Tod fand. Die zur Arbeit abkommandierten Rotgardisten waren verpflichtet, an den monatlichen Waffenübungen in den Kasernen teilzunehmen.

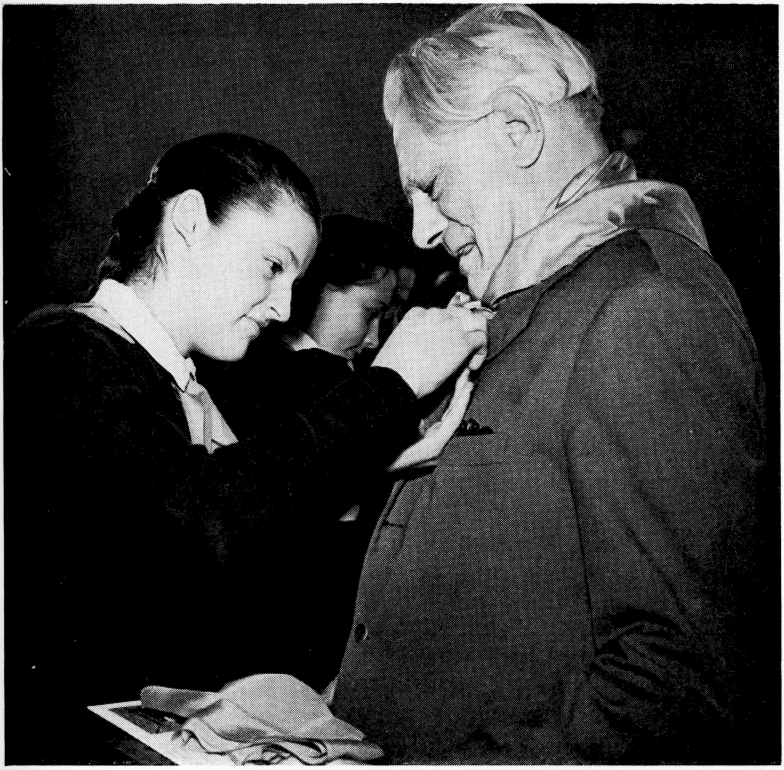
Ich blieb in Moskau, um in meinem Fach als Buchdrucker zu arbeiten. Die Arbeit in der Druckerei in Moskau war sehr schwierig. Moskau litt unter riesigen Verpflegungsschwierigkeiten. Die Arbeit dauerte meistens von 8 Uhr früh bis zwei Uhr nachts ohne entsprechender Verpflegung. Auch die Organisatoren und Propagandisten, die vom Zentralkomitee in die Lager entsandt wurden, fuhren oft ohne ein Stück Brot ab.

Von den einzelnen Organisationen der Kriegsgefangenen ist mir die von Nishny-Nowgorod (heute Gorki) erinnerlich. Diese stand unter Leitung des Genossen Johann *Koplenig*, der seine Organisation auch im Ortssowjet vertrat. Er stand mitten im Kampf gegen die vordringenden Koltschak-Banden. Gefährdete Lager mußten evakuiert werden, neue Kämpfer geworben werden. Unter großen Strapazen, bei größter Kälte, in ungeheizten Waggons, mußte in die Lager gefahren werden. Heimkehrertransporte wurden zusammengestellt. Erst im Jahre 1920 kehrte Gen. Koplenig mit einem Heimkehrerzug in die Heimat zurück.

In Jekaterinburg (heute Swerdlowsk) hatten kurz nach der Oktoberrevolution die Genossen Perlmutter, Effenberger, Josef Grün und andere eine Organisation gegründet. Es wurde eine Zeitung „Dritte Internationale" herausgegeben. Ihr Chefredakteur und Leiter der Schulung war Gen. Josef Grün. Im Juli 1918 wurde dieses Lager nach Perm evakuiert. Dort wurde ein Bataillon gebildet, das bei den Kämpfen an der Wolgafront eingesetzt wurde.

Heinrich Brodnig

Im Februar 1959 nahm Genosse Koplenig an der Spitze einer österreichischen Delegation am 21. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion teil. In einer Moskauer Schule, die die Delegation während einer Sitzungspause besuchte, legt ihm eine der Schülerinnen das Tuch der Sowjetpioniere an



IM KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS

Am 9. Jänner 1928 stand Johann Koplenig vor dem Wiener Geschworenengericht. Er war angeklagt wegen Aufstand, Störung der öffentlichen Ordnung und wegen Verherrlichung gesetzlich verbotener Handlungen. Die ursprünglich erhobene Anklage wegen Hochverrat hatte der Staatsanwalt fallengelassen. Grundlage der Anklage waren ein Flugblatt der Kommunistischen Partei, das am 15. Juli 1927 verbreitet wurde, und die Rede, die Koplenig am 20. Juli beim Begräbnis der von der Polizei ermordeten Arbeiter am Zentralfriedhof gehalten hatte.

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 sind bekannt. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß die Kommunistische Partei schon lange vor dem 15. Juli die österreichischen Arbeiter vor einem faschistischen Vorstoß der Regierung Seipel gewarnt hatte und zwar auf Grund der Diskussion des 8. Parteitags im September 1925 und der Wiener Konferenz am 14. März 1927.

Koplenig ist in seiner Verteidigungsrede auf die Vorgeschichte des 15. Juli eingegangen. Er wies darauf hin, daß die Sanierung in Österreich auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgt ist, daß sie zu niedrigen Reallöhnen, zu einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit, zu einem für die Arbeiter unerträglichen Zustand geführt hat. Koplenig führte die Ereignisse des 15. und

16. Juli auf das Erstarken der Reaktion zurück. „Alle Organe des republikanischen Staatsapparates wurden zu Klassenorganen gegen die Arbeiter. Wir haben das Entstehen der faschistischen Organisationen, die Bewaffnung dieser Organisationen gesehen; wir sahen, daß diese Organisationen geschaffen wurden, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Wir sahen, daß die Organisationen auch vor dem Arbeitermord nicht zurückscheuen. Ich erinnere an die Fälle Birnecker, Still, Kovarik."

Im Jahre 1927 befand sich der österreichische Kapitalismus schon in einem Zustand der relativen ökonomischen und politischen Stabilisierung und ging daran sich Organisationen zu schaffen, die bereit waren, gegen die Arbeiterklasse mit allen Mitteln vorzugehen. Das waren zunächst die sogenannten Heimwehren. Sie waren ursprünglich unter dem Titel von Selbstschutzorganisationen in den unruhigen Zeiten von 1918/19 in den Bundesländern entstanden, und hatten von Beginn an eine antisozialistische Tendenz. Sie wurde allmählich das Sammelbecken der gesamten Reaktion, das aus verschiedenen ideologischen und Organisationsquellen gespeist wurde. Ganz besonders begrüßt wurden die Heimwehren von bestimmten Teilen der scharfmacherischen Industrie, die in harter Konkurrenz zum Ausland stand. Adelige Großgrundbesitzer, die einen Teil ihrer Güter in den Nachfolgestaaten verloren hatten, sahen in der Arbeiterbewegung den Feind, der drohte, ihnen auch die österreichischen Güter wegzunehmen. Da waren ein Teil der alten Bürokratie und brotlosgewordene Offiziere, da gab es ehrgeizige Intellektuelle, die Aufstiegsmöglichkeiten witterten, die ihnen ehrliche Arbeit nie geben konnte, wie zum Beispiel die Doktoren Pfriemer, Steidle und Ahrer, wie der Grazer Professor Rintelen, wie der Maria-Theresien-Ritter Fey. Verstärkt wurde der Zuzug durch Figuren wie Fürst Rüdiger von Starhemberg, Besitzer von 18 Schlössern und einer riesigen Schuldenliste. Zu den frühzeitigen Förderern der Bewegung gehörten neben dem Seckauer Bischof Dr. Pawlikowsky, der Industrieritter Strafella,

der österreichische Bankenverband, zahlreiche jüdische Industrielle und Bankleute und auch Dr. Engelbert Dollfuß, Direktor der Niederösterreichischen Landesbauernkammer.

Neben der Heimwehr war zu dieser Zeit die zweite wichtige faschistische Gruppe, die Nationalsozialisten, erst im Aufstieg. Sie waren die Erben der alten deutschnationalen Bewegung und dementsprechend eng verbunden mit der Großdeutschen Partei. Von ihrem Anbeginn an waren sie ideologisch, organisatorisch und finanziell von Deutschland abhängig, wurden aber bald auch von österreichischen Kapitalisten subventioniert.

Diesen reaktionären Organisationen stand die Arbeiterklasse gegenüber. Ihre wichtigsten und größten Organisationen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, hatten einen gewaltigen Aufschwung erlebt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder war von 210 000 im Jahre 1914 auf 621 000 im Jahre 1925 angewachsen, die der Sozialdemokratischen Partei von 121 000 auf 411 000. Die Positionen dieser beiden Organisationen waren sehr stark. Man denke nur an das „Rote Wien". „Die Arbeiterschaft hatte ungeheure Illusionen in die bürgerliche Republik; die große Schuld der österreichischen SP, die den entscheidenden Teil der Arbeiterschaft beeinflußt, ist, alles getan zu haben, um die Arbeiter über die tatsächlichen Verhältnisse in Österreich hinwegzutäuschen. Sie hat den Arbeitern immer wieder gesagt: Mit dem Stimmzettel müssen wir die Macht erobern, während das Bürgertum und die Wiener Polizei ständig rüsten, faschistische Organisationen gegründet werden, usw." (Koplenig vor dem Schwurgericht.)

Tatsächlich hatten viele Arbeiter die Verschärfung der Klassengegensätze nicht zur Kenntnis genommen und waren von den Ereignissen in und nach Schattendorf überrascht und erschüttert. Die Warnungen der Kommunistischen Partei waren nur von einem kleinen Teil der Arbeiter ernst genommen worden. Man kann den sozialdemokratischen Arbeitern daraus keinen Vorwurf machen. Die kleine Kommunistische Partei war wohl

durch Jahre die einzige Organisation, die vor dem Faschismus warnte und im aktivem Kampf gegen faschistische Vorstöße stand. Die Partei hatte aber wenig Erfahrungen in allen Fragen der Organisation, sie war ideologisch schwach, geschwächt durch die vorangegangenen Fraktionskämpfe war ihr Funktionärkader klein und ungenügend ausgebildet. Sie wurde daher — auch wenn sie richtig analysierte — von den sozialdemokratischen Arbeitern nicht so ernst genommen wie die ihnen vertrauten Führer der eigenen Partei.

Als wenige Wochen nach den Arbeitermorden in Schattendorf der Heeresminister Vaugoin eine Suche nach im Arsenal verborgenen Schutzbundwaffen durch das Bundesheer versuchte, gelang es den Arbeitern von Favoriten durch eine machtvolle Demonstration und den E-Werkarbeitern durch Abschaltung des Stromes das Bundesheer zum Abzug zu bringen. (Die Waffen wurden nach der Nationalratswahl 1927 von der Sozialdemokratischen Partei freiwillig ausgeliefert.)

Damals veröffentlichte die Kommunistische Partei einen Offenen Brief an die Sozialdemokratische Partei, in dem sie sich bereit erklärte, ihre Anhänger aufzufordern, bei den kommenden Nationalratswahlen für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen, ohne Anspruch auf Mandate zu erheben, wenn sich die SP verpflichte, falls sie die Mehrheit erhalten würde, einen entschlossenen Kampf gegen die faschistischen Verbände und gegen die Unternehmer zu führen, die Massensteuern auf die Bourgeoisie abzuwälzen und gute Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen. Der Offene Brief wurde von der SP in einem Artikel Otto Bauers in der „Arbeiter-Zeitung" mit der Begründung abgelehnt, die Einheit der Arbeiterklasse sei in der SP verwirklicht und auf die Hilfe der Kommunisten könne man verzichten. Auf einer Wiener Parteikonferenz am 14. März 1927 mußte Koplenig in Hinblick auf die Ablehnung des Einheitsfrontangebots die folgende Voraussage machen: „Die österreichische Bourgeoisie hat die von der SP erzeugten Illusionen innerhalb der

Arbeiterschaft sehr gut für sich ausgenutzt. Sie hat seit dem Jahre 1920 ihre Positionen ausgebaut und gestärkt. Sie stellt heute offen und ohne Verschleierung ihres Zieles die Frage der endgültigen Stabilisierung ihrer Macht auf die Tagesordnung. Gestützt auf die für sie günstige Situation im internationalen Maßstab bereitet die Bourgeoisie einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft vor." Der entscheidende Schlag fiel am 15. Juli 1927.

Der 15. Juli war für die österreichische Arbeiterschaft eine neue Erfahrung. Es gab auch vorher viele große und ernste Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse. In der Vergangenheit, besonders in der Zeit der Monarchie, konnte die Sozialdemokratische Partei mit der Technik und Taktik der Drohung vieles erreichen. In der Habsburg-Monarchie war die Staatsführung geneigt, Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat gelegentlich zu verstärken und geschickt auszunutzen. In der bürgerlichen Demokratie, der reinen Form der Diktatur der Bourgeoisie, war diese nicht bereit, Drohungen zu akzeptieren. Ein Politiker wie Seipel, unterstützt von einem Polizeipräsidenten wie Schober, war zu einer klaren Entscheidung entschlossen. Erst nach der Lehre vom 15. Juli 1927 begannen die sozialdemokratischen Arbeiter manches besser zu verstehen und die Argumente der Kommunisten anzuhören. Das zeigt die Reaktion auf die nächsten großen Provokationen der Faschisten.

In den folgenden Jahren waren vor allem die Heimwehren im Vormarsch. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen besonders mit Kommunisten, bei vielen Gelegenheiten aber auch mit sozialdemokratischen Arbeitern. Im zunehmendem Maße nahmen die sozialdemokratischen Arbeiter an kommunistischen Gegendemonstrationen teil. Wenn man sich diese Zeit in Erinnerung ruft, erscheint es fast unglaublich, daß die kleine Kommunistische Partei imstande war, oft mehrmals in einer Woche Heimwehrversammlungen zu zerschlagen oder zumindest zu

stören. Hier sei nur an die erste Heimwehrversammlung in einem Wiener Arbeiterbezirk, in Ottakring, erinnert, die von kommunistischen Arbeitern gesprengt wurde. Die Heimwehrler mußten abziehen und die „Ottakringer Taktik" wurde in der Folge zu einem Begriff. Die nächste große Provokation aber war der Heimwehraufmarsch am 7. Oktober 1928 in Wiener Neustadt, bei dem auf Grund einer typisch österreichischen Kompromißlösung vormittags die Heimwehren und nachmittags der Schutzbund aufmarschieren konnten, wobei die Stadt durch eine Demarkationslinie, besetzt von Gendarmerie und Bundesheer, in zwei Zonen geteilt war. Alles verlief relativ ruhig, nur die Kommunisten machten sich unliebsam bemerkbar und zwar weit mehr bei der SP-Führung als bei der Exekutive. Es gab zahlreiche Verhaftungen, aber viel Zustimmung in der Diskussion mit den Kommunisten und viel Beifall für das Auftreten der Kommunisten seitens der sozialdemokratischen Arbeiter. Wiener Neustadt hatte die Heimwehren ermutigt, so sehr, daß sie für den 24. Feber 1929 einen Aufmarsch durch Meidling, erstmalig also in einem Wiener Arbeiterbezirk, planten. Trotz heftigster Proteste auch innerhalb der SP wurde der Aufmarsch schließlich durchgeführt. Es war ein trauriger Aufmarsch. Dem Aufruf der KP folgten Massen von sozialistischen Arbeitern; aus dem Spalier wurde mit Fünf-Schilling-Noten gewinkt, (die Heimwehrler erhielten fünf Schilling pro Aufmarsch und Tag). Nur der ausgiebige Polizeischutz konnte die Arbeiter vor dem Zerschlagen des Zuges zurückhalten. Wie immer gab es zahlreiche Verhaftungen. Dem Ruf der KP zu einer Protestversammlung am 27. Feber beim Weigl in Meidling folgten 2000 Arbeiter. Damals begannen sich antifaschistische Komitees zu bilden. Die Initiatoren waren die Kommunisten, aber in zunehmendem Maß traten sozialdemokratische und parteilose Arbeiter diesen Komitees bei.

Am 12. Mai 1929 waren die Heimwehren imstande, einen großen Aufmarsch in Wien mit Feldmesse vor der Votivkirche

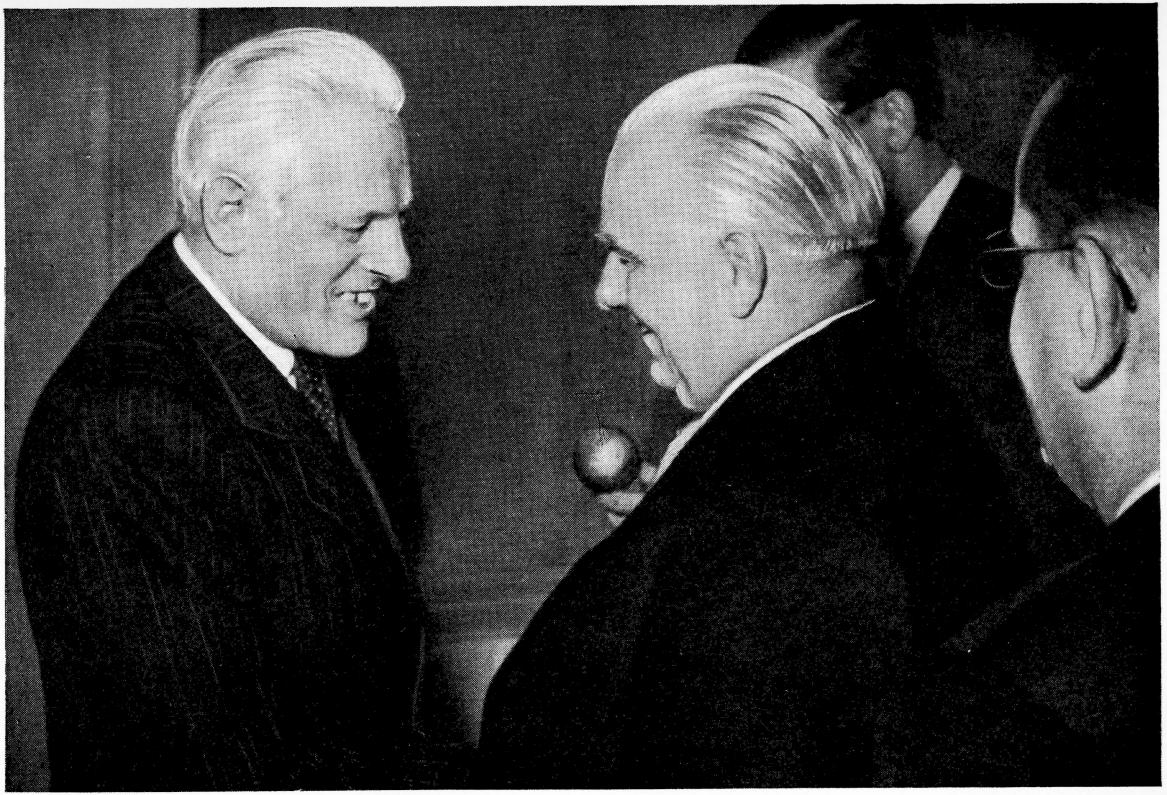
durchzuführen. Es gab wohl Gegendemonstrationen und Störungen auf dem Anmarschweg, aber verhindern konnten die Arbeiter solche Märsche nicht mehr. Der Lärm dieser Heimwehraufmärsche war die Begleitmusik für ernste Veränderungen in der Struktur der Republik. Hier sind zu nennen: der berüchtigte Hüttenberger Pakt, durch den die winzige Heimwehrgewerkschaft in der Alpinen Montan neben der halben Million freier Gewerkschafter als gleichberechtigter Partner anerkannt wurde; die Verfassungsänderung des Jahres 1929 und das sogenannte Antiterrorgesetz (im April 1930 vom Nationalrat beschlossen).

In diese Zeit fällt der Zusammenbruch der Wiener Bodenkredit-Anstalt als erstes Symptom der internationalen Krise, die in Österreich zu weiteren Bankenzusammenbrüchen, zur Massenarbeitslosigkeit führte und Österreich zum Sanierungsobjekt, das heißt Ausplünderungsobjekt des ausländischen Kapitals machte. Das deutsche Kapital konnte im Laufe der folgenden Jahre erfolgreich das Entente-Kapital aus vielen Positionen verdrängen.

Dieser Vormarsch des deutschen Kapitals fand in Österreich seinen Niederschlag in einer vermehrten Tätigkeit der Nationalsozialisten. Damals begann der Kampf des braunen mit dem schwarz-grünen Faschismus, der seinen vorläufigen Abschluß im Juli 1934 fand. Zunächst waren die Heimwehren stärker und sie begannen in den Krisenjahren 1929/30 ein offen faschistisches Programm zu propagieren.

Alfred Fischer

Mit Wilhelm Pieck, dem ersten Präsidenten des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, der DDR, verband Genossen Koplenig enge Freundschaft



VON DER „JUNGFRONT" ZUR KPÖ

Nach dem 15. Juli 1927 gewannen die oppositionellen Stimmungen in der österreichischen Sozialdemokratie immer mehr an Boden. Aber es gab praktisch keine Brücke zwischen den theoretischen Diskussionen, wie sie in der von Max Adler geleiteten marxistischen Studiengemeinschaft geführt wurden, und der immer stärker werdenden, aber theoretisch völlig unklaren aktivistischen Unzufriedenheit, wie sie vor allem in den Alarmkompanien des Schutzbundes zu finden war. Es gab zunächst weder Programm noch Organisation irgendeiner oppositionellen Gruppierung und trotz ganz allgemeiner Sympathien für den „Bolschewismus" bestand überall scharfe Ablehnung der KPÖ als „Spalter der Arbeiterklasse".

Erst Anfang 1932, als die drohende Machtergreifung des Nazifaschismus in Deutschland und die wachsende Frechheit der von Mussolini bezahlten Heimwehren in Österreich ein immer weiteres Zurückweichen der sozialdemokratischen Führung auf allen Gebieten zur Folge hatten, wurde das Verlangen der jüngeren Arbeiter nach energischerer, aktiverer Abwehr der faschistischen Provokationen so stark, daß der Parteivorstand darauf reagieren mußte. In verschiedenen Industrieorten war

es bereits zur Bildung von Aktionsgruppen junger sozialistischer Arbeiter gekommen. Um nicht die Kontrolle über diese Bewegung zu verlieren, entschloß sich der Parteivorstand zur Gründung der „Jungfront". Er sorgte dafür, daß sich die zentrale Führung dieser Organisation fest in seiner Hand befand. Die Jungfrontgruppen sollten ihre revolutionäre Ungeduld in Aktionen gegen faschistische Versammlungen und Schaukästen abreagieren und sich in die Politik der Partei nicht einmischen.

Die Jungfront nahm einen stürmischen Aufschwung. Nicht nur die organisierten Sozialdemokraten zwischen 18 und 30 Jahren schlossen sich ihr an, sondern vielfach auch Gruppen von jungen Arbeitslosen, die bis dahin nirgends organisiert waren. Aber die Jungfront beschränkte sich nicht auf antifaschistische Aktionen; sie entwickelte auch — sehr zum Leidwesen des Parteivorstandes — eine rege Versammlungstätigkeit. Die gesuchtesten Redner dieser Versammlungen waren die jungen Redakteure der „Arbeiter-Zeitung" Ernst *Fischer* und Ludwig *Wagner*, die an der Kapitulationspolitik der Parteiführung scharfe Kritik übten und ein offensives Vorgehen der Sozialdemokratie gegen die faschistische Gefahr forderten. Sie fanden begeisterte Zustimmung. Unter ihrer Führung entwickelte sich sehr rasch die sogenannte Jungfrontlinke, deren Vertreter nicht nur bei den Bezirksbesprechungen der Jungfrontführer, sondern auch in den Vertrauensmännerversammlungen der Sektionen und auf den Bezirkskonferenzen offen gegen die Politik der Parteiführung auftraten und rasch an Einfluß gewannen.

Obwohl es keine gesonderten Organisationen der Linken in der Jungfront gab, entwickelte sich doch sehr bald eine Art zentraler Leitung, die sich — neben den beiden Redakteuren der „Arbeiter-Zeitung" — aus den aktivsten Jungfrontführern der Wiener Bezirke und Sektionen, einigen jungen Schutzbündlern und einer Anzahl von Mitgliedern der marxistischen Studiengemeinschaft zusammensetzte. Diese — ganz formlose — Lei-

tungskörperschaft traf sich bald wöchentlich im Extrazimmer eines zentral gelegenen Kaffeehauses und setzte sich in Diskussionen, die oft bis zum Morgengrauen dauerten, mit den politischen Problemen auseinander. Es gab außerordentlich große Verschiedenheiten der grundsätzlichen Auffassungen — vom anarchistischen Draufgängeraktivismus bis zu mehr oder weniger konsequent marxistischen Anschauungen. Gemeinsam war eigentlich nur die Ablehnung des Zurückweichens, der Kapitulationspolitik gegenüber dem Faschismus.

Nach der Auflösung des Parlaments im März 1933 entschlossen sich die leitenden Genossen der Opposition zur Umgestaltung des zentralen Diskutierklubs zu einer mehr oder weniger operativen Leitung einer organisierten Opposition, die sich „Die Linke in der Sozialdemokratie" nannte und auf Grund der damaligen Verhältnisse von vornherein illegal arbeiten mußte — auch dem Parteivorstand gegenüber. Von der Organisation erfaßt werden sollten nur Aktivisten und Vertrauensmänner. Jede Aufstellung von Listen wurde strikt abgelehnt. Trotzdem gelang es einigen Trotzkisten, die als Polizeispitzel in die verschiedenen Organisationen der Linken eingedrungen waren, der Polizei Listen von Vertrauensmännern der Linken zu übergeben.

Zunächst bemühte sich die Linke, die Parteiführung zur Stellung eines Ultimatums an die Regierung Dollfuß zu nötigen: Binnen drei Tagen Einberufung des Parlaments, Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Formationen, Wiederherstellung aller demokratischen Rechte — oder Generalstreik. Auf zahlreichen Bezirkskonferenzen wurde diese Forderung einstimmig beschlossen. Aber auf der Reichskonferenz im April 1933 konnte der Parteivorstand diesen Antrag mit großer Mehrheit zu Fall bringen.

Der organisatorische Einfluß der Linken erstreckte sich vor allem auf Wien, Steiermark und Steyr. Die Linke hatte nicht nur in der Jungfront, im Schutzbund und bei den Arbeitslosen,

sondern auch in vielen Betrieben starke Positionen. Wiederholt gelang es ihr, gegen den Willen der Parteiführung, kurzfristige politische Streiks auszulösen, so zum Beispiel gegen die Einführung der Todesstrafe. In den Bezirksleitungen der sozialdemokratischen Partei, in der Schutzbund- und Gewerkschaftsführung gelang es der Linken nirgends, die Führung an sich zu reißen.

Die Beziehungen zur Kommunistischen Partei waren sehr widerspruchsvoll. Während eine Anzahl von führenden Genossen der Linken in persönlichem Kontakt mit Mitgliedern des Zentralkomitees standen und es in der zweiten Hälfte 1933 anläßlich der Bedrohung der österreichischen Grenze durch Deutschland sogar zu einer gemeinsamen Beratung der Leitung der Linken mit dem ZK kam, auf der eine gemeinsame Stellungnahme beschlossen wurde, lehnte die große Mehrheit der Funktionäre der Linken jedes offene Zusammengehn mit den Kommunisten und erst recht jeden Übertritt zur KP entschieden ab. Sie waren überzeugt, daß sie sich dadurch von der Arbeiterschaft isolieren würden. Tatsächlich verloren auch einzelne Genossen, die illegal der KP beitraten, sehr bald ihren bisherigen Einfluß unter den sozialdemokratischen Arbeitern.

Die überwältigende Mehrzahl der Funktionäre und Anhänger der Linken betrachtete es als ihre Aufgabe, die Sozialdemokratie zu einer revolutionären Partei umzugestalten. Ein Teil hoffte, wenigstens in den bevorstehenden Kämpfen die Führung an sich reißen zu können. Tatsächlich ist das dann nirgends in nennenswertem Ausmaß gelungen.

Als im Laufe des Jahres 1933 der Einfluß der Linken stärker fühlbar wurde, versuchte der Parteivorstand, dem auf verschiedene Weise entgegenzuwirken. Auf der einen Seite traten seine Funktionäre — mit wenig Erfolg — in Versammlungen und Konferenzen gegen die Linke auf; auf der anderen Seite wurde der Versuch gemacht, durch Organisierung einer parteivorstandstreuen „Linken", der sogenannten Kulcsar-Leichter-Lin-

ken, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Tatsächlich gelang es dieser Pseudo-Linken, das Eindringen der Opposition in zahlreiche wichtige Betriebe zu verhindern. (Im 5. Bezirk ging übrigens das Schutzbundkommando so weit, folgende Weisung auszugeben: „Flugzettelverteiler der Linken sind der Polizei zu übergeben.")

Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag im Herbst 1933 brachten die Delegierten der Linken einen Gegenentwurf gegen den Resolutionsantrag des Parteivorstandes ein. Da der Resolutionsentwurf der Linken, der offensiven Kampf gegen den Faschismus forderte, auch bei vielen Delegierten, die nicht der Linken angehörten, starke Zustimmung fand, wurde eine Kommission unter Vorsitz Otto Bauers zur Ausarbeitung einer Kompromißresolution gewählt. Aber obwohl in diesem Ausschuß Einigung über ein Kompromiß erzielt wurde, ließ Seitz als Vorsitzender des Parteitages nicht über den Kompromißentwurf, sondern über die Resolution des Parteivorstandes abstimmen, die infolge der allgemeinen Verwirrung auch mit Mehrheit angenommen wurde.

Ende Jänner, Anfang Februar 1934 arbeitet die Linke an der Vorbereitung einer großen Streikbewegung, die sich vor allem auf die steirischen Berg- und Papierarbeiter und in Wien — neben einigen kleineren Metallbetrieben — auf die Ankerbrotwerke stützen sollte. Knapp vor Abschluß dieser Vorbereitungen — die Flugblätter, die zur Unterstützung des Streiks aufriefen, waren bereits gedruckt und zur Verteilung bereit — kam es zu den Ereignissen des 12. Februar. Am 12. Februar selbst konnten die Vertrauensmänner der Linken wohl zur Mobilisierung des Schutzbundes beitragen, doch gelang es ihnen nicht, zentral auf die Führung des Kampfes Einfluß zu gewinnen.

Unmittelbar nach den Februarereignissen 1934 trat ein Teil der führenden Genossen der Linken sofort der KP bei. Einige andere schlossen sich, gefolgt von zahlreichen Vertrauensmän-

nern, den „Revolutionären Sozialisten" an. Viele Hunderte Vertrauensmänner der Linken setzten als „Rote Front" ihre Arbeit fort, da selbst nach den Erfahrungen des Februar die von der sozialdemokratischen Führung gezüchteten antikommunistischen Stimmungen sich noch als sehr stark erwiesen. Erst im Sommer 1934 war es möglich, die „Rote Front" fast geschlossen in die Kommunistische Partei zu führen.

Walter Fischer

IN DEN REIHEN DER INTERNATIONALEN BRIGADEN

Am 18. Juli 1936 gab Radio Ceuta das Signal zur Rebellion der spanischen Faschisten gegen die republikanische Regierung, die aus dem großen Wahlsieg der Volksfront vom Februar des Jahres 1936 hervorgegangen war.

Das spanische Volk besaß die Kraft, seine Errungenschaften mit Erfolg zu verteidigen, so lange es nur spanischen Kräften gegenüberstand. Aber die feudale und klerikale Reaktion Spaniens hatte von Anfang an die Unterstützung der Hitler-Faschisten und Mussolinis, die zu einer massiven Intervention gegen das in der Volksfront vereinte spanische Volk ansetzten.

Vom ersten Moment an kämpfte das spanische Volk heldenhaft. Die Geschichte dieses Kampfes ist noch nicht geschrieben. Es steht aber schon jetzt fest, daß die Geschichte des revolutionären Krieges gegen den Faschismus in Spanien in den Jahren 1936 bis 1939 eine der erhebendsten Seiten der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung darstellt. Die Sowjetunion war das einzige Land, das sich vom ersten Moment an vorbehaltlos auf die Seite des spanischen Volkes stellte. In der Erkenntnis, daß die Befreiung Spaniens nicht nur eine Sache des spani-

schen Volkes, sondern die gemeinsame Sache der ganzen fortschrittlichen Menschheit ist, begann der Einsatz der Internationalen Brigaden in Spanien.

Aus allen Ländern Europas und aus vielen Ländern Amerikas kamen Antifaschisten, vielfach unter den größten Schwierigkeiten und nach Überwindung vieler Gefahren nach Spanien und stellten sich der republikanischen Regierung zur Verfügung.

Die bürgerlichen Regierungen des Westens verrieten die Sache des spanischen Volkes, die II. Internationale lehnte es ab, mit der Kommunistischen Internationale eine internationale Kampfeinheit für die Rettung der spanischen Republik zu schaffen. Und doch kamen Menschen aus allen Lagern nach Spanien.

Vom ersten Moment der faschistischen Rebellion an kämpften Österreicher an der Seite der spanischen Republikaner. Die ersten Österreicher waren bereits bei Ausbruch der faschistischen Rebellion im Lande. Es waren zum Teil Arbeiter, die Österreich schon vor Jahren aus wirtschaftlichen Gründen verlassen hatten, und in den Orten, wo sie lebten, mit der Bevölkerung an den ersten Aktionen teilnahmen. Ein österreichischer Genosse stand zum Zeitpunkt der faschistischen Rebellion in spanischem Militärdienst und unterstützte mit seiner Artillerie-Einheit die ersten Schritte des republikanischen Widerstandes.

Bereits im August 1936 waren bei den Kämpfen um Tardiente die ersten österreichischen Freiwilligen im Einsatz. Dann strömten mit vielen tausenden Freiwilligen auch Hunderte von Österreichern im Herbst 1936 nach Spanien. Insgesamt kämpften zwischen 1936 bis 1939 ungefähr 2000 österreichische Freiwillige in Spanien.

In den ersten internationalen Bataillonen, die für die Verteidigung Madrids im Oktober 1936 (kurze Zeit später wurde aus ihnen die später berühmte 11. Brigade gebildet) formiert wurden, kämpften bereits ansehnliche Gruppen österreichischer Freiwilliger. Als im November 1936 die 13. Internationale

Mobile Brigade aufgestellt wurde, war eine große Anzahl Österreicher in dieser Einheit. Im Bataillon „Tschapajew" dieser Brigade waren die Österreicher vor allem in der Maschinengewehrkompanie stark vertreten. Österreichische Freiwillige gab es auch bei den republikanischen Fliegereinheiten, bei der Artillerie, bei den Verbindungs- und Meldetruppen, im Partisanen-Einsatz und in den verschiedenen Stäben, sowohl in militärischen als auch in politischen Funktionen.

Aus Österreich kamen ehemalige Schutzbündler, Jungkommunisten, erfahrene Parteifunktionäre, revolutionäre Sozialisten, Parteilose und fortschrittliche Katholiken. Es gab in diesen Jahren keine größere Aktion, keinen wichtigen Kampfabschnitt, an dem nicht österreichische Interbrigadisten teilgenommen haben.

Im Verteidigungskampf um Madrid, in der Schlacht bei Guadalajara, den Kämpfen bei Teruel, der Schlacht bei Brunete, den Kämpfen bei Motril, Almeria, in der Sierra Nevada in fast 3000 Meter Höhe, und in der großen Ebro-Offensive kämpften Österreicher. Ihre Namen und ihre Heldentaten sind für immer mit der Geschichte des spanischen Heldenkampfes verbunden.

Die Österreicher waren in Spanien sehr beliebt. Viele Spanier und viele Internationale haben sich so manches österreichisches Lied und gar manchen urwüchsigen Ausdruck angeeignet. Oft konnte man irgendwo in einer bestimmten Situation plötzlich ein urechtes „gemma, gemma" hören, obwohl der Betreffende kein weiteres Wort unserer Sprache verstand, und unser Lied „Tirolerland, wie bist du schön . . ." haben im Verlaufe der Zeit nicht wenige Spanier gemeinsam mit den österreichischen Freiwilligen gesungen.

Die Kommunistische Partei Österreichs war in tiefster Illegalität und doch hatten die österreichischen Kommunisten in Spanien nie das Gefühl, auch nur geographisch gesehen, weit von ihrer Partei entfernt zu sein — ganz im Gegenteil. Trotz der Schwierigkeiten der Illegalität und des Krieges waren die

Beziehungen der illegalen Parteileitung zu den österreichischen Kommunisten in Spanien in keinem Moment unterbrochen.

Die Partei versorgte die österreichischen Kommunisten mit wichtigem Material. „Weg und Ziel", das theoretische Organ der Partei, wurde bis an die Front gebracht. Es war die Zeit, in der die Partei die Frage der Herausbildung der österreichischen Nation diskutierte. Da gab es unter den Österreichern in Spanien nicht wenige Diskussionen und mehr noch mit den Genossen anderer Länder. Manchmal kam auf irgendwelchen Wegen illegales Material aus dem Lande.

Am dritten Jahrestag der Februarkämpfe hat das Zentralkomitee der Partei im Februar 1937 eine Grußbotschaft an die spanische Regierung, an die Sozialistische Partei und an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens gerichtet. In dieser Grußbotschaft stellt die Partei fest, daß die österreichische Arbeiterklasse und das freiheitliebende Volk Österreichs

> „mit dem Gefühl besonders tiefer Schicksalsverbundenheit das republikanische Spanien und die in seinen Reihen kämpfenden Streiter der Internationalen Brigaden und österreichischen Schutzbündler, die Blutzeugen der Solidarität der Arbeiter aller Länder und aller Menschen, die sich zur Demokratie, Freiheit, Fortschritt und Kultur bekennen, grüßt."

In dieser Botschaft wird darauf hingewiesen, daß, so wie die Wohnstätten Madrids drei Jahre vorher die Heime der Wiener, Grazer, der Brucker und Steyrer Arbeiterfamilien mit Maschinengewehrkugeln überschüttet, aus Kanonen beschossen und durch Granaten verwüstet wurden, von demselben Faschismus, der „bei uns wie bei Euch von christlichen Lippenbekenntnissen so trieft, wie von Blut, das er vergoß".

Die Partei war bei uns. Wir waren bei der Partei.

Im Jahre 1937 wandte sich die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs an die in Spanien kämpfenden Österreicher:

„Wir in Österreich und Ihr in Spanien, wir kämpfen alle an der einen großen Front der Freiheit und des Friedens, des menschlichen Fortschritts und des Wohlstandes für das ganze Volk gegen den Faschismus, der der Todfeind der neuen Gesellschaft ist, die in so schweren, opfervollen Kämpfen geboren wird ..." hieß es in diesem Gruß der Partei.

Der Sommer 1937 war für die österreichischen Kommunisten ein besonderes Ereignis. Das Politische Büro der Partei beauftragte Genossen Franz Honner, nach Spanien zu fahren. Auf seine Initiative wurde im Juli 1937 im Rahmen der 11. Brigade ein österreichisches Bataillon geschaffen. Das Bataillon erhielt den Namen „12.-Februar-Bataillon". Die vier Kompanien gaben sich die Namen der Februar-Helden „Georg Weissel", „Koloman Wallisch", „Karl Münichreiter" und „Josef Gerl". Schon kurze Zeit darauf bestand das Bataillon seine Feuertaufe und kämpfte bis zum Abzug der Internationalen Brigade aus Spanien im Rahmen der 11. Brigade.

Im Oktober 1937 nahm das in einem kleinen Dorf an der Aragonfront stationierte österreichische Bataillon „12. Februar" eine Botschaft an das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten, das Zentralkomitee der KPÖ und an die Mitglieder beider proletarischer Parteien, an.

In dieser Botschaft heißt es:

„Unser vor vier Monaten formiertes Bataillon hat die ehrenvolle Bezeichnung ‚12. Februar' als Anerkennung für die Leistung aller österreichischen Antifaschisten in den Schützengräben, in den Tanks, bei den Geschützen und in den glorreichen republikanischen Flugzeugen erhalten. Wir Österreicher

— Kommunisten, Sozialisten, Schutzbündler und parteilose Antifaschisten — sind in unserem kriegsstarken Bataillon auf das brüderlichste vereint mit unseren spanischen Kameraden, unter denen es neben Kommunisten und Sozialisten, Katalanier, Anarchisten, Katholiken, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle gibt.

Wir alle haben nur ein Ziel. Und dieses Ziel schweißt unsere Kameradschaft auf Leben und Tod zusammen. Zu unserer militärischen Erfahrung, zu unserer vollwertigen Waffenausrüstung kommt noch die schärfste und unbesiegbare Waffe hinzu, die Einheit."

„Jeder, der den Frieden liebt, jeder, der von tiefer Liebe zu seinem Volke erfüllt ist, dem die Freiheit etwas wert ist, der die faschistische Unterdrückung verabscheut, kann und muß sich mit allen jenen zusammenschließen, die dasselbe wollen."

Ende 1937 schrieb Genosse Koplenig im Auftrag der Partei an die Österreicher in Spanien:

„Wir und mit uns zweifellos die große Masse der Antifaschisten, sind stolz auf das heroische spanische Volk, seine ruhmreiche Armee, die beide im engsten Zusammenwirken auf so beispielgebende Art der Welt zeigen, wie man kämpfen muß, um den schlimmsten Feind der zivilisierten Menschheit, den Faschismus zu schlagen . . ."

„Aber nicht weniger stolz sind wir auf Euch, österreichische Kämpfer, die Ihr in den Reihen der Internationalen Brigaden an der Seite der Freiwilligen vieler anderer Nationen und Eurer spanischen Brüder ohne Zögern und Zaudern mit dem Einsatz Eures Lebens die Freiheit des heldenhaften spanischen Volkes, die Freiheit und den Frieden aller Völker gegen den mörderischen Faschismus verteidigt. Wir sind stolz auf Euch, österreichische Kämpfer im spanischen Volksheer, im österreichischen Bataillon ‚12. Februar 1934', weil Ihr den ruhmvollen Traditionen der österreichischen Arbeiterklasse alle Ehre macht, weil

Ihr in den harten Kämpfen der letzten Monate immer wieder bewiesen habt, daß der Geist der Februarkämpfer in Euch weiterlebt. Die leuchtenden Beispiele des heroischen spanischen Volkes und seiner sieghaften Armee, Eure eigene Bereitschaft, für unsere Überzeugung, für unsere gemeinsamen Freiheitsideale alles zu opfern, wenn es sein muß, sind für die Mitglieder unserer Partei, für alle Antifaschisten in Österreich, heute der stärkste Ansporn im Kampfe gegen das autoritäre Regime, für ein freies, demokratisches und wirklich unabhängiges Österreich . . ."

„Wir erwarten von Euch, daß Ihr in Spanien neben Euren militärischen Aufgaben auch tätig seid für die Durchführung jener Aufgaben, die zur Herbeiführung der Einheit der Arbeiterklasse, zur Stärkung der Volksfront, gelöst werden müssen. Wichtig ist Einigkeit — denn sie macht uns stark. Seid daher immer ebenso wackere Streiter und Kämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Erhaltung und Stärkung der Volksfront und ihrer Regierung, wie als Soldaten im Schützengraben."

Und die kommunistischen Spanienkämpfer aus Österreich antworteten, daß den in Spanien Gefallenen nur e i n Denkmal würdig ist: Die vorbehaltlose revolutionäre Kampfeinheit der österreichischen Arbeiterklasse.

Im März 1938, als der Hitler-Faschismus Österreich okkupierte, war für die österreichischen Interbrigadisten eine schwere Zeit angebrochen.

Der Würgegriff der Nichtintervention begann sich auszuwirken, gleichzeitig wurde die ausländisch-faschistische Intervention vervielfacht. Nur durch systematische politische Erziehungsarbeit unter den schwierigsten Bedingungen war es möglich, die gestellten militärischen Aufgaben zu lösen. Mit Stolz kann festgestellt werden, daß die österreichischen Freiwilligen bis zum letzten Tag in Spanien ihre Pflicht vorbildlich erfüllten.

Als im Oktober 1938 auf Grund der Völkerbund-Entscheidung die Internationalen Brigaden aus Spanien zurückgezogen wurden, sprach die Genossin Dolores Ibarruri jene, jedem Interbrigadisten unvergeßlichen Worte:

„Politische Gründe, staatliche Gründe, das Gedeihen derselben Sache, für die Ihr Euer Blut aus grenzenlosem Edelmut hingabt, veranlassen die einen von Euch, in ihr Vaterland zurückzukehren, die anderen in die notgedrungene Emigration. Ihr könnt stolz heimgehen, Ihr seid die Geschichte, Ihr seid die Legende, Ihr seid das heroische Beispiel für die Solidarität und die Universalität der Demokratie."

Heinrich Fritz

KOMMUNISTEN IM PARLAMENT

Es war im Herbst 1956. Ein neugewähltes Parlament stand vor der Aufgabe, in die Angelegenheiten tausender arbeitender Menschen tief einschneidende Entscheidungen über die Verwaltung der verstaatlichten Industrie zu fassen, die nach den Forderungen der ÖVP neu geregelt werden sollte und über das Schicksal der ehemaligen USIA- und SMV-Betriebe zu beschließen, die durch den Staatsvertrag Österreich übergeben worden waren. Die kommunistischen Abgeordneten vertraten mit wuchtigen Argumenten die Sache der betroffenen Arbeiter, Angestellten und Pächter. Aber die Koalition hatte ihre Entscheidungen gefällt und beide Maßnahmen wurden Gesetz.

Zum Ende der Parlamentssession, die diese Beschlüsse gefaßt hatte, legte Genosse *Koplenig* als Fraktionsvorsitzender unserer parlamentarischen Vertretung Rechenschaft über diese Parlamentssession und die Arbeit der kommunistischen Abgeordneten vor einer Beratung von Betriebsräten ehemals sowjetisch verwalteter Betriebe ab. Getreu dem kommunistischen Grundsatz, daß ein Abgeordneter keine Blankovollmacht für sein Tun und Lassen im Parlament hat, sondern den Wählern Rechenschaft zu geben hat, beschränkte sich Koplenig keineswegs auf einen kritischen Bericht: Er wies nach, welche Weiterungen für die

gesamte Arbeiterschaft in den schädlichen und gefährlichen Maßnahmen gegen die fortschrittlichen Arbeitsordnungen der USIA-Betriebe steckten. Er forderte, das Gewicht des einheitlichen außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiter in die Waagschale zu werfen.

Anders stellen sich die Kommunisten die parlamentarische Arbeit nicht vor. Sie ist Teil des gesamten Kampfes der Arbeitenden und mit diesem untrennbar verbunden. Deshalb war das Empfangen von Delegationen im Parlamentsklub keine geringere Arbeit der kommunistischen Parlamentarier in den abgelaufenen Gesetzgebungsperioden, in denen Genosse Koplenig Klubobmann unserer Parlamentariergruppe war, als die unmittelbare Teilnahme an den Sitzungen. In enger Zusammenarbeit mit unserem viel zu früh verstorbenen Genossen Karl Altmann, dessen gründliche und vielseitige Gesetzeskenntnis und gediegene marxistische Bildung der parlamentarischen Arbeit der Kommunisten und Linkssozialisten unentbehrlich war, haben unsere Abgeordneten ein vielgestaltiges Fragengebiet zu bewältigen gehabt, und es hat Sitzungen gegeben, in denen unsere Abgeordneten achtmal das Wort ergreifen mußten. Dabei standen die Kommunisten vor der besonderen Schwierigkeit, daß sie an den Vorberatungen der Gesetze in den Ausschüsssen nicht teilnehmen konnten.

Genosse Koplenig ist nicht der Abgeordnetentyp der alten Schule, der zungenfertig auf die Tribüne steigt, wie der Boxer behandschuht in den Ring. Seinem Verantwortungsbewußtsein der Partei und den Wählern gegenüber widerspräche es, sich auf die Eingabe des Augenblicks zu verlassen. Er spricht ja nie für den, der nur hört, sondern immer für den, der denkt. Die politischen Gegner wollten ihm machmal seine gründliche Vorbereitung als Schwäche auslegen. Sie warfen ihm vor, sich eines Konzepts zu bedienen, denn sie lieben es nicht, Tatsachen und Dokumenten gegenüberzustehen. Sie ziehen es vor, sich mit Worten auseinanderzusetzen. Begreiflich, denn die Argumente

der Kommunisten im Parlament sind keine Eintagsfliegen, sie gewinnen mit der Zeit immer mehr Kraft. Mehr als einmal konnte der Leser der Parlamentsberichte Argumente der kommunistischen Abgeordneten nach Jahren in den Reden sozialistischer Politiker wiederfinden.

In einer der Debatten über das Kapitel Justiz des Budgets, wählte Genosse Koplenig die Fragen des Familienrechts zum Thema seiner Ausführungen. Der lächerliche, oft tragische Widerspruch zwischen den Rechten der Frau und Mutter und den Erfordernissen unserer Zeit war Jahre später Gegenstand einer großen Beratung unter Leitung des damaligen Justizministers. Viele der Argumente Koplenigs, geschöpft aus dem Leben unserer Arbeiter- und Bauernfrauen, erhielten da Bürgerrecht. Was der Kommunist vorgebracht hatte, wurde von anderen, die die Richtigkeit seiner Argumente eingesehen hatten, wiederholt. Der Name des Kommunisten wurde aber nicht genannt.

Oder nehmen wir die harte Auseinandersetzung mit den „Heimkehrern" vom Schlage eines Starhemberg oder Otto Habsburg. Diese war ganz und gar den Kommunisten überlassen, solange deren Aufklärungsarbeit nicht so großen Widerhall unter der Arbeiterschaft fand, daß auch die Abgeordneten der SP dazu Stellung nehmen mußten. Da gab es oft lebhafte Auseinandersetzungen, und scharf gezielte Zwischenrufe trafen die VP-Abgeordneten.

Es empfiehlt sich, aber auch gelegentlich Zwischenrufe der Gegenseite im stenographischen Protokoll nachzulesen, wie z. B. die des Unternehmerführers Mitterer, der für seine monotone Wiederholung der gleichen dummen Zwischenrufe von unseren Abgeordneten manches einstecken mußte.

Die Auseinandersetzung mit Faschismus und Reaktion ist im Parlament stets den Kommunisten überlassen. Ihre Abgeordneten haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie mit der Art, wie die beiden großen Parteien 1945 an die Lösung des National-

sozialistenproblems herangegangen sind, niemals einverstanden waren. Nicht Registrierung nach formalen Gesichtspunkten, sondern wirksame Bestrafung der Schuldigen an Not und Elend und Krieg, das war unsere Forderung, wie sie Ernst Fischer schon bei der Annahme des Gesetzes nachdrücklich vertrat. Und als Dr. Gorbach, der Hauptsprecher gegen die NS-Gesetzgebung seiner eigenen Partei, gemeinsam mit den Neonazis geradezu eine Wiedergutmachung an den ehemaligen Nazis forderte und auch im Parlament durchsetzen konnte, war es den Kommunisten überlassen, das Parlament an seine Pflicht zur Wiedergutmachung an den Opfern und nicht an den Henkern zu erinnern.

Auch die Auseinandersetzung mit den dunklen Anschlägen des Klerikalismus auf Schule, Erziehung und Familie, blieb in den vergangenen Gesetzgebungsperioden den Kommunisten überlassen. Seit den Wahlen des Jahres 1959 herrscht im Nationalrat einvernehmliches Schweigen über diese lebenswichtigen Fragen.

Nicht anders ist es bei den Grundfragen des Staatshaushalts, bei der Verteilung der Lasten zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung. Der Sprecher der Kommunisten zu diesen Fragen, Franz Honner, hat Jahr für Jahr die Begünstigung der Unternehmer durch riesige Steuergeschenke und die ungeheure Belastung des Massenverbrauchs mit indirekten Steuern und unsozialen Tarifen angeprangert. Mit ihren konkreten Vorschlägen, den Besitz stärker zu besteuern und bei der Ausrüstung des Bundesheeres zu sparen, weisen die Kommunisten den Weg zu einem demokratischen Steuersystem. Nicht wenige der von den Kommunisten in der Debatte über Steuerfragen und über das Budget vertretenen Ansichten haben Aufnahme in das Forderungsprogramm von Gewerkschaften gefunden, andere wieder sind im Parlament selbst aufgegriffen worden.

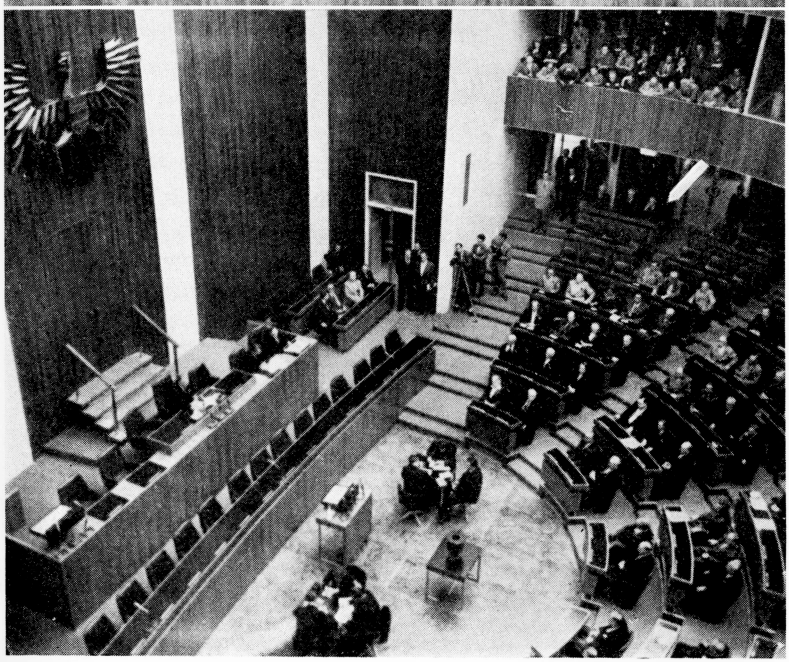
Am 29. Juni 1954 forderten die kommunistischen Abgeordneten die Einrichtung eines zentralen Reparatur-Ausgleichs-

fonds für die Altwohnungen. Der Antrag wurde nicht unterstützt und kam nicht zur Behandlung. Und als die Kommunisten zwei Jahre später die gleiche Forderung vertraten, meinte der Sprecher der SP-Fraktion, Slavik, hochnäsig, es lohne sich nicht, auf den Vorschlag der Kommunisten einzugehen. Aber im Jahre 1958, also mit vierjähriger Verspätung, hatte sich Marchner (SP) eines Besseren besonnen und stellte den Antrag auf Schaffung eines solchen Reparatur-Ausgleichsfonds. Dazu bemerkte Genosse Koplenig in der Nationalratssitzung vom 9. Juli 1958: „Das ist die Methode, wie hier Politik gemacht wird. Ein vernünftiger, sachlicher und richtiger Vorschlag wird nicht einmal in Behandlung genommen, wenn sein Verfasser ein Kommunist ist."

Es gibt keinen Abschnitt auf dem weiten Feld der parlamentarischen Arbeit, auf dem nicht fühlbar wäre, daß die Stimme der Kommunisten im Parlament unentbehrlich ist für die verläßliche Vertretung der Interessen der Arbeitenden, für die Sicherung von Neutralität und Frieden.

Fritz Glaubauf

Mit Ernst F i s c h e r und Franz H o n n e r im neuen Sitzungssaal des Nationalrates während einer Sitzung. 3 gegen 162 hieß es in dieser Gesetzgebungsperiode



EIN VERGEBLICHER WERBEVERSUCH

Vor nunmehr dreißig Jahren — genau: am 7. November 1930 — nahm die Spielgruppe „Die Stoßbrigade" Aufstellung, um den zur Oktoberfeier beim „Stahlehner" Versammelten ihren neuesten „Massenchor" vorzuführen, der dem im Jahr vorher begonnenen Ersten Fünfjahresplan gewidmet war.

Der „Sprecher" trat vor und deklamierte die folgenden Verse (die es aus den tiefen Kellern der Erinnerung zu heben gelang):

„Zu Ende die Jahre der Rekonstruktion.
Das Vorkriegsniveau wird erhöht.
Es steigern rasend die Produktion
Muschik und Prolet.

Lenins Parole in Stadt und in Land:
Errichtung des Sozialistischen Staats
ist Riesenaufbau der Produktion
plus Diktatur des Proletariats.

Drum an die Arbeit ohne Verzug
wir schreiten den Völkern voran.
Unsere Front liegt jetzt in Werk und Betrieb
und heißt: Fünfjahresplan."

Die Aufgabe des „Massenchors" (bestehend aus sechs Mitgliedern) war es nun, das soeben Vorgetragene durch Ausrufen der Namen der damaligen Großvorhaben des Sozialismus zu dramatisieren, unter gleichzeitiger Hochhebung von Tafeln, auf welchen deren Namen zu lesen waren. So erklangen die Rufe: „Elektrozavod!", „Kuznetzkstroj!", „Magnitorsk!", wonach der Schreiber dieser Zeilen als letzter „Dnjeprostroj!" auszurufen hatte. (Ihm war diese Aufgabe zugefallen, da in vorherigen Proben die Schwierigkeit zutage getreten war, welche das fehlerfreie Aussprechen des letzterwähnten Namens bot; wobei es sich erwies, daß er ihn unter fünf Malen viermal richtig gerufen hatte.)

Bevor, nach Abrollung dieses Spielgruppen-Programms, die Festrede begann, mischten sich die Spielgruppenmitglieder mit Beitrittserklärungen zur KPÖ unters Publikum. Mir fiel ein Tisch auf, an dem ein nachdenklich dreinblickender hagerer Mann im Kreise anderer Arbeiter saß, und ich fragte ihn, etwas befangen, ob er nicht Mitglied der Partei werden wollte. Er sah mich ernst an — während seine Tischnachbarn aus unerfindlichen Gründen zu schmunzeln begannen — und fragte zurück: „Warum soll ich beitreten?" Ich bemühte mich, das zu erklären. Er hörte ruhig zu und sagte, als ich zu Ende war: „Deine Gründe sind nicht gut genug. Es gibt bessere. Hör zu, ich werde sie erklären." Dann stand er auf, ging ans Rednerpult, wo er als „unser Genosse Koplenig" eingeführt wurde, und er erklärte mir und den anderen, weshalb der Kommunismus und der Beitritt zur Kommunistischen Partei im Interesse der Werktätigen Österreichs wie der in aller Welt liegt.

Der Leiter unserer Spielgruppe „Die Stoßbrigade" — es gab neben ihr als zweite noch „Das rote Tempo" — war Fritz Jensen, damals im Lainzer Spital als Jungarzt tätig. Gleich anderen Spielgruppenmitgliedern betätigte er sich zugleich als Dichter, Schauspieler, Utensilienbastler und Requisitentransporteur. Als

Sänger wurde er allerdings unter Schweigepflicht gestellt, da seine Stimmgewalt bei weitem seine Musikalität übertraf.

Von seinen Gedichten für die „Stoßbrigade" sind mir noch zwei Zeilen aus einem Poem über die Presse Österreichs in Erinnerung. Die erste lautete:

„Es lügen Bourgeois und ‚Arbeiter-Zeitung' ",

die zweite:

„Denn hoch über'm Blätterwald weht: ‚Die Rote Fahne' ".

Die Nachfolgerinnen dieser Zeitungen entsprechen noch heute Fritz Jensens Kennzeichnungen ihrer Vorgängerinnen in der Zeit der Ersten Republik. — Oft wurden die Verse zu Melodien Kurt Weills aus Bertolt Brechts „Dreigroschenoper" gesungen, die kurz zuvor (1928) zu Welterfolg gekommen war; wie überhaupt die von der „Stoßbrigade" benutzten Agitationsformen starke Anleihen bei den „Agit-Prop-Gruppen" der Genossen in der KPD machten.

Ich entsinne mich noch eines peinlichen Zwischenfalles, der sich ereignete, als die Polizei eine Versammlung in dem Augenblick unterbrach, als ich soeben einen antiklerikalen Vers zitierte, der von dem Ohr des Gesetzes für gotteslästerlich erachtet wurde. Auf solche Störung nicht gefaßt, geriet ich beim Aufsagen des Gedichts ins „Schwimmen" und produzierte so die ersten — und hoffentlich letzten — eigenen Verse meines Lebens; was die Zuhörer von der berechtigten Empörung über den polizeilichen Eingriff ablenkte und zu eher heiterer Erregung veranlaßte.

Die Kritik, die mir später von Seiten eines damals für die Spielgruppenarbeit verantwortlichen Genossen darob zuteil wurde, war in die mir seither unvergessenen Worte gefaßt:

„Stell dir vor", so wurde mir vorgehalten, „was der Genosse Ordshonikidse dazu sagen würde!"

Dies vorzustellen, ich muß es gestehen, ist mir bis zum heutigen Tage kaum gelungen, obwohl dreißig Jahre seither verflossen — Jahre, in welchen die Spielgruppenerlebnisse der Vergangenheit zur Episode wurden, vielleicht eben noch würdig, mit einem lächelnden Auge in diese Erinnerungen aufgenommen zu werden.

Walter Hollitscher

GEWERKSCHAFTEN UNTER SCHUSCHNIGG

Am 12. Februar 1934, am gleichen Tag, an dem die Metzelei gegen die Arbeiter begann, verfügte die Dollfuß-Regierung die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaft (die Kommunistische Partei war bereits am 26. Mai 1933 verboten worden). Einige Wochen später, am 2. März, wurde durch eine Notverordnung die Schaffung der „Einheitsgewerkschaft" verfügt.

Wenige Tage nach dem 12. Februar 1934 hatte die Kommunistische Partei mit dem Aufbau der Freien Gewerkschaften begonnen und führte diese Arbeiten mit außerordentlichem Erfolg durch, wobei sie sich auf die Kommission für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften („Wiederaufbaukommission") stützte.

Die Revolutionären Sozialisten (RS) und mit ihnen der sogenannte „Siebenerausschuß", der aus ehemaligen sozialdemokratischen Funktionären der Freien Gewerkschaften bestand, verfügten über kein klares Konzept. Sie traten für den Boykott der Einheitsgewerkschaft ein, lange nachdem diese Losung sich durch die Entwicklung überlebt hatte. Wohl waren auch sie für die Schaffung illegaler Gewerkschaften und hatten in verschiedenen Branchen illegale Gewerkschaftsgruppen organisiert,

aber diese sollten auf Einzelpersonen mit losen Verbindungen zu den Betrieben beschränkt bleiben und nur Informationszwecken dienen. Die revolutionären Sozialisten und der Siebenerausschuß standen auf dem Standpunkt, den Otto *Bauer* in der illegalen „Arbeiter-Zeitung" entwickelt hatte. Er schrieb: „. . . Wir werden wirkliche, vom Staat und Unternehmern unabhängige, auf der Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten, auf der freien Wahl der Funktion beruhende Gewerkschaften, die die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Unternehmertum zu vertreten vermögen, erst wieder aufbauen können, wenn wir im revolutionären Kampf die faschistische Diktatur gestürzt haben werden."

Eine solche Auffassung bedeutete faktisch den Verzicht auf die Schaffung illegaler freier Gewerkschaften. Gegen diese Stellungnahme Otto Bauers wandte sich Genosse *Koplenig* in einem Artikel, der am 24. Mai 1934 in der „Rundschau" erschien, mit aller Entschiedenheit.

„Hinter der scheinbar linken Phrase des ‚revolutionären Kampfes gegen die Dollfuß-Diktatur' ", heißt es in dem Artikel, „verbirgt sich die Kapitulation der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsfrage, ihr Verzicht auf den Kampf gegen die völlige Zertrümmerung und für die Weiterführung der Freien Gewerkschaften."

Das Leben erwies sich stärker als die falschen Theorien Otto Bauers und der Revolutionären Sozialisten. Schließlich setzte sich der Standpunkt der Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsfrage durch. In harten Auseinandersetzungen mit dem Siebenerausschuß und den RS gelang es, die Einigung der illegalen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Im März 1935 schrieb die Wiederaufbaukommission einen Brief an den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der den Siebenerausschuß bereits im Jahre 1934 als provisorische Lei-

tung der illegalen Gewerkschaften anerkannt hatte, und verlangte die Schaffung einer einheitlichen illegalen Gewerkschaftsorganisation und -leitung. Auch der IGB konnte sich dieser Forderung angesichts der Stimmung in Österreich nicht länger verschließen und gab seinen Widerstand gegen die Vereinigung auf. Im Sommer 1935 kam es zur Bildung einer gemeinsamen provisorischen Bundesleitung, die ihre wesentliche Aufgabe in der Einigung der einzelnen Verbände sah, soweit diese nicht bereits durchgeführt worden war. Im April 1936 fand in Prag eine Konferenz der Organisation des Siebenerausschusses statt, im Mai 1936 hielten die Organisationen der Wiederaufbaukommission ihre Konferenz in Bratislava ab. Auf dem Kongreß im November 1936 in Prag erfolgte im Beisein des Generalsekretärs des IGB, *Schevenels*, die offizielle Einigung der illegalen Gewerkschaften.

Die Arbeiter und Angestellten hatten in der kurzen Zeit gelernt, den legalen Boden der Einheitsgewerkschaft für die Verteidigung ihrer Interessen zu nützen. Sie traten auf Konferenzen der Einheitsgewerkschaften offen gegen die Referenten auf und stellten ihre Forderungen. Es kam auch zu größeren Lohnstreiks (Streik der Bautischler, Mai 1934, Streik bei Saurer, Fiat usw.). Anläßlich des Zusammenbruchs der Versicherungsgesellschaft „Phönix" wurde eine Demonstration organisiert, an der sich, laut Polizeibericht, 2000 Angestellte beteiligten. Immer wieder erhoben die Arbeiter ihre Forderungen nach Freiheit, Mitbestimmung und Selbstverwaltung.

Eine der wirksamsten Aktionen war die *Denkschriftaktion im Mai 1936*. Sie entwickelte sich in Verbindung mit dem Kampf um die Bezahlung der Feiertage. Diese Frage war darum besonders akut geworden, weil die klerikale Regierung den Arbeitern eine große Zahl von Feiertagen bescherte, die aber nicht bezahlt wurden. Vor dem 1. Mai lancierte die Wiederaufbaukommission durch ihre Verbindungsmänner zur legalen

Presse die Meldung, daß über Weisung der Regierung der 1. Mai bezahlt werden müsse. Gleichzeitig organisierte die Wiederaufbaukommission Danktelegramme an Schuschnigg, der gezwungen war, am Vorabend des 1. Mai ein offizielles Dementi herauszugeben. Dieses Dementi wurde zum Anlaß genommen, um durch zahlreiche Betriebsdelegationen eine Konferenz der Einheitsgewerkschaft zu erzwingen, auf der die Entsendung einer zwölfgliedrigen Delegation zu Schuschnigg beschlossen wurde. Diese Delegation überreichte Schuschnigg eine Denkschrift, in der sich die Arbeiterschaft zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs bekannte, und die Wiederherstellung der Selbstbestimmung und der Selbstverwaltung in den Gewerkschaften forderte.

Von entscheidender Bedeutung war die Durchsetzung der *Wahl von Vertrauensmännern.* Der beharrliche Kampf der illegalen freien Gewerkschafter für freie Wahlen in der Einheitsgewerkschaft zwang die Leitung der Einheitsgewerkschaft im September 1936, Richtlinien für die Wahl von Vertrauensmännern herauszugeben, die trotz aller eingebauten Einschränkungen den illegalen Gewerkschaften die Möglichkeit gab, daß zahlreiche ihrer Funktionäre und Mitglieder als legale Vertrauensmänner gewählt wurden. Das autoritäre Prinzip der Ernennung von Vertrauensmännern von oben bis unten, das auch in der Einheitsgewerkschaft zur Anwendung kam, wurde durchbrochen.

Die Polizei schaltete sich auf ihre Weise bei den Vertrauensmännerwahlen ein. Sie führte Massenverhaftungen wegen der illegalen Sammlungen für die spanischen Freiheitskämpfer durch. In einer Reihe von Betrieben legten die Arbeiter beim Erscheinen der Polizei die Arbeit nieder. Der Versuch, die Arbeiter durch Polizeiaktionen bei den Vertrauensmännerwahlen einzuschüchtern, mißlang. Zahlreiche Illegale wurden zu Vertrauensmännern gewählt und die von der Einheitsgewerkschaft ernannten Vertrauensmänner fielen besonders in den Großbetrieben jämmerlich durch.

In dem Geheimbericht der Sicherheitsdirektion von Ende 1937 heißt es über die Vertrauensmännerwahlen: „Als im November 1936 die Wahlen in die Arbeiterwerksgemeinschaften (Betriebsräte) ausgeschrieben wurden, waren die marxistischen Kräfte schon so weit, mit ihren Massen eine sehr wirkungsvolle Kraftprobe wagen zu können. Bekanntlich ist es bei dieser Gelegenheit den Roten gelungen, ihre Exponenten mit überwiegender Stimmenmehrheit durchzubringen."

Die neugewählten Vertrauensmänner waren auch die Träger der von der Leitung der illegalen Gewerkschaften organisierten Massenpetition für die Unabhängigkeit Österreichs und für die Freiheit und Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen im Frühjahr 1937. Ein Memorandum, das von rund hunderttausend Arbeitern und Angestellten unterschrieben war, wurde von einer Delegation dem Bundeskanzler Schuschnigg überreicht. In diesem Memorandum heißt es unter anderem:

„... Der Kampf um die Erhaltung eines freien, selbständigen und unabhängigen Österreich ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Gefahren, die Österreich bedrohen, sind bedenklich angewachsen ...

... die Arbeiter und Angestellten können nur dann in die Reihen der Verteidiger Österreichs wirksam eingegliedert werden, wenn ihnen in allen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen volles Selbstbestimmungsrecht gewährt wird."

Resigniert stellt der bereits zitierte Geheimbericht der Sicherheitsdirektion Ende November 1937 fest: „Das Gros der Arbeiterschaft ist nach wie vor marxistisch eingestellt ..."

Nach mehr als dreieinhalb Jahren war es dem ständefaschistischen Regime nicht gelungen in der Arbeiterschaft Einfluß zu gewinnen.

Während der letzten Wochen vor der Vernichtung der Unabhängigkeit Österreichs im März 1938 bemühten sich die Kommunisten angesichts der wachsenden Vorstöße der Nazis, eine einheitliche Abwehrfront zur Verteidigung der österreichischen

Unabhängigkeit zustande zu bringen. Sie fanden immer stärkere Zustimmung bei den Arbeitern. Sie hatten nicht nur gegen jene Führer des ständefaschistischen Regimes anzukämpfen, die eher bereit waren, Österreich dem Nationalsozialismus zu opfern als die Unabhängigkeit Österreichs mit den Kommunisten zu verteidigen; auch die Führer der Revolutionären Sozialisten begriffen bis zum Untergang Österreichs nicht, daß die Einschaltung der Arbeiterschaft bei der Verteidigung Österreichs eine viel entscheidendere Garantie für die Erkämpfung der Freiheitsrechte gewesen wäre, als es die Übernahme wichtiger Positionen in der Einheitsgewerkschaft und in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft jemals hätte sein können.

Am 12. Februar 1938 unterschrieb Schuschnigg in Berchtesgaden das Todesurteil über Österreich. Am Montag, den 14. Februar kam es in einer Anzahl von Großbetrieben zu Protestaktionen. Am 17. Februar kamen die Obmänner der Gewerkschaften und die Hauptvertrauensmänner der Wiener Großbetriebe zusammen und nahmen einstimmig eine Erklärung an, in der die Entschlossenheit zum Ausdruck kam, die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen. Die Führung der Einheitsgewerkschaft hatte in diese Erklärung auch einige ständefaschistische Phrasen untergebracht, die von der Arbeiterschaft abgelehnt wurden. Das durfte aber nicht zum Anlaß genommen werden um die ganze Aktion abzulehnen, denn damals ging es in erster Linie darum, die Bereitschaft der Arbeiter zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs zu manifestieren. In den Betrieben wurde in kürzester Frist eine Million Unterschriften für diese Erklärung gesammelt. Auch hier waren es die Kommunisten, die die größte Initiative entfalteten, während die RS sich nur nach langem Schwanken zur Teilnahme an dieser Aktion entschlossen hatte.

Am 4. März sprach ein Komitee von Vertretern der 14 größten Wiener Betriebe bei Schuschnigg vor und überreichte ihm

ein Forderungsprogramm, das von einer Kommission aller illegalen Organisationen, die am 21. Februar zusammengetreten waren, ausgearbeitet worden war. Die vier wichtigsten Punkte waren:

1. Das Recht, sich zu den Anschauungen des Sozialismus und einer freien Gewerkschaftsbewegung bekennen zu dürfen.
2. Das Recht, Vertreter aus den Reihen der freien Gewerkschaften für Funktionen in der Einheitsgewerkschaft zu wählen, das Recht der Arbeiter ihre eigenen Sport- und Kulturorganisationen zu leiten.
3. Freie politische Diskussion für die Arbeiter, Zulassung eines freien Gewerkschaftsorgans, Redefreiheit für die Gewerkschaftsführer in Arbeiterversammlungen ohne Polizeiaufsicht.
4. Aufhebung aller Notverordnungen durch die eine Schwächung der wirtschaftlichen Positionen der Arbeiter herbeigeführt wurde.

Am 7. März traten im Floridsdorfer Arbeiterheim die Betriebsräte und Funktionäre der illegalen freien Gewerkschaften zusammen. Die Konferenz war beherrscht von der drohenden Gefahr des Überfalls Hitlers auf Österreich und der Notwendigkeit, dagegen den Massenwiderstand der Arbeiterschaft zu organisieren. Auch hier waren es die Kommunisten, die eine klare, konsequente Linie vertraten. Ihre Redner erklärten, daß es jetzt darauf ankomme, den Widerstand gegen die tödliche Hitler-Gefahr zu organisieren, während die Führer der RS das größte Gewicht darauf legten, eine Einigung mit dem Vertreter der Regierung über die Fragen der Besetzung von Funktionen in der Einheitsgewerkschaft und über den Vorsitzenden der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft" zu erzielen.

Von diesen Positionen aus glaubten die RS am ehesten, eine Änderung des Regimes herbeiführen zu können. Die Kommunisten drängten immer entschiedener auf die Mobilisierung der

Arbeiterschaft zur Verteidigung gegen den sich immer klarer abzeichenden Angriff Hitlers auf Österreich. Am 10. März forderten sie auf einer Beratung der führenden Funktionäre der Kommunisten, der Revolutionären Sozialisten und der illegalen freien Gewerkschaften, die Organisierung einer Massendemonstration für Freitag, den 13. März, aber in der Nacht vom 11. zum 12. März überschritt die Hitler-Armee die Grenze und machte der Unabhängigkeit Österreichs ein Ende.

Leopold Hornik

DIE ERSTEN KÄMPFE DES KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBANDES

Als am 3. November 1918 eine Gruppe von linksradikal gesinnten Arbeitern, Soldaten und Intellektuellen auf einer Konferenz die Gründung einer kommunistischen Partei — „auf rein marxistischer Grundlage" und „unter völligem Bruch mit der Sozialdemokratischen Partei" beschloß, waren unter ihnen auch mehrere Jugendliche, die fast alle erst in den Tagen des Zusammenbruchs der Habsburger- Monarchie aus dem Gefängnis entlassen worden waren. Bereits eine Woche vor der Gründung der Partei waren sie auf einer Besprechung über die Notwendigkeit, einen revolutionären Jugendverband zu schaffen, übereingekommen. Es waren dies ehemalige Funktionäre des „Verbandes der unabhängigen Arbeiterjugend", der Ende 1917 ins Leben gerufen und im März 1918 verboten worden war. Ihm gehörten Jugendliche an, die wegen ihres Protestes gegen die den imperialistischen Krieg unterstützende Politik des Vorstandes der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Verband jugendlicher Arbeiter" aus diesem ausgeschlossen wurden oder ausgetreten waren. Sie hatten an der Organisierung des Jänner-Streiks 1918 führenden Anteil genommen und bildeten den Kern des einige Wochen später gegründeten kommunistischen Jugendverbandes.

An einem der letzten Novembertage 1918 hatte sich in einem kleinen Zimmer im Dachgeschoß-Atelier des Hauses Stubenring 2 im I. Wiener Bezirk (damals Sitz des Parteisekretariats) eine Anzahl Jugendliche zusammengefunden, unter ihnen der zur Gruppe der „Linksradikalen" gehörende Jugendfunktionär Maximilian Lazarowitsch — der in der Hitler-Zeit von den Nazis ermordet wurde — und Friedrich Hexmann. Es wurde beschlossen, mit der Arbeit unter der Jugend zu beginnen. Ein Flugblatt wurde gedruckt und auf den Straßen, vor und in Betrieben verteilt, mit einem Aufruf zu einer Jugendversammlung bei der „Schönen Schäferin" in Mariahilf. Damit war der Kommunistische Jugendverband ins Leben getreten, der KJV. (Er nannte sich in den ersten Jahren „Verband der kommunistischen Proletarierjugend".) Es kamen viele Jugendliche. Leidenschaftlich wurde in den Reden der Wille verkündet, es den russischen Genossen gleichzutun. Nur daß diesmal hinzugefügt wurde: Die Jugend mit ihrer Begeisterung muß vorangehen, sie ist nicht reformistisch verseucht, sie hat ja schon gezeigt, welch revolutionäre Kraft in ihr innewohnt.

In der ersten Zeit konzentrierte sich der KJV gleich der Partei auf die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, deren Führung sich ebenso wie die der sozialdemokratischen Jugendorganisation für die bürgerliche Demokratie, also für das Weiterbestehen des Kapitalismus, entschieden hatte. Der KJV stellte es sich zur Aufgabe, die Jugend für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Aber er beschränkte sich nicht auf die Propaganda dieser Grundsätze. Bald wandte er sich auch dem Kampf für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterjugend zu.

Zu den großen Leistungen des KJV gehören die Kämpfe für die Abschaffung des Sonntags-, Samstagnachmittags- und Abendunterrichts an den gewerblichen Fortbildungsschulen, die unter seiner Führung vor sich gingen. Durch vom KJV geführte Streiks und Demonstrationen konnten trotz Eingreifen der Schulbehör-

den und der Polizei diese Forderungen für alle Lehrlinge durchgesetzt werden.

Am 2. März 1919 hatten sich an die 10 000 Jugendliche vor dem Wiener Rathaus versammelt. Es war die größte Lehrlingskundgebung, die Wien je gesehen hat — einberufen von einem zentralen Lehrlingsausschuß, an dem sich — unter dem Druck der Massenstimmung — neben kommunistischen auch sozialdemokratische Jugendfunktionäre beteiligten. Auf Initiative des KJV wurden Schülerräte an den Fortbildungsschulen zur Vertretung der Lehrlingsinteressen gegenüber den Schulbehörden und Lehrern gewählt. Es gelang auch die Bildung eines Zentralschülerrats, in dem zeitweise der KJV die Mehrheit hatte.

In den ersten Jahren gab es im KJV Unklarheiten über die Rolle und die Aufgaben des KJV und eine gewisse Unterschätzung der Partei (ähnlich wie auch in kommunistischen Jugendorganisationen anderer Länder). Der Gedanke war entstanden, daß die Jugend — weil sie, dem Opportunismus und Kompromissen abgeneigt, sozusagen von Natur aus revolutionsbegeistert sei, gegenüber der gesamten Arbeiterklasse und damit auch gegenüber deren revolutionärer Partei die Avantgarde bilde, daß diese Jugend der aktivste und revolutionärste Teil des Proletariats sei. Dieser Gedanke widerspiegelt sich z. B. auch in den Leitsätzen des 1. Delegiertentages des KJV (August 1919).

Der KJV hat den politischen Kampf der Partei stets unterstützt, sich von Anfang an an ihren Aktionen beteiligt. Als am 15. Juni 1919 eine Massendemonstration gegen den Abbau der revolutionären Bataillone der „Volkswehr", zu der die Partei aufgerufen hatte, von der Polizei mit der Schußwaffe auseinandergesprengt wurde, waren unter den 17 Toten sieben Jugendliche, davon drei KJV-Mitglieder. Als anderthalbtausend Freiwillige aus Österreich der ungarischen Räterepublik zu Hilfe eilten und ein österreichisches Bataillon der ungarischen Roten Armee gebildet wurde, gehörten diesem nicht nur viele Mitglieder und Funktionäre des KJV an (unter ihnen der unvergeßliche

Hugo Zucker, der allzufrüh, 1922, starb), sondern auch auf Grund der Agitation des KJV weitere hunderte junge Österreicher. Das österreichische Bataillon stand unter dem Kommando von Leo Rothziegel, der im Weltkrieg einer der Führer der revolutionären Opposition der Jugend war; er fiel in Ungarn.

Bei den großen Streikkämpfen der zwanziger Jahre, bei den Aktionen gegen die durch die „Seipel-Sanierung" eingeleitete Offensive des Kapitals und der Reaktion — die KJVler waren immer dabei. Der KJV war es, der die ersten Aktionen gegen die Provokationen der faschistischen Mordbanditen — „Frontkämpfer", Heimwehr, Nazis — führte und (zum Teil gemeinsam mit Mitgliedern der SAJ) so manche ihrer Versammlungen sprengte. Das Pfingsttreffen des KJV 1925 in Linz war eine Aktion gegen eine Provokation monarchistischer Kriegervereine.

Der KJV war stets bemüht, Kontakt mit der Masse der Arbeiterjugend herzustellen, die Initiative und Führung bei der Organisierung von Kämpfen für ihre unmittelbaren Interessen zu erlangen. Dies gilt nicht nur für die großen Lehrlingsstreiks und die Schülerrätebewegung. Der KJV organisierte und führte — zum Teil mit Erfolg — Kämpfe für die 44-Stunden-Woche, vier Wochen Urlaub, Lehrlingsentschädigung im Ausmaß von 30 bis 90 Prozent eines Gehilfenlohnes, für sechs Monate Behaltspflicht nach der Auslehre. Er setzte auch die Ausgabe von Freifahrscheinen der Wiener Straßenbahn für die Lehrlinge zur Fahrt in die Fortbildungsschule durch. Eine intensive Tätigkeit führte der KJV auf dem Gebiete des Lehrlingsschutzes durch.

Und doch blieb der KJV zahlenmäßig klein. (Er erreichte 1919—1920 bis zu 2000 Mitglieder und fiel zeitweilig auf 500 bis 600 zurück.)

Die Funktionäre und Mitglieder des KJV lernten aus den Ereignissen und den Erfahrungen immer besser die Notwendigkeit zäher und geduldiger Arbeit in den Massen. Die Funktionäre des KJV, die sich immer nach dem großen Vorbild, der Partei der Bolschewiki, richteten, studierten eifrig deren damals

in deutscher Übersetzung erschienene politische und theoretische Literatur, vor allem Werke Lenins. „Lernen, lernen, lernen" — diese Mahnung Lenins wurde auch in unserem Jugendverband beherzigt. Die Leitlinie unserer Bildungsarbeit war, die Jugend vorwiegend im Kampf selbst zu erziehen, was nicht Unterschätzung der Aneignung von Wissen bedeutete. Fast jede Gruppe hatte ihre Bibliothek, nicht nur mit aktueller politischer und theoretischer Literatur, sondern auch mit guter Belletristik. Wir bemühten uns auch, das Interesse unserer Mitglieder für kulturelle Fragen zu wecken. Es gab gemeinsame Besuche von Theatern, Konzerten, Museen, Kunstausstellungen und natürlich Ausflüge, Wanderungen.

Als in der Partei die Fraktionskämpfe einsetzten, versuchte jede der Fraktionsgruppen den KJV auf seine Seite zu ziehen. Dies mißlang, denn die Funktionäre des KJV hatten sich Lenins Lehre von der Partei bereits in solchem Ausmaß angeeignet, daß sie um die Schädlichkeit und Unzulässigkeit der Bildung von Fraktionen in einer kommunistischen Partei wußten. Darum begrüßte es der KJV, als sich 1924 Genosse Koplenig auf dem 6. Parteitag an die Spitze des Kampfes gegen den Fraktionismus stellte. Der KJV half den gesunden Kern der Partei zu stärken und trug dadurch in hohem Maße bei, daß den Fraktionisten eine entscheidende Niederlage bereitet und die Einheit der Partei wiederhergestellt werden konnte. Aus seinen Reihen ging eine große Zahl führender Funktionäre der Partei hervor, die sich unter schwersten Bedingungen bewährt haben.

Franz Kunert

Bis nach China führte Genossen Koplenig der Auftrag der Partei. 1956 vertrat er die KPÖ auf dem 8. Parteitag unserer chinesischen Bruderpartei. Bei dieser Gelegenheit besichtigte er auch einen Textilbetrieb

VOM FEBRUAR 1934 BIS ZUM PRAGER PARTEITAG

Viele Jahre hatten wir Kommunisten die Arbeiterschaft vor dem Faschismus gewarnt. Aber erst an Hand der bitteren Erfahrung hatten sich viele unserer sozialdemokratischen Genossen davon überzeugt, daß wir recht hatten.

Aber nicht nur, weil wir recht behalten hatten, sondern auch deshalb, weil wir sowohl im Kampfe als auch nach der Niederlage treu an der Seite unserer sozialistischen Genossen standen, war nun ein großes Stück der Mauer, die die sozialdemokratische Führung zwischen uns und ihnen aufgerichtet hatte, beseitigt. Ein Beispiel unter Hunderten, wie bereits während des Februarkampfes die Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten entstand, erzählte der unvergeßliche, in Spanien gefallene Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes, Franz *Hrejsemnou:*

„Als ich am 12. Februar erfuhr, daß es in Linz losgegangen war, eilte ich sofort mit drei anderen Genossen unserer Bezirksorganisation zu einer der Sammelstellen des Republikanischen Schutzbundes. Ich traf dort unter den Anwesenden einen ehemaligen Freund und dessen Vater, der Kompanieführer des Schutzbundes war. Die Beziehungen zu diesem Freund hatten

sich aber schon vor Jahren, als ich von der SAJ zum KJV übertrat, sehr gelockert, und dann waren sie sogar gespannt geworden. Vielleicht war auch ich daran nicht ganz unschuldig, da ich ihm in den dann immer seltener werdenden politischen Diskussionen zu scharf zu fühlen gab, wie sehr ich recht hatte.

Als wir in das Lokal kamen, fragte er nicht gerade sehr freundlich: ‚Was wollt ihr hier?'

‚Helfen', antworteten wir kurz. Er maß mich mit einem Blick, als wollte er sagen, daß sie auf uns nicht angewiesen wären. Wir konnten aber bleiben. Sein Vater, der Kommandant, bemühte sich am Telephon um eine Verbindung; das Telephon funktionierte noch. Als er die Verbindung hatte, war seinen erregten Fragen und Antworten zu entnehmen, daß es keine der erwarteten Direktiven und Befehle gab. Nachdem er den Hörer wieder aufgelegt hatte, blieb er, mit beiden Händen auf die Tischplatte gestützt, wie ein gebrochener Mann stehen. Auch sein Sohn machte den Eindruck eines Menschen, dem plötzlich eine Welt zusammengebrochen war.

Ich stand hinter ihnen und machte mich bemerkbar. Mein ehemaliger Freund drehte sich langsam um, und in seinen Augen konnte ich lesen, daß er von mir wieder solche Worte erwartete, die ich ihm so oft gesagt hatte, wenn ich ihm bewies, daß ich recht hatte. Seine Faust war geballt und halb erhoben. Hätte ich das von ihm Vermutete gesagt, wahrscheinlich hätte er mir ins Gesicht geschlagen, wie jemand, der den Spott darüber nicht verträgt, daß er von jemandem, auf den er bisher felsenfest gebaut hatte, verraten worden ist. Aus meinem Gesichtsausdruck konnte er aber wahrscheinlich entnehmen, daß mir keinesfalls nach Spott, Schadenfreude oder Besserwisserei zumute war. Seine Faust löste sich, und im Augenblick waren wir mit einem Händedruck wieder bessere Freunde als je zuvor.

Mit Krampen schlugen wir dann in die Mauer, daß Mörtel und Ziegel splitterten, um die eingemauerten Gewehre heraus-

zuholen. Einen Tag und eine Nacht verteidigten wir unsere Stellung, und als der Kampf mit dem Einsetzen des Artilleriebeschusses hoffnungslos wurde, entkamen wir durch den Kanal."

Schwer wog die Verantwortung und Arbeitslast, die in den darauffolgenden Wochen und Monaten auf den Schultern unserer Partei lagen. Tag und Nacht waren unsere Funktionäre — viele von ihnen schon seit der Zeit des Verbotes der Partei in der Illegalität lebend — auf den Beinen. Es galt, versprengte Schutzbündler in Sicherheit zu bringen, Geld für die Unterstützung der Familien der Verhafteten aufzutreiben, illegale Flugblätter und Zeitungen herzustellen oder aus dem Ausland über die Grenze zu bringen, und Dutzenden anderen Obliegenheiten nachzukommen, die sich aus der in wenigen Tagen vollkommen geänderten Situation ergaben.

Das Wichtigste aber war, die nun sozusagen heimatlos gewordenen kampfgewillten ehemaligen Sozialdemokraten zu erfassen. Unzählige Besprechungen mit Gruppen ehemaliger Sozialdemokraten hatten unsere Funktionäre zu führen. Die harte, in den vergangenen Jahren manchmal fast erfolglos scheinende Arbeit zeigte nun ihren Erfolg. Das Vertrauen vieler Sozialisten ließ alle Müdigkeit und Gefahr vergessen. Dabei kam es zu mancher persönlichen Begegnung mit Menschen, die uns früher als ihre Gegner angesehen hatten. An zwei solche Begegnungen erinnere ich mich immer, wenn uns auch heute noch Sozialisten als ihre Feinde betrachten:

Einem Freund aus der Bubenzeit, den ich nach unserer Schulzeit aus den Augen verloren hatte, war ich bereits im Jahre 1931 unter wenig erfreulichen Umständen wieder einmal begegnet. Er machte als Ordner der Alarmabteilung des Republikanischen Schutzbundes bei einer sozialdemokratischen Versammlung Dienst, bei der ich als Diskussionsredner zu Wort kommen wollte. Aber schon nach den ersten Sätzen wurde ich

von den Schutzbündlern vom Podium gezerrt, und während ich auf die Straße befördert wurde, gab mir auch mein Kindheitsfreund das Leder seines Überschwungs zu spüren. Auf der Straße nannte ich ihn einen Verräter und er mich einen Schuft, und wir sahen einander dann bis zu einem Märztag des Jahres 1934 nicht wieder. An diesem Tage war ich zu einer Besprechung mit Schutzbündlern in eine Praterau gerufen worden. Der Wortführer der Gruppe war mein Kindheitsfreund, dessen Überschwung ich vor drei Jahren zu spüren bekommen hatte, und unser beiderseitiges Erstaunen, einander unter solchen Umständen wieder zu begegnen, war groß. Am Ende der Besprechung trat diese Gruppe der Partei bei.

Die andere dieser Begegnungen hatte ich Ende April bei der Besprechung mit einer bereits geworbenen, mir aber noch nicht bekannten Gruppe, über die Vorbereitungen zum 1. Mai. Es war schon dunkel, als wir in den Besprechungsraum kamen, Licht durfte keines gemacht werden, und ich konnte die Gesichter der Anwesenden nicht erkennen. Die Stimme eines der Diskussionsredner erinnerte mich an meine Lehrzeit. Der Metalldreher, dem ich im ersten Jahre meiner Lehrzeit zugeteilt war, war auch mein erster Lehrer des Sozialismus. Als ich später auf dem Weg, von dem er mir das erste Stück gewiesen hatte, einen entscheidenden Schritt weiter machte und Kommunist wurde, wurde er bitterböse auf mich, und als ich entlassen wurde, gab er mir nicht einmal die Hand. — Auch er gab zu verstehen, daß er mich erkannt hatte. Nach der Besprechung gingen wir noch ein Stück miteinander, und im Gespräch sagte er mir: „Na, ja, Bub, von dir hab's ich ja immer gewußt, daß du noch richtig wirst." Ich zerbrach mir nicht den Kopf darüber, wie ich das verstehen sollte, die Hauptsache war, er fand es nun für „richtig".

Und dann kam der 1. Mai, der erste in der Illegalität. Im Jahre vorher, als die große Sozialdemokratische Partei noch

legal gewesen war, hatte sie sich die Maidemonstration von der Regierung verbieten lassen, und viele der Sozialisten, die wir damals noch nicht dazu bewegen konnten, dennoch zu demonstrieren, waren nun gewillt, mit uns zu marschieren.

Schon am Morgen dieses Tages flitzten Überfallsautos in der ganzen Stadt herum, beladen mit karabinerbewaffneten Polizisten. Militär und Heimwehr standen bereit, die Dollfuß-Regierung hatte alles aufgeboten, Demonstrationen unmöglich zu machen. Aber auf ein Signal formierten sich die Reihen der aus Nebenstraßen herangekommenen Demonstranten. Hinter der von dem ehemaligen jungen Schutzbündler Paul Jäger getragenen und von einem unserer Sondertrupps geschützten roten Fahne marschierte unter dem Gesang der Internationale der etwa 500 Personen zählende Zug los. Ehe die Polizei zur Stelle war, waren wir schon auf einem anderen Platz, und viermal wiederholte sich dasselbe. Auf ähnliche Weise wurde an diesem 1. Mai in Wien in sechs Gebieten und in mehreren Städten der Provinz demonstriert.

Am Nachmittag kamen die Funktionäre unserer Kreisleitung zu einer Besprechung in der Lobau zusammen. Bei der letzten unserer Demonstrationen hatte sich mit der Polizei ein Kampf um die Fahne entsponnen. Die Polizei hatte die Fahne nicht bekommen, aber sechs unserer Genossen waren verhaftet worden. Ihnen blühte nun das Wöllersdorfer Konzentrationslager.

Ende August fanden die vorbereitenden Kreiskonferenzen für den Vereinigungsparteitag statt. Über zwei Drittel der Teilnehmer an der Konferenz unseres Kreises waren ehemalige Sozialdemokraten. In einer Mulde der Lobau, durch ballspielende, badende oder sonstige anscheinend dem Vergnügen nachgehende Gruppen gut abgedeckt und getarnt, sprach zu uns, von einem Artikel des Genossen Koplenig ausgehend, Friedl Fürnberg über die Bedeutung der Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der Partei. Sowohl diese Konferenz als auch jene

damals in ganz Österreich auf ähnliche Weise durchgeführten Konferenzen, auf denen überall zum erstenmal in so großer Zahl ehemalige Sozialdemokraten mit den Kommunisten vereint beisammen waren, werden wohl allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben.

Hermann Mitteräcker

PARTISANEN IN DER OBERSTEIERMARK

Anfang Jänner 1942 trafen sich zwei ehemalige Jungkommunisten in einem Grazer Lazarett. Nennen wir beide bei ihren späteren illegalen Namen: „Ferdl" — der Lazarettinsasse — und „Tic", der soeben aus der „Karlau" auf Widerruf entlassene politische Häftling. Es war das erste Zusammentreffen dieser beiden Genossen nach vier Jahren. 1938 hatten sie illegal im Leobner Bezirk gearbeitet und hatten auch im KJV verschiedene Funktionen ausgeübt. Durch die Okkupation unserer Heimat durch die braunen Halsabschneider war mancher Genosse wieder auf Jahre in den Kerker gewandert, wurden viele gut funktionierende Parteiverbindungen zerrissen, wurden viele Genossen in alle Windrichtungen zerstreut. Ferdl wanderte zurück nach Kärnten, nahm Arbeit im Magnesitwerk Radenthein, half dort mit, die Rote Hilfe aufzubauen, und wurde im Frühjahr 1939 zum RAD (Reichsarbeitsdienst) eingezogen. Im RAD-Lager 6/344 bei Neumarkt in Salzburg war er an der Arbeitsniederlegung beteiligt, die er mit noch einigen Kärntner Genossen als Protestaktion gegen mangelhaftes Essen organisierte; die gesamte RAD-Abteilung — mit Ausnahme der Dienstgrade — nahm geschlossen teil. Im Oktober 1939 wurde diese Abteilung zur Wehrmacht übergeführt.

Ferdl war bereits Invalide, als Tic zu ihm ins Lazarett kam. Dieser hatte nach 1938 illegal in einem Fußballklub gearbeitet, hatte in einem Leobner Stadtbezirk eine KJV-Gruppe geleitet und war im Jahr 1940 hochgegangen. Das Wiedersehen wurde dazu benützt, um ausgiebig über die Situation an den verschiedenen Fronten zu sprechen. Ferdl war am Dnjepr verwundet worden und wußte einiges zu berichten.

Die erste Zeit nach Tics Entlassung konnten wir uns nur ab und zu treffen. Im Mai 1942 war Ferdl zum Geb.-J.-Reg. 138 nach Leoben versetzt worden und durfte Zivilkleider tragen. Wir hatten vereinbart, nun intensiv mit dem Aufbau der Parteiorganisation im Leobner Bezirk zu beginnen, bzw. die Genossen, die noch nicht der Gestapo zum Opfer gefallen waren, straffer zu organisieren, um konkrete Arbeit zu leisten. Die erste Zusammenkunft mit einem bekannten Donawitzer Arbeiterfunktionär fand Ende Juni 1942 am Heißlberg bei Leoben statt. „Josch" war sein illegaler Name.

Wir kamen bei dieser Besprechung überein, daß jeder von uns die alten Verbindungen wieder aufnehmen sollte, selbstverständlich erst nach Überprüfung, ob sie auch noch „gut" seien. So war Josch für Eisenerz und die Alpine verantwortlich, Tic für die Arbeit in der Magnesitfabrik Leitendorf und ich für die Vordernberger sowie für die Verbindung mit Villach und den Kärntner Genossen.

Nur langsam, unter Anwendung strengster Konspirativität, war es uns möglich, nach und nach eine gut funktionierende Parteiorganisation aufzubauen und einzelne Gruppen, die losgelöst waren von einer zentralen Anleitung, in die politische Arbeit einzubeziehen. Der Anfang war schwer. Zu viele Genossen saßen schon in den Gefängnissen, waren in die KZs verschleppt, ermordet oder für ihre aufrechte antifaschistische Haltung hingerichtet worden.

Anfang 1943 mußten Josch und Tic aus Sicherheitsgründen aus Leoben verschwinden. Sie kamen gut über unsere Klagen-

furter Verbindung ins Gebiet der „Kärntner-Tscheta", der Partisanenabteilung, die im jugoslawisch-kärntnerischen Grenzgebiet um den Mittagskogel und im Triglavgebiet operierte.

Die Leitung der Partei im Bezirk Leoben war in dieser Zeit den Genossen „Faust", Ferdl und Fredl anvertraut. Nach einigen Wochen kamen die Genossen Tic und Josch wieder aus dem Partisanengebiet zurück und wandten die in Jugoslawien gesammelten Erfahrungen nun beim weiteren Ausbau der Parteiorganisation an. In der Zwischenzeit waren wir nicht müßig gewesen. Unsere Verbindungen waren ausgebaut worden und reichten einerseits über Vordernberg-Eisenerz bis Steyr, andererseits über Bruck-Kapfenberg bis Wien und über Graz bis ins jugoslawische Partisanengebiet. Auch mit Klagenfurt-Villach hatten wir einen ständigen Kurierdienst vereinbart. Die Villacher Genossen besorgten die Verbindung mit den Partisanenabteilungen im Rosental und im Mittagskogelgebiet.

Im Bezirk Leoben hatten wir Verbindungen hergestellt zur Bezirkshauptmannschaft, zum städtischen Meldeamt, zum Wehrbezirkskommando, zur Technischen Nothilfe; wir hatten Verbindungen zu den Eisenbahnern im ganzen Bezirk; im Leobner Landeskrankenhaus hatten wir RK-Schwestern und auch eine Ärztin; im Regimentsstab des Flakregiments in Bruck saß als Nachrichtenhelferin eine treue Genossin. Über diese Genossin erhielten wir immer Nachricht, wenn Truppentransporte Leoben passieren sollten oder wenn Einheiten der Wehrmacht oder andere Formationen der braunen Machthaber von einem Standort anderswohin verlegt werden sollten.

Im Sommer 1943 organisierten wir Zusammenkünfte und Treffs im Gesäuse, im Eisenerzer Gebiet und in der Zölz bei Trofaiach. Dort hatten wir den treuen alten Hüttenwirt, den „Rahmvater", der uns trotz aller Gefahren immer wieder Unterschlupf gewährte. Die Zölz war schon in früheren Jahren ein Zentrum des antifaschistischen Widerstandskampfes gewesen. Eine unserer tüchtigsten Genossinnen war die Genossin Edlinger,

die in der Krumpen bei Trofaiach eine kleine Flaschenschenke betrieb. Diese war der historisch gewordene Tagungsort unserer Gründungskonferenz der ÖFF (Österreichische Freiheits-Front) im September 1943. Die Beschlüsse lauteten: Umbenennung der ÖUB (Österreichische Unabhängigkeits-Bewegung) in ÖFF; Schaffung des Aktionskomitees für den Bezirk Leoben; weiterer Ausbau der Bodenorganisation der Partisanen im Bezirk und in Obersteiermark; Ausbau und straffere Verbindung zur Mittel-, Untersteiermark und Kärnten; Schaffung und Bewaffnung von militanten Kampfgruppen, die zu gegebenem Zeitpunkt mit den bewaffneten Aktionen beginnen müssen. Im politischen Teil unseres Kampfprogramms stand an der Spitze das Bekenntnis zu Österreich, das ein unabhängiges, demokratisches, antifaschistisches Österreich werden muß; das Zusammenwirken aller antifaschistischen Kräfte in Österreich; die Schaffung von ÖFF-Komitees in allen Teilen Österreichs im Zusammenwirken mit dem illegalen Zentralkomitee unserer Kommunistischen Partei, der Hauptkraft des antifaschistischen Widerstandes gegen die Naziokkupanten.

Wenn wir im Programm unsere Partei als die Hauptkraft des Widerstandskampfes hervorhoben, so mit voller Berechtigung. In der ersten Kampfleitung für Obersteiermark waren alle führenden Männer Mitglieder unserer Partei. Es war unsere Aufgabe, diesen Kreis zu erweitern und auch andere Nazigegner zur Mitarbeit zu gewinnen. Nur ein auf breiter Basis fundierter Widerstandskampf, der wirklich alle Nazigegner in irgendeiner Form einbezog, konnte Erfolg haben.

Nach einer gewissen Zeit wollten wir wieder eine Konferenz durchführen, um zu überprüfen, wie weit unsere Arbeit gediehen sei. Diese Konferenz fand im November 1943 statt und ging über den engeren Rahmen unseres Bezirkes weit hinaus. So waren Vertreter von Judenburg, Graz, Villach und auch zwei Genossen vom illegalen ZK anwesend. Diese beiden Genossen waren der Meinung, daß die ÖFF noch weiter ausgebaut werden

müsse und es noch zu früh sei für den bewaffneten Kampf. Wir dürften in unserem Gebiet nicht vorprellen, sondern sollten warten, bis auch in anderen Bezirken und Gegenden ÖFF-Komitees so weit wären wie wir.

Warten? Wie konnten wir das? Die Versorgung der illegalen Genossen ging ja bereits jetzt bald über unsere Kraft, und es wurden mancher Genosse und manche Genossin nur deshalb großer Gefahr ausgesetzt, um die Lebensmittel nachzutragen. Es war doch schon höchste Zeit, daß unser Volk durch Aktionen gegen die Nazis wachgerüttelt wurde, so wie es die Partei in ihrem Aufruf an die Bevölkerung Österreichs allen Kommunisten zur Aufgabe gestellt hat.

Die Konferenz beschloß daher, im Frühjahr 1944 mit bewaffneten Aktionen zu beginnen. Die beiden Genossen vom ZK wurden beauftragt, diesen Beschluß ans illegale ZK weiterzuleiten mit der Aufforderung, der obersteirischen Kampfleitung konkrete Kampfaufträge zu erteilen. Nach dieser Konferenz gingen alle Genossen mit neuem Schwung an die Arbeit, und in kürzester Zeit hatten wir neue Stützpunkte geschaffen, Waffen und Sprengstoff organisiert und unsere Bodenorganisation weiter ausgebaut. So mancher Klein-, ja Mittelbauer des Tragössertals war Mitkämpfer geworden; auch anderswo hatten wir Stützpunkte unter der Landbevölkerung.

Max Muchitsch

Mit dem unvergeßlichen Genossen Karl Altmann und Robert Dubovsky sehen wir Kop in einem volkseigenen Betrieb der DDR im Gespräch mit einem Arbeiter

BRUNO DUBBER

In den Jahren 1934 bis 1938 lernten ihn viele Genossen im Kommunistischen Jugendverband Österreichs kennen, schätzen und lieben. Er sprach bei den illegalen Schulungen im Wienerwald und niemand wird seine zuversichtliche und gewinnende Art vergessen, mit der er es verstand, die schwierigsten Fragen für Jugendliche leicht verständlich darzustellen. Wir kannten ihn unter dem Namen „Walter", seine Aussprache verriet, daß er Deutscher war, aber viel mehr wußten wir über ihn nicht. Wir gewannen ihn rasch lieb, er sang mit uns die verbotenen Arbeiterlieder, er erwies sich als guter Sportler, er kannte unsere Probleme und Sorgen und er konnte unser Interesse für die Sowjetunion durch Erzählungen verstärken, wie kaum ein anderer. Damals war uns noch nicht bekannt, das es „Walter" war, der maßgebenden Anteil an der in diesen Jahren erfolgten starken Ausbreitung des KJVÖ hatte.

Sein richtiger Name war Bruno *Dubber*. Als Sohn eines Hamburger Kleinpächters und Schiffers, wurde er am 11. November 1910 geboren. Als sein Vater 1915 im Krieg fiel, verlor die Mutter die Pacht und damit die Lebensgrundlage für sich und die drei kleinen Kinder. In der Familie herrschte große Not, die Mutter brachte sich mit Gelegenheitsarbeiten durch. Bruno

wurde ein guter Schüler und begann 1925 das Dreherhandwerk zu erlernen. Im Jahre 1926 trat er in Hamburg dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei. Bald zählte er zu dessen aktivsten Mitgliedern und gehörte schon ein Jahr später der Leitung des Bezirkes Nordost des KJVD-Hamburg an. Nach dreieinhalbjähriger Lehrzeit wurde er entlassen, da er sich einem Streik angeschlossen hatte. Seither fand er nur gelegentlich für kürzere Zeit Arbeit, meist war er jedoch arbeitslos. Im Jahre 1929 wählten ihn die jungen Kommunisten zum Organisationsleiter des KJVD im Bezirk Wasserkante, im selben Jahr besuchte er eine dreimonatige Parteischule der KPD in Berlin. In einem Polizeiakt aus dem Jahre 1929 hieß es: „Aus einem bei Dubber beschlagnahmten Vormerkbuch ergibt sich, daß er in diesem Jahre fast jeden Tag im KJVD tätig gewesen ist."

Im Jahre 1930 wurde Dubber wegen „gewaltsamer Störung einer Versammlung des Stahlhelm" zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Haft übersiedelte er nach Sachsen und wurde 1931 in das ZK des KJVD nach Berlin berufen. 1932 ging Dubber in die Sowjetunion. Nach dem Machtantritt der Faschisten in Deutschland kam er nach Österreich. Seine reichen Erfahrungen und seine unerschütterliche Einsatzbereitschaft kamen nun dem KJVÖ zugute. Österreich wurde seine zweite Heimat, rasch gewann er viele Freunde und lernte Österreich, seine Jugend und Arbeiterschaft lieben. Im Jahre 1941 schrieb Bruno Dubber aus dem Gefängnis in Bremen: „... Ich kann von mir sagen, daß ich ohne Österreich und Wien nur halb, nur unvollständig wäre, daß ich einen weiten und großen Horizont bekam. Dank an meine Familie (gemeint ist die Partei — H. S.), für alles, was ich durch sie erleben und lernen konnte."

Nach dem Einmarsch der Nazis im März 1938, verließ Dubber auf einige Tage Wien, um in Prag mit den führenden Genossen der KPÖ die weiteren Möglichkeiten des Kampfes für die Unabhängigkeit Österreichs zu beraten. Nach seiner Rück-

kehr bemühte er sich, durch den Aufbau neuer Leitungen die Lücken zu schließen, die die zahlreichen Verhaftungen in das Netz der illegalen Organisationen gerissen hatten. Mit größter Vorsicht, um niemand unnötig zu gefährden, gelang es ihm, auch Verbindungen zu sozialistischen und katholischen Kreisen zu knüpfen. Der Gestapo entging die wachsende Tätigkeit der illegalen KPÖ nicht. Immer neue Flugblätter und Zeitungen tauchten auf, und zahlreiche Genossen wurden verhaftet. Doch die Gestapo wußte, daß sie die führenden Funktionäre noch nicht gefaßt hatte. Die Position Bruno Dubbers wurde immer schwieriger. Er mußte aus einem illegalen Quartier in Wien nach Baden übersiedeln, und seine Freunde rieten ihm, ins Ausland zu gehen. Es war aber bereits zu spät, und im Herbst 1938 wurde er zugleich mit vielen anderen Genossen verhaftet. Kurz zuvor hatte er noch Richtlinien für alle Leitungen des KJVÖ verfaßt, in denen es hieß:

„Um die Unabhängigkeit Österreichs, das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes und die Demokratie wiedererobern zu können, ist es notwendig, alle gegen die Fremdherrschaft gerichteten Kräfte des Landes, alle gutgesinnten Österreicher in der Unabhängigkeitsfront zu sammeln. Wir müssen die gesamte sozialistisch, kommunistisch und freiheitlich gesinnte Arbeiterjugend in einem vereinigten Arbeiterjugendverband einigen. Ein solcher Jugendverband wird dem Freiheitskampf der österreichischen Jugend neue Schwungkraft verleihen und imstande sein, alle Vorsichtigen und Schwankenden zu mobilisieren. Dieser Verband wird der Kristallisationspunkt der Unabhängigkeitsfront der österreichischen Jugend werden ... Die katholischen Jugendlichen sind heute eine Kraft gegen die Fremdherrschaft, mit der wir uns zum gemeinsamen Kampf verständigen müssen. Wir unterstützen die Katholiken in ihrem Kampf um Glaubens- und Gewissensfreiheit und überzeugen sie davon, daß es im Interesse des österreichischen Volkes, des Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes

gelegen ist, mit uns gemeinsam den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs zu führen . . ."

Es ist hier nicht der Platz, eine ausführlichere Schilderung des Leidensweges von der Verhaftung, Gestapoverhören, Landesgericht, Einzelhaft in Berlin, Volksgerichtsverhandlung und Kerker in Bremen zu geben. Es war der Weg eines aufrechten Kommunisten, der stets für seine Weltanschauung eintrat und die Politik der Kommunistischen Partei vor den Naziblutrichtern mutig und klug verteidigte. Unter schwierigsten Bedingungen schrieb er 1939 und 1940 im Gefängnis des Wiener Landesgerichts mehrere Schulungsbriefe, die unter den Häftlingen kursierten. Als der Nazistaatsanwalt Stich davon Kenntnis erhielt, ließ er schlagartig alle Zellen des Landesgerichtes durch Gestapoleute durchsuchen. Bruno Dubber wurde dabei ertappt, als er einen neuen Schulungsbrief schrieb, und die Gestapo stellte fest, daß er zu mehreren Zellen über die Klosettleitung und durch Schnüre Verbindung aufrechterhielt. Was ihm die Gestapo bewies, gab er zu, alles andere stritt er ab. Nie gab er Namen an und verhinderte dadurch die Belastung anderer. Von seiner Verhaftung an führte er einen beharrlichen Kleinkrieg mit dem Ermittlungsrichter, Staatsanwalt und Gefängnisbehörden für seine „Rechte". Bruno Dubbers Entgegnung auf die Anklageschrift des Volksgerichtes gehört zu den schönsten Dokumenten für die Haltung unserer Partei, die wir überhaupt besitzen.

Am 10. März 1939 schrieb Dubber an den Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes in Wien: „. . . Nach meiner Verhaftung mußte ich mich in gefesseltem Zustand auf den Fußboden des Autos niederlegen, mein Mantel wurde über meinen Körper geworfen, während die im Auto sitzenden Staatspolizeibeamten mit ihren Füßen auf meinem Körper nach ihrem Belieben herumtanzten, mich mit ihren Füßen in den Rücken traten, oder auf den Kopf traten . . . Diese Mißhandlungen im Auto waren aber nur der Auftakt zu noch viel schlimmeren Prügel-

szenen auf der Staatspolizeileitstelle Wien, am Morzinplatz. Als ich das Zimmer des Kriminalinspektors Leutgeb betrat, befanden sich zirka acht bis zehn Leute darin. Sie blieben auch im Zimmer als die Vernehmung (wobei ich in gefesseltem Zustand belassen wurde) ihren Anfang nahm. Da ich nicht die gewünschten Aussagen lieferte, wurde der die Vernehmung leitende Herr Leutgeb gleich rabiat und schlug mir ins Gesicht. Das war für die übrigen anwesenden Herren das Signal, sich an den Prügeleien und Mißhandlungen aktiv zu beteiligen ... Es wechselten in ständiger Reihenfolge Faustschläge ins Gesicht, Ohrfeigen, Fußtritte, dann wurde ich wieder von einem hinter mir stehenden Herrn derart gestoßen, daß ich auf den Fußboden fiel. Danach kommandierte der Herr Leutgeb „Auf-und-Nieder-Übungen". Wenn diese Übungen nicht nach dem Geschmack dieser Herren waren, so stieß man mich wieder nieder, wehrlos am Boden liegend stieß man mich mit Füßen, zog an den Ohren und an den Haaren ... Da ich meine Kameraden nicht belasten konnte und nicht belasten wollte, da ich die Interessen meiner Partei nicht preisgeben wollte und konnte, mußte ich an diesem ersten Abend fünf- bis sechsmal die oben geschilderten Quälereien über mich ergehen lassen ... Die geschilderten Mißhandlungen wiederholten sich am zweiten, dritten und vierten Vernehmungstag. Herr Leutgeb und seine Beamten wendeten folgende Druckmittel an, um irgendwelche Geständnisse zu erpressen: Sie erklärten, mir stünde ein Todesurteil, oder ein anderes Mal ‚nur' lebenslänglich, aber wieder ein anderes Mal 15 Jahre Zuchthaus (die Herren waren sehr freigebig in der Verteilung der Strafen) bevor, ‚ich könnte diese harte Strafe abwehren, mildern, wenn ich mein Gewissen durch ein Geständnis erleichtere ...' Überflüssig, zu betonen, daß Drohungen mit der Schärfe des zu erwartenden Urteiles einen Kommunisten nicht erschrecken können."

In einem weiteren Brief an den Ermittlungsrichter vom 17. Februar 1940 hieß es: „... Ich habe keinerlei persönliche

Fehde mit Herrn Leutgeb auszutragen, weder interessiert mich sein persönliches Äußeres noch seine Leibesfülle oder sein Gesicht, so unsympathisch dieses auch sein mag, es ist ganz unwichtig, ob der Herr Leutgeb heißt, er könnte ebensogut Auinger, Brunner, Streit, Hauptmann (Namen anderer Gestapoagenten — H. S.) oder sonstwie heißen. Namen sind nur Schall und Rauch. Wenn der Name Leutgeb häufig in meinen Erklärungen auftaucht, so deshalb, weil dieser Herr als Repräsentant einer Vollzugsgewalt mir gegenübertrat. Meine Einstellung zu diesem Manne ist eine politische und nicht eine persönliche, nicht einmal die Prügel und Mißhandlungen, so verabscheuungswürdig sie auch sein mögen, haben irgendeinen persönlichen Haß oder ein Rachegefühl gegen die Person des Herrn Leutgeb aufkommen lassen. Blindwütiger Haß zeichnet uns Kommunisten gegenüber unseren Gegnern nicht aus, solchen haben nur jene, die wehrlose, in ihrer Gewalt befindliche Menschen prügeln, quälen, mißhandeln und beschimpfen, und das als ‚ihre' Kampfmittel gegen weltanschauliche Gegner betrachten . . ."

In der Anklageerwiderung setzte sich Bruno Dubber ausführlich mit der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands auseinander, er erklärte: „. . . Die deutschen Kommunisten waren niemals Feinde der Einheit der deutschen Nation. Der deutsche Kommunist liebt seine Heimat. Ebenso wie sich der österreichische Kommunist in der Liebe und Verehrung seiner österreichischen Heimat und der österreichischen Nation, von niemandem übertrumpfen läßt. Selbst die infamste Hetze gegen und die Diffamierung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, konnten den deutschen Kommunisten nicht an der Liebe zu Deutschland, zur deutschen Nation und der deutschen Heimat hindern . . ."

Zu den Ereignissen im Jahre 1938 meinte Dubber: „. . . Daß der Kampf des österreichischen Volkes im Jahre 1938 unverkennbar Züge des nationalen Kampfes gegen den Imperialismus trug, haben die Tatsachen uns in ihrer klaren Sprache längst

bewiesen. Auch aus dieser Einschätzung des Freiheitskampfes des österreichischen Volkes haben die Kommunisten nie ein Hehl gemacht. Daß die österreichischen Kommunisten Anhänger und Verfechter eines freien, selbständigen und demokratischen Österreich sind, haben sie nie geleugnet und in all ihren Erklärungen immer wieder betont ... Wohl kann man eine Gruppe Menschen auf Jahre ins Zuchthaus bringen oder einzeln sogar aufs Schafott schleppen, die Idee als solche, wird dennoch in den Volksmassen fortleben."

Zu den Gestapovorhalten, daß die KPÖ ihre Aufträge aus dem „Ausland" erhalte, erwiderte Dubber: „... So wie die österreichischen Kommunisten im Lande ihre revolutionäre Pflicht erfüllen, so stellt sich auch das Zentralkomitee der KPÖ bei dieser Arbeit an die Spitze und kämpft gemeinsam mit den Mitgliedern der Partei. Das sind die primitivsten, der ganzen Welt bekannten Prinzipien der Kommunisten in diesen Fragen. Alles andere sind Phantasieprodukte, Hirngespinste der Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung ... Daß Johann Koplenig, der Generalsekretär der KPÖ, sich den Zugriffen der Staatspolizisten entzogen hat, und somit der revolutionären Arbeiterbewegung erhalten blieb, das war der heißeste Wunsch jedes revolutionären Arbeiters und wird von jedem vollauf verstanden und gebilligt."

Großartig und erschütternd sind Bruno Dubbers Briefe an seine Angehörigen. Am 24. November 1941 schrieb er: „Daß ich nichts zu bereuen habe, daß mein Lebensweg richtig war und ist, wie schwer das persönliche Mißgeschick, das mich betroffen hat, auch immer sein mag. Würde ich noch einmal vor die Wahl gestellt werden, so würde ich ohne lange Überlegung denselben Weg gehen, manches würde man besser und gründlicher besorgen, Fehler würde man vermeiden, aber der grundsätzliche Weg war richtig ... Besondere Grüße an den lieben guten ‚Alten' (gemeint ist Genosse Koplenig — H. S.). Gern erinnere ich mich an die Gespräche und Zusammenkünfte mit ihm. Er, der ein-

fache Schuhmachergeselle, hat viel hundertmal recht behalten gegenüber all den gelehrten Herren. Es gibt viel, das mich trotz allem stolz und glücklich macht, das mir ständig neue Kraft, Mut und Ausdauer gibt . . ."

Am 4. Juli 1943 schrieb Dubber aus dem Zuchthaus bei Bremen: „. . . Auch in meiner Abgeschlossenheit gehe ich nicht blind durchs Leben, man darf vor allem nicht politisch blind sein, man muß aufgeschlossen für das Neue sein, muß das Neue, das Verändernde erkennen. Der ‚Alte' pflegte immer zu sagen: ‚Man muß jede Sache gründlich studieren . . .' Das habe ich mir sehr zu Herzen genommen. Wenn es notwendig ist, beschäftigt mich ein Problem 20- und 30mal und mehr, bis es sitzt, bis es vollkommen klar ist. Manches Mal erschrecke ich selber über die Kühnheit meiner Gedanken. Aber die Wirklichkeit bringt mir dann die Bestätigung. Schlußfolgerungen, Analysen, die ich mir selber erarbeitet habe, sitzen fest, die vergesse ich nicht so leicht. Ich kann von mir ohne Übertreibung sagen: In der ganzen Zeit meiner Haft habe ich weder in geistiger noch in moralischer Hinsicht jemals Katzenjammer gehabt . . ."

Im Jahre 1944 versetzte die Sowjetarmee den faschistischen Heeren die entscheidenden Schläge. Die Nazis fühlten das Ende ihrer Herrschaft herannahen. In dieser Situation begannen sie sich noch brutaler und systematischer ihrer politischen Gegner zu entledigen, soweit sie dazu die Möglichkeit hatten. Der Kommunist Dubber wurde im Zuchthaus mit Injektionen vergiftet. Am 23. April 1944 schrieb er seiner Mutter: „. . . Meine Krankheit ist keine Erkältungsgeschichte, sondern hat tiefe und andere Ursachen. Liebste Mutter! Ich weiß, daß Du dir große Sorgen machst und viel nachgrübelst, wie das alles gekommen sein mag . . . Der Besuchsschein für den kommenden Besuch liegt bei. Am Wochentag hast Du dann auch Gelegenheit, mit dem Arzt vielleicht persönlich zu sprechen. Auf diese Weise wirst Du mehr erfahren über meine Krankheit, als ich schreiben kann. Augenblicklich ist mein Appetit nicht groß, ich muß alles

in mich hineinwürgen. Aufstehen kann ich immer noch nicht, Fieber habe ich auch noch, zeitweise bis 40 Grad, jetzt ist es mit Hilfe von Medikamenten um ein bis zwei Grad heruntergegangen. Monatelang im Fieber liegen, das zehrt an Körper und Nerven. Alles weitere beim Besuch. Viel sprechen kann ich nicht, weil es mir große Schmerzen verursacht . . ." Kurze Zeit später starb Bruno Dubber. Die so lange ersehnte Freiheit konnte er nicht mehr erleben. Die österreichischen Kommunisten gedenken seiner als eines leuchtenden Beispiels des proletarischen Internationalismus.

Herbert Steiner

Das war „Walter", wie wir ihn nannten. Bruno D u b b e r , Organisator und Lehrer der jungen Kommunisten Österreichs in der Zeit der schwersten Verfolgungen, Beispiel eines aufrechten Kämpfers der Arbeiterklasse

KOMMUNISTEN IN KÄRNTEN

Im Dezember 1919 fanden sich Arbeiter- und Soldatenräte, Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft zusammen und gründeten die Landesorganisation Kärnten der KPÖ. Einigen dieser Heimkehrer hat die aktive Teilnahme am Kampf an der Seite der Bolschewiki die ersten Kenntnisse von den Zielen der russischen Oktoberrevolution vermittelt. Der Einfluß dieser Gruppe stützte sich auf die Volkswehr-Soldaten in den Kasernen von Klagenfurt und Villach. Ohne organisatorische Erfahrung versuchten die Kommunisten, frühere Mitglieder der Sozialdemokratie, das, was sie von der Oktoberrevolution wußten, in Versammlungen zu vertreten. Sie forderten die Arbeiter auf, den neuen, den russischen Weg zu gehen. Ihr Einfluß wuchs, vor allem bei der Volkswehr, rasch, das Ansehen der kommunistischen Soldatenräte stieg an, so daß sie in einigen Kasernen tonangebend wurden.

Die junge kommunistische Organisation, deren Einfluß sich keineswegs auf die Kasernen allein beschränkte, stand vor besonders schwierigen Aufgaben.

Kärnten war nach dem Zusammenbruch des Habsburger-Reichs ein Tummelplatz reaktionärer Kräfte. Die fremde Besetzung nach Kriegsende — im Gailtal und in Villach waren die

italienischen Truppen, in Südkärnten jugoslawische Verbände — wurde von der Bevölkerung abgelehnt. Die Volksabstimmung 1920 über die territoriale Einheit des Landes zeigte bereits das öffentliche Auftreten der reaktionären, republikfeindlichen Kräfte. Sie rührten die großdeutsche Trommel, der „Schulverein Südmark" trat auf, Reste des Adels und ehemalige Offiziere sammelten sich in der gegen die Demokratie gerichteten militärischen Organisation „Orgesch", aus der sich dann die Heimwehr entwickelte. Bewaffnete Aufmärsche vor den Augen der Behörden waren keine Seltenheit.

Im März 1923 glaubten die Reaktionäre schon, mit offener Gewalt gegen die Arbeiter vorgehen zu können. Banden überfielen eine Arbeiterversammlung in Klagenfurt und schossen in den überfüllten Saal. Die Kommunisten reagierten mit einer Massendemonstration, auf der tausende Soldaten und Betriebsarbeiter die Entwaffnung der Banden forderten. Die Regierung war durch die Wucht und Entschlossenheit der Demonstration unter Führung der jungen Kommunistischen Partei gezwungen, dieser Forderung zu entsprechen. Es war die erste Feuertaufe unserer Genossen, und durch sie stärkte sich ihr Ansehen bei den Arbeitern. Die Zahl der organisierten Mitglieder war jedoch gering, die Verbindung zu Organisationen außerhalb Klagenfurts sehr lose. Die Leitung der Partei gab eine abgezogene Zeitung unter dem Titel die „Sirene" heraus. Die Auflage war manchmal über 1000 Stück.

Nach 1923 aber begann für die Kommunisten die Zeit der Prüfung. Der Druck auf sie in der Volkswehr, in den Betrieben bewirkte, daß manche Organisationen zu bestehen aufhörten. Das Aktiv der Partei, klein an Zahl, begann sich mit den Grundfragen der Politik vertraut zu machen. Schulung und Vorträge wurden gehalten. Trotz der geringen Zahl an aktiven Kommunisten war die Organisation sehr rührig im Kampf um die Arbeiterinteressen. Die Bildung von Betriebszellen in den größeren Betrieben Klagenfurts und

in anderen Orten ermöglichte bei der Arbeiterkammerwahl 1923 die Erreichung eines Mandates. Auch in der Gemeindepolitik betätigte sich die Partei, und durch ihre Gemeinderäte führte sie oft mit Erfolg Kämpfe. Die Kommunisten standen bei Streikaktionen an der Spitze und lernten dabei oftmals die Rolle der SP-Gewerkschaftsführung kennen, gegen die sie auftreten mußten.

In seinem Referat auf dem 8. Parteitag im September 1925 verwies Genosse Koplenig auf die Wege der Kärntner Organisation. Er sagte: „In Kärnten wurde der ‚Freie Landbund' gegründet, der noch keine großen Erfolge aufzuweisen hat, aber mit seiner Tätigkeit begonnen hat." Diese Schritte in Kärnten waren die Grundlage dafür, daß sich der Parteitag entschloß, eine „Kommission zum Studium der Agrarfrage" einzusetzen. In Kärnten fuhren Kommunisten jeden Sonntag in Brigaden aufs Land und in kleinere Industrieorte, diskutierten mit den Arbeitern und Bauern. So wurden neue Mitglieder geworben und Stützpunkte der Partei geschaffen. In einigen Betrieben gaben die Genossen schon damals eigene Betriebszeitungen, unter primitiven Bedingungen hergestellt, heraus, mit deren Hilfe sie die Betriebsratspositionen stärkten.

Die Schwere des Kampfes der Kommunisten in der Ersten Republik ist heute kaum vorstellbar. Wirtschaftlicher Druck, Verfolgungen, Gemeinde- und Stadtverweis, von der Reaktion bis zur Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsführung, alles war gegen die Kommunisten gerichtet. 1925 gelang es der Parteileitung, eine Tiegeldruckpresse zu kaufen, in der Hoffnung, damit Flugschriften und eventuell sogar eine gedruckte Zeitung herauszubringen. Vier Nummern einer Zeitung erschienen, dann war der Druck unmöglich, weil nirgends ein Raum gefunden werden konnte, wo man mit der Presse hätte arbeiten können. Dieser Tiegel kam erst wieder in der Illegalität zu Ehren. Nach dem Parteiverbot im Mai 1933 wurde in einem Schrebergarten ein Brunnenschacht ausgebaut und der „Kärnt-

ner Bolschewik", manchmal in einer Auflage bis zu 600 Stück, herausgebracht. Die Beschaffung von Papier, der Transport der gedruckten Zeitung gelangen trotz fieberhafter Suche mit großem Polizei- und Heimwehraufgebot. Erst im August 1937 ist es der Reaktion gelungen, das Versteck der Druckpresse ausfindig zu machen.

Der Terror gegen die Kommunisten war vielfältig. Als z. B. der Einfluß der Partei in der Bauarbeitergewerkschaft so groß wurde, daß die SP-Führung befürchten mußte, die Leitung könnte in die Hände der Kommunisten fallen, wurden alle Kommunisten, die das volle Vertrauen der Bauarbeiter in Klagenfurt genossen, im Jahre 1929 aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Versammlungslokale wurden abgetrieben und Versammlungen von Prügelgarden überfallen. Darum entschloß sich die Partei zur Organisierung eines eigenen Versammlungsschutzes, aus dem sich in der Folge die Arbeiterwehr als Organisation neben der Partei entwickelte.

Die Kärntner Organisation der Partei war in all den Jahren frei von Fraktionskämpfen, hatte aber durch die ständigen Kämpfe mit der Reaktion und dem Staatsapparat mit einem anderen ernsten Problem zu ringen: Die sich entwickelnde Stärke und Schlagkraft der Arbeiterwehr ließ die Gefahr aufkommen, daß die politische Führung hinter der Aktivität der Arbeiterwehr zurücktrete. Es gab innerhalb der Partei lange Diskussionen, durch die letzten Endes die Arbeit der Landesorganisationen fast völlig lahmgelegt wurde.

In dieser Situation entschloß sich die Parteileitung 1927/28, ans ZK um Unterstützung heranzutreten. Genosse *Koplenig* kam im Februar 1928 nach Klagenfurt zu einer Aktivistenkonferenz, in der die beiden Standpunkte leidenschaftlich aufeinanderprallten. Mit seiner Hilfe überwand die Partei die falsche Richtung, welche vom Arbeiterwehrkader vertreten wurde. Dieser innere Streit schwächte die Kraft der Partei. Nach seiner Überwindung gelang es der Partei wieder, als politische

Kraft für die Arbeiterinteressen aktionsfähig zu werden, so daß schon bei den Gemeinderatswahlen 1929 in manchen Gemeinden um Klagenfurt und bis ins Gitschtal kommunistische Gemeinderäte gewählt wurden.

Bei der Reichskonferenz Ende April 1934, konnte Genosse Koplenig über die Entwicklung in Kärnten berichten: „In Villach, wo die Partei vor den Februarereignissen nur ein paar Dutzend Mitglieder zählte, waren auf einer Delegiertenkonferenz Ende März 13 Ortsgruppen mit 36 Straßenzellen und 10 Betriebszellen vertreten. Unter den 41 Delegierten waren nur 8, die bereits vor den Februarereignissen der Partei angehörten, alle übrigen, darunter ein bedeutender Teil frühere Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, sind erst nach den Februarkämpfen der Partei beigetreten."

Wie schwer die Zeit während der deutschen Besetzung auch war, die Kommunisten führten den Kampf weiter. Viermal gelang es den Faschisten zwischen 1938 und 1945, die von der Partei gebildete Landesleitung zu fassen. Vier Landesobmänner wurden ermordet, andere Funktionäre aufs Schafott geschleppt. Und doch gab es immer wieder bei der Eisenbahn und in Betrieben Aktionen. Die Eisenbahner waren das stärkste Reservoir, aus dem der antifaschistische Freiheitskampf seine Kraft schöpfte. Im südlichen Teil Kärntens, oft bis ins obere Drautal hinauf, operierten Gruppen von österreichischen Partisanen. Kärntner Kommunisten standen gemeinsam mit slowenischen Partisaneneinheiten im Kampf gegen SS-Verbände.

Nach dem Mai 1945 begann für die Kärntner Kommunisten ein neues Kapitel ihrer Parteigeschichte. Auf ihrer 1. Landeskonferenz nach der Befreiung konnten viele der Funktionäre, die erst in der Illegalität zur Kommunistischen Partei gestoßen sind, zum erstenmal ihren Landsmann Koplenig als Parteivorsitzenden in der befreiten Heimat Kärnten begrüßen.

Josef Tschofenig

Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Genosse Mikojan, bei einer freundschaftlichen Begegnung mit Genossen Koplenig

DIE „ANTIFA"-BEWEGUNG

In der Abwehr gegen den Faschismus stand unzweifelhaft die KPÖ an der Spitze der Bewegung. Aber einen wesentlichen Anteil an der Aufklärung der Massen über die Gefahren, die der Faschismus für Demokratie und Frieden und vor allem für die politischen Rechte der Werktätigen darstellt, waren die Komitees gegen den Faschismus, damals kurz Antifa-Komitees genannt. An diesen Antifa-Komitees beteiligten sich neben Sozialdemokraten und Kommunisten auch parteilose Arbeiter. Antifa-Komitees entstanden in den verschiedensten Organisationen, in Gewerkschaften, Betrieben, Hausgemeinschaften, Sport- und Kulturvereinen der SPÖ und selbst in politischen Organisationen der SPÖ. Auch mit den Vereinigungen der Quäker und der Ethischen Gemeinde wurde Fühlung aufgenommen. Es war nicht immer leicht, in den vorwiegend von der SPÖ beherrschten Organisationen oder Vereinen sowie im Schutzbund die Fragen des Kampfes der Arbeiterschaft gegen den Faschismus zur Diskussion zu stellen. Und doch gelang es, Beschlüsse durchzusetzen und neue Mitarbeiter zu gewinnen.

Ich erinnere an den Abschiedsabend der Maidelegation 1932 in die Sowjetunion am 25. April 1932 beim Bachlechner in Ottakring. 600 waren zu diesem Abend gekommen. Kommu-

nisten, Sozialdemokraten, Mitglieder der roten Arbeiterwehr und des Schutzbundes. Da bei den Gemeinderatswahlen am Vortag die Kommunisten ihren ersten Wahlsieg mit 20 000 Stimmen erringen konnten, wurde dieser Abend zugleich zu einer Wahlfeier. Als Delegierter zur Maifeier in Moskau gab ich einen kurzen Überblick über diese Delegation in die UdSSR. Genosse *Koplenig* sprach über den Stimmengewinn der Nazis bei diesen Wahlen und sagte unter anderem: „Daß der Faschismus so weit vordringen konnte, ist überhaupt eine Folge der Politik der Sozialdemokratie mit ihrem ständigen Zurückweichen und Paktieren mit dem Faschismus und ihrem ständigen Bremsen des Widerstandes der Arbeitermassen gegen den Faschismus."

Als die KPÖ verboten wurde, wurde dieser Kampf schwieriger und die Antifa durch ständige Schikanen der Polizei in ihrer Tätigkeit behindert. Nach dem Versammlungsverbot der Dollfuß-Regierung (1. Dezember 1933) sollte das Antifa-Komitee der Südbahner in Liesing eine Versammlung abhalten. Wir wollten diese Versammlung auf jeden Fall durchführen und setzten uns mit Funktionären der SP-Bezirksorganisation Liesing in Verbindung, um sie von der Notwendigkeit der Versammlung zu überzeugen und diese als eine Paragraph-2-Versammlung der SPÖ durchzuführen. Die SP-Funktionäre stimmten zu. Die Gendarmerie versuchte aber trotzdem, die Versammlung zu verhindern. Als wir die Nachricht erhielten, daß die Arbeiter von Atzgersdorf anmarschierten, rechneten wir mit Verstärkung und mit der Sicherung der Versammlung. Doch die Gendarmerie sperrte die Straße durch Schließung des Bahnschrankens, und mich begleiteten zwei Gendarmen zum Bahnhof, wo sie bis zu meiner Abfahrt warteten.

In einer antifaschistischen Versammlung in Bruck an der Mur erschienen drei Gendarmen und untersuchten uns in der Gasthausküche nach Waffen. Daß ich in meinem Referat diesen Willkürakt der Gendarmerie anführte, war klar und für die an-

wesenden Gendarmen nicht angenehm. Auch hier konnten wir ein neues Antifa-Komitee bilden.

Die Einkerkerung des Genossen Dimitroff in Deutschland war Anlaß, eine neue antifaschistische Bewegung zu entfachen. Wir bildeten das Dimitroff-Komitee und fanden neue Möglichkeiten, legal gegen den Faschismus aufzutreten. Wir fanden nicht nur bei den Arbeitern, sondern besonders auch bei den Intellektuellen Sympathie.

In Versammlungen des Dimitroff-Komitees sprachen zum Beispiel der bayrische Schriftsteller Oskar Maria Graf, ein Mitarbeiter des sozialdemokratischen „Kleinen Blatt", der Rechtsanwalt Dr. Richter, und andere. Aber auch diesem Komitee machte die Polizei Schwierigkeiten. Nach mehreren anderen Versammlungen bereiteten wir eine im Antoniussaal beim Weigl in Meidling vor. Am Vormittag des Versammlungstages wurde der Vorsitzende des Dimitroff-Komitees, ein Eisenbahner, zur Polizeidirektion gerufen und ihm die Erklärung abverlangt, daß das Dimitroff-Komitee aufgelöst werde, da sonst die Versammlung nicht gestattet werden könne.

Vor Beginn der Versammlung stand vor dem Weigl ein Heerlager von Polizei zu Fuß und zu Pferd. Der bei der Versammlung amtierende Polizeikommissär Dr. Heger vom Kommissariat Meidling erklärte mir noch vor Beginn der Versammlung, daß er diese bei dem geringsten Anlaß auflösen werde. Mir war nun bewußt, daß die Polizei einen blutigen Überfall plante. Ich ersuchte daher als Vorsitzender die Teilnehmer, der Saal war dicht von Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt, um größte Ruhe in der Versammlung. Schon beim Referat des Schriftstellers Graf drohte Dr. Heger, sobald die Namen Hitler und Göring genannt wurden, mit der Auflösung. Als am Schluß der Versammlung, nach meinem Appell „Freiheit für Dimitroff, Freiheit für Deutschland, Freiheit für Österreich" die Versammelten aufstanden und die Internationale sangen, drohte Doktor Heger, die Polizei einmarschieren zu lassen. Aber er konnte

durch die dichte Menge nicht durch, sein Versuch, durch die Tür hinter dem Rednerpodium ins Freie zu gelangen, mißlang ebenfalls, weil wir die Tür abgesperrt und den Schlüssel abgezogen hatten. Mit dieser wuchtigen Kundgebung schloß diese Versammlung, die auch die letzte der Meidlinger Arbeiterschaft gewesen ist.

Im September 1934 fand in Kopenhagen eine Antifa-Konferenz der Transportarbeiter statt, zu der ich aus Österreich delegiert wurde. Vor dieser Konferenz mußte ich ausführlich über die Ereignisse des 12. Februar und den faschistischen Terror in Österreich berichten. Auf mein Ersuchen wurden für die Inhaftierten 30 000 französische Francs bewilligt und ein Komitee zusammengestellt, das nach Wien kommen sollte, um die Verhältnisse zu untersuchen. Das Komitee kam im Oktober 1934 mit den 30 000 Francs nach Wien, besuchte den in Haft befindlichen Bürgermeister Seitz und mehrere Schutzbündler.

Die Einheitsfront gegen den Faschismus war nun in der Arbeiterschaft bereits fest verankert und lieferte dem schwarzgrünen und später dem brutaleren braunen Faschismus unter großen Opfern manch schwere Schlacht.

Friedrich Vogl

MIT JOHANN KOPLENIG IN PRAG

Ein kleines Kaffeehaus in Prag, nicht weit vom Wenzelsplatz, zerschlissene Polsterbänke mit dem eingesogenen Tabakrauch von Generationen, ein übernächtiger Ober und eine ältliche Kassierin, rechts das Billard und links ein paar runde Marmortische — man konnte glauben, man sei in Wien, im „kleinen Café in Hernals". Und ganz hinten, am letzten Tisch, sitzen einige Männer, die Köpfe zusammengeschoben, die Stimmen gesenkt und so sehr darauf bedacht, nicht aufzufallen, daß es unmöglich war, sie zu übersehen. Einer der Männer ist auffallend hager, feste Backenknochen, eingefallene Wangen, die Haare leicht angegraut, voll Leidenschaft, wenn er sprach. Wenn er zuhörte, ruhig und aufmerksam, ab und zu einige Worte auf ein Fetzchen Papier schreibend. Genosse Koplenig läßt sich von zwei Genossen, der eine aus Sankt Pölten, der andere aus Wien, berichten, was es im Lande Neues gibt. Es war bereits der dritte „Treff" an diesem Nachmittag. Fast täglich kamen Genossen illegal über die Grenze, um zu berichten, sich Rat zu holen, Instruktionen, Flugblätter und Zeitungen mitzunehmen. Mit jedem dieser Genossen kam Koplenig zusammen, einmal, wenn nötig mehrmals, und ließ sich bis ins kleinste Detail alles berichten, was im Lande geschah. Die zahlreichen Prager Kaffeehäuser wurden zu

wenig für die vielen „Treffs", man sollte sie öfter wechseln, um weniger aufzufallen. Manchmal fanden die Gespräche auch im Park von Baumgarten oder in der Umgebung von Prag statt, öfter fuhren auch Mitglieder des Zentralkomitees nach Bratislava, wenn größere Gruppen aus dem Lande zu einer Beratung kamen.

Genosse Koplenig war ein leidenschaftlicher Zuhörer, jeden interessanten Gedanken, jedes neue originelle Argument des Gesprächspartners wurde notiert und die vielen Zetteln, die sich in den Taschen Koplenigs sammelten, bildeten den Rohstoff für neue eigene Gedanken, für Dokumente und Beschlüsse des Zentralkomitees. Aber vorher erprobte er jeden dieser Gedanken und jedes neue Argument an den Genossen, die aus dem Lande kamen, änderte etwas, wenn ihm ein Einwand richtig schien.

Dieser Arbeitsstil war zeitraubend und aufreibend, er ließ kein gedankliches Ausruhen, keinen Stillstand zu. Doch gerade diese dialektische Arbeitsmethode, das immer wieder kritische Überprüfen des bereits Erarbeiteten, gab der Arbeit der Parteiführung und der ganzen Partei dynamischen Schwung, ermöglichte die Anpassung an die in rascher Folge wechselnden Ereignisse und geänderten Kampfbedingungen.

Die „Prager Jahre", die Zeit, in der sich Genosse Koplenig und ein Großteil der Führung der Partei in Prag befanden — die meisten fuhren von dort regelmäßig illegal nach Österreich, um nach einigen Wochen wieder zurückzukehren — bilden nicht nur einen bedeutsamen Abschnitt in der Geschichte unserer Partei, sie hatten auch entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung.

Nach der Erhebung der österreichischen Arbeiterschaft im Februar 1934 und der durch die Schuld der sozialdemokratischen Führung erlittenen Niederlage war die Gefahr einer Desorientierung der Arbeiterbewegung sehr groß. War doch die

Niederlage im Februar die Folge des von der SP-Führung jahrelang gezüchteten Unglaubens an die Kampfkraft der Arbeiterklasse und an die Möglichkeit ihres Sieges. Nun kam es darauf an, den revolutionären Teil der Arbeiterschaft, der im Februar in den Kampf getreten war, zu einer festen Einheit zusammenzuschmieden, die vom Dollfuß-Schuschnigg-Regime aufgelösten Arbeiterorganisationen — neben der Partei, die Gewerkschaften, den republikanischen Schutzbund u. a. — illegal weiterzuführen und die große Masse der ehemals sozialdemokratischen Arbeiter, die von tiefer Enttäuschung und Unglauben erfaßt waren, wieder an Kämpfe heranzuführen, um ihr Klassenbewußtsein und ihren Glauben an die Sache der Arbeiterklasse wieder zu stärken. Das war die Aufgabe, die das Zentralkomitee vor der Partei gestellt hatte, das war der Inhalt aller Beratungen der Partei, ob sie in Österreich selbst oder in Prag oder in einem der idyllischen Orte in der Umgebung der tschechischen Hauptstadt stattfanden.

Dollfuß, und später Schuschnigg, strengten sich sehr an, die Arbeiter, deren Organisationen sie aufgelöst hatten, für sich und das Ständeregime zu gewinnen. Die erste Reaktion der Arbeiter darauf war ein Boykott aller von den neuen Herren gegründeten Organisationen. Auch unsere Partei unterstützte diesen, vorwiegend demonstrativen Schritt. Aber gleichzeitig begannen die Genossen im Lande und in der Parteiführung, besonders Genosse Koplenig, zu überlegen, ob man bei dieser Taktik bleiben könne, will man die Arbeiterschaft zu neuen Kämpfen führen. Wenn man Klassenkämpfe entwickeln will, muß jeder gegebene Kampfboden ausgenützt werden, war eines der Argumente, das Genosse Koplenig in einer Beratung der Leitung ins Treffen führte. Einige Genossen, denen es revolutionärer schien, bei der Boykottlosung zu bleiben, wurden bald überzeugt. Besonders, als sie selbst von den ersten Erfolgen der nun eingeschlagenen Kampftaktik berichten konnten.

Mit den Vertretern der RS fanden auch in Prag Aussprachen statt. Als Genosse Koplenig einmal von einer solchen Zusammenkunft kam und gefragt wurde: „Nun, wie steht's?" sagte er: „Über revolutionäre Formulierungen, über das, was nach dem Sieg über den Faschismus geschehen soll, kann man sich mit ihnen leicht einigen, schwieriger wird es, wenn die Kampftaktik besprochen wird, die uns zu diesem Sieg führen soll." Die Diskussionen mit der RS-Führung wurden mit viel Geduld und großer Zähigkeit geführt, und zwar in der Richtung, die in der illegalen „Roten Fahne" (Nov. 1934) formuliert wurde: „Es genügt nicht mehr, der faschistischen Diktatur und ihren Einrichtungen in passiver Abwehr gegenüberzutreten. Wir müssen mehr tun. Heute kommt es darauf an, vom Boykott, von der passiven Abwehr überzugehen zum Angriff auf der ganzen Linie." Es wurde die Losung ausgegeben, „die freche Sozialdemagogie der Faschisten gegen sie selbst zu kehren."

Bereits der erste Jahrestag der Februarkämpfe bestätigte die Richtigkeit der Politik des Zentralkomitees. In Wien und in einigen Industrieorten Niederösterreichs und der Steiermark war es in einer bedeutenden Zahl von Betrieben zu Kundgebungen und kurzen Streiks gekommen. Die Kette betrieblicher Kämpfe und verschiedener anderer wirtschaftlicher und politischer Aktionen riß nicht mehr ab. Immer mehr verstärkte sich der Einfluß, der im Lande gemeinsam kämpfenden Kommunisten und Revolutionären Sozialisten in den legalen Massenorganisationen, insbesondere in der „Einheitsgewerkschaft".

Etwa zwei Monate nach den in Aktionseinheit mit der RS im Lande durchgeführten Aktionen anläßlich des ersten Jahrestages der Februarkämpfe kursierte in einigen Wiener Fabriken ein „Freiheitsprogramm der Betriebe", das von einer großen Zahl von Arbeitern unterschrieben wurde. In Prag war man darüber erfreut, aber nicht überrascht. Die Anregung dazu war ja von dort ausgegangen. In diesem „Freiheitsprogramm der Betriebe" vom April 1935 hieß es unter anderem: „Wir lieben

Österreich und kämpfen für seine Unabhängigkeit. Aber die Voraussetzung des Friedens und der Unabhängigkeit ist die Freiheit des Volkes in Österreich, denn nur ein freies Österreich, in dem die Freiheitsrechte des Volkes oberstes Gesetz sind, ist imstande, den Frieden zu sichern und die inneren und äußeren Gleichschaltungspläne Hitlers zu vereiteln."

In diesem Dokument zeichnete sich bereits der später entwickelte Standpunkt der Kommunisten in der nationalen Frage ab. Diese war damals ein heißes Eisen. Schuschnigg und fast sein gesamter Anhang betonten immer wieder ihr Deutschtum und erklärten, daß sie die staatliche Selbständigkeit Österreichs nur im Sinne eines „zweiten deutschen Staates" anstreben, der natürlich nur im Fahrwasser des ersten segeln könne. Über die nationale Frage wurde in Prag viel diskutiert, als die ersten, mehr die historische Seite der Sache behandelnden Artikel von Alfred Klahr erschienen waren. Auf der Reichskonferenz vom Juli 1937, die in einem Waldwirtshaus in der Nähe eines Steinbruchs unweit von Prag stattfand, wurde diese Diskussion abgeschlossen, was nicht bedeutet, daß es nicht auch weiter in unseren eigenen Reihen notwendig gewesen wäre, in dieser Frage zu kämpfen.

Um die eindringende Hitler-Soldateska zu schonen, hat Schuschnigg Österreich geopfert. Noch in der Nacht traten die in Prag befindlichen Mitglieder des Zentralkomitees unserer Partei (einige waren in den entscheidenden Tagen nach Österreich geeilt) zu einer Sitzung zusammen, zuerst in einem Zimmer im Parteihaus unserer tschechoslowakischen Freunde, anschließend in einer Wohnung. Es wurde über die neue Lage beraten. Genosse Koplenig erklärte: Das Wichtigste, das wir nun den Genossen und den Arbeitern in Österreich sagen müssen, ist, daß es keinen Grund zur Hoffnungslosigkeit gibt, daß der Kampf um die Unabhängigkeit weitergeht, jetzt aber aufs engste verbunden mit dem Kampf gegen den Krieg! Der historische Aufruf wurde beschlossen, in dem zum Kampf gegen die Fremd-

herrschaft aufgerufen und die Wiedergeburt eines freien Österreich vorausgesagt wurde. „Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wieder erstehen." Keine andere politische Bewegung unter den Österreichern hat damals so gesprochen.

Es war schon licht, als wir wieder die Straße betraten. Arbeiter eilten in die Fabriken, ernst waren ihre Gesichter, manche lasen im Stehen die Zeitung. Ein Trupp Henlein-Leute, die sich bei einer Siegesfeier angetrunken hatten, johlte deutsche Nazilieder. Alles schien verloren. Wir aber wußten, ohne daß wir uns noch über das Wie Rechenschaft geben konnten: auch in unserer Gasse wird wieder Feiertag sein.

Erwin Zucker-Schilling

VON DER REDAKTION

Die vorliegenden Beiträge wurden von der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ gesammelt. Es ist dies ein bescheidener erster Versuch der Kommission, durch persönliche Erinnerungen einige Seiten der Geschichte unserer Partei darzustellen. Der 70. Geburtstag des Genossen Johann Koplenig, der nun 37 Jahre an der Spitze unserer Parteiführung steht, war dazu ein willkommener Anlaß. Leider erlaubte es der Umfang dieses Buches nicht, zu anderen wichtigen und interessanten Perioden unserer Parteigeschichte Schilderungen sowie alle Beiträge, die wir erhalten haben zu veröffentlichen. Trotzdem glauben wir manch Neues und Vergessenes in dieser Festschrift festgehalten zu haben. Die Auswahl wurde von den Genossen Fritz Glaubauf und Herbert Steiner vorgenommen.

Wien, im Mai 1961

Historische Kommission beim ZK der KPÖ

INHALT

Vorwort, *Friedl Fürnberg* 7

Die Kommunisten in der Provisorischen Regierung, *Franz Honner* 11

Erste Begegnung in Prag, *Otto Horn* 17

Diskussionen über die nationale Frage, *Franz Marek* . . . 25

Auf dem Weg zur KPÖ, *Erwin Scharf* 29

Dr. Egon Schönhof, *Engelbert Broda* 37

Österreichische Kriegsgefangene in der Sozialistischen Oktoberrevolution, *Heinrich Brodnig* 43

Im Kampf gegen den Faschismus, *Alfred Fischer* 47

Von der „Jungfront" zur KPÖ, *Walter Fischer* 55

In den Reihen der Internationalen Brigaden, *Heinrich Fritz* 61

Kommunisten im Parlament, *Fritz Glaubauf* 69

Ein vergeblicher Werbeversuch, *Walter Hollitscher* 75

Gewerkschaften unter Schuschnigg, *Leopold Hornik* . . . 79

Die ersten Kämpfe des Kommunistischen Jugendverbandes, *Franz Kunert* 87

Vom Februar 1934 bis zum Prager Parteitag, *Hermann Mitteräcker* 93

Partisanen in der Obersteiermark, *Max Muchitsch* 99

Bruno Dubber, *Herbert Steiner* 105

Kommunisten in Kärnten, *Josef Tschofenig* 115

Die „Antifa"-Bewegung, *Friedrich Vogel* 121

Mit Johann Koplenig in Prag, *Erwin Zucker-Schilling* . . . 125

Von der Redaktion 131